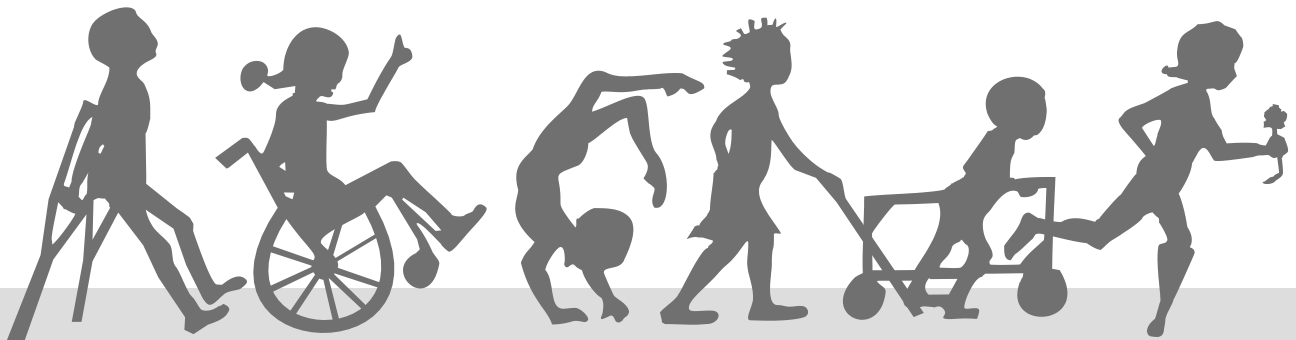


Behinderung und Dritte Welt

Journal for Disability and International Development



Schwerpunktthema:
Menschenrechte und Behinderung



Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung



Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Schwerpunktthema Menschenrechte und Behinderung	
Menschenrechtsverletzungen und Behinderung - eine folgenschwere Verkettung <i>Doris Gräber</i>	4
The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities and the Visibility of Persons with Disabilities in Human Rights <i>Marianne Schulze</i>	13
Menschliche Würde und Solidarität der Schwachen. Gedanken zu der <i>Convention on the Rights of Persons with Disabilities</i> <i>Arnold Köpcke-Duttler (Essay)</i>	19
The Challenge that is India <i>George Abraham</i>	24
Power for the People! Ein Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit <i>Karin Lukas und Barbara Kühhas</i>	27
The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities - New Guidelines for Development Cooperation <i>Sophie Beaumont</i>	30
Enforcing the Rights of People with Disabilities within Development Cooperation - Challenges Ahead <i>Matthias Rompel</i>	34
Berichte	
Ein viel versprechender Beginn – die Oslo-Konferenz zu Streubomben 2007 <i>Eva-Maria Fischer</i>	37
Making PRSP Inclusive – A Workshop in the Frame of the EU Project Disability Mainstreaming in Development Cooperation <i>Rika Esser</i>	38
Inclusive Development – Das Recht von Menschen mit Behinderung auf gleichberechtigte Teilhabe <i>Gabriele Weigt</i>	41
News	43
Literatur und Medien	44
Veranstaltungen	46

Impressum

Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt
Journal for Disability and International Development

Anschrift

Wintgenstr. 63, 45239 Essen

Tel.: +49 (0)201/408 77 45

Fax: +49 (0)201/408 77 48

E-Mail: gabi.weigt@t-online.de

Internet: www.zbdw.de

Für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Zeitschrift im Internet oder auf Wunsch als Diskette im Word-Format erhältlich.

Redaktionsgruppe

Susanne Arbeiter, Sonderschullehrerin,
Berlin: susanne.arbeiter@web.de

Andrea Eberl, Politologin, Wien/Österreich:
andreaeberl@rocketmail.com

Doris Gräber, Diplom Rehabilitationspädagogin,
Berlin: doris.graeber@arcor.de

Prof. Dr. Adrian Kniel, University of Education,
Winneba/ Ghana: akniel@uew.edu.gh

Harald Kolmar, Bundesvereinigung Lebenshilfe,
Marburg: harald.kolmar@lebenshilfe.de

Stefan Lorenzkowski, Handicap International:
stefan.lorenzkowski@web.de

Mirella Schwinge, Universität Wien, Wien/Österreich:
mirella.schwinge@univie.ac.at

Gabriele Weigt, Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit, Essen: gabi.weigt@t-online.de

Schriftleitung

Gabriele Weigt

Redaktionsassistentz

Dominic Dinh

Druck und Versand

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Marburg

Gestaltung

Amund Schmidt

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Konto-Nr.: 80 40 702

BLZ/BIC: 370 205 00 / BFSWDE33

IBAN: DE19 3702 0500 0008 0407 02

Die Zeitschrift *Behinderung und Dritte Welt* ist eine Publikation des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung.

Hinweis: Für den Inhalt der Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Veröffentlichung von Beiträgen aus der Zeitschrift in anderen Publikationen ist möglich, wenn dies unter vollständiger Quellenangabe geschieht und ein Belegexemplar übersandt wird.

ISSN 1430-5895



Liebe Leserinnen und Leser!

„Convention - Yes!“. Ein Jubelschrei ging Ende letzten Jahres durch die (Fach-)Medien, als am 13. Dezember 2006 die *UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* verabschiedet wurde. Diese Konvention macht sichtbar, was schon seit Jahren als *Paradigmenwechsel* aus den Organisationen von und für Menschen mit Behinderung propagiert wird: Die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung als Menschenrechtsfrage und nicht als individuelle, karitative und sozial-politisch regulierbare Bedarfslage. Besonders erfreulich: Zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Menschenrechte wurde eine Konvention verabschiedet, die einen eigenen Artikel zu *Internationaler Kooperation* (Art. 32) vorsieht. Im Sinne von *Inclusive Development* wird mit diesem Artikel die Einbeziehung und aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Programmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) festgeschrieben. Dieser Erfolg ist in erster Linie den Lobbying-Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) einschließlich zahlreicher DPOs (*Disabled People's Organizations*) zuzuschreiben, die sich während des Verhandlungsprozesses der Konvention für die Formulierung und Aufnahme des Artikels eingesetzt hatten.

Doch was sind die Hintergründe dieser Konvention? Warum wurde eine spezielle Konvention für Menschen mit Behinderung nötig, da doch die Menschenrechte per definitionem für ALLE Menschen Gültigkeit haben? Welche konkreten Auswirkungen im Alltag können sich Menschen mit Behinderung auf der ganzen Welt erwarten? Diesen und vielen weiteren Fragen soll in dieser Ausgabe nachgegangen werden und wir freuen uns besonders, viele Stimmen aus aller Welt und unterschiedlichsten Bereichen hier präsentieren zu können.

Einleitend stellt *Doris Gräber* die Zusammenhänge von Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und Behinderung mit Hilfe aktueller Beispiele dar. *Marianne Schulze* erläutert die Berücksichtigung der Rechte von Menschen mit Behinderung in der gesamten Palette von internationalen Menschenrechtsinstrumenten. *Arnold Köpcke-Duttler* entwickelt anlässlich der Konventionsverabschiedung Ge-

danken zu dem zentralen Begriff der Menschenwürde in Menschenrechtsinstrumenten. *George Abraham*, indischer DPO-Aktivist, schildert seine Erfahrungen und seine Hoffnungen bezüglich des Einflusses der UN-Konvention auf die nationale Behindertenpolitik Indiens. Der Bedeutung eines Menschenrechtsansatzes in der EZA widmen sich *Karin Lukas* und *Barbara Kühhas* vom *Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte*. Die letzten beiden Beiträge zum Schwerpunkt beziehen sich auf Artikel 32 der Konvention zur Bedeutung der *Internationalen Kooperation* für den weltweiten Einsatz gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung. Während *Sophie Beaumont* erläutert, welche neuen Richtlinien sich aus der UN Konvention für die EU und EU-Mitgliedsländer ergeben, fokussiert *Matthias Rempel* auf die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

In der Rubrik *Berichte* sei aufgrund ihrer Aktualität auf zwei Beiträge gesondert hingewiesen: Ende Februar fand in Oslo eine Konferenz zum Thema *Streumunition*, in welcher die Mehrheit der teilnehmenden Staaten ein Verbot dieser Kampfaffen unterstützte. *Eva-Maria Fischer* berichtet über die Hintergründe und den Verlauf dieses Treffens. Nach langjährigen Diskussionen ist es nun dank dem unermüdlichen Einsatz der *VENRO-Arbeitsgruppe Behindertenarbeit in Entwicklungsländern* so weit: Deutschland hat die Thematik *Behinderung als Mainstreaming-Thema* in die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen. Im Dezember 2006 wurde dazu ein *Policy Paper* veröffentlicht sowie eine internationale Tagung zur Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in Armutsbekämpfungsstrategien durchgeführt, über deren Ergebnisse *Rika Esser* berichtet.

Und last but not least möchten wir darauf hinweisen, dass mit dem neuen Jahr die Zeitschrift auch in einem neuen Mantel erscheint. Wir hoffen, dass diese Neuerung Ihren Gefallen findet und wünschen eine anregende Lektüre.

Ihre Redaktionsgruppe



Menschenrechtsverletzungen und Behinderung – eine folgenschwere Verkettung

Doris Gräber

Der Artikel beleuchtet das wechselseitige Bedingungsgefüge von Menschenrechtsverletzungen und Behinderung. Basierend auf dem UN-Bericht *Human Rights and Disabled Persons* von 1993 wird unter Einbezug aktueller Beispiele dargestellt, inwiefern Menschenrechtsverletzungen Ursache von Behinderung sein können und umgekehrt gerade Menschen aufgrund ihrer Behinderung besonders vulnerabel für Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen sind.

Trotz der Gültigkeit der Menschenrechte für alle Menschen, festgeschrieben in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948, dem Internationalen Bürgerrechtspakt und dem Internationalen Sozialrechtspakt (beide 1966) sowie in diversen Konventionen für spezielle Gruppen wie Flüchtlinge (1951), Frauen (1980) und Kinder (1989), hat die Verknüpfung der beiden Themenkomplexe *Behinderung und Menschenrechte* noch keine lange Tradition (siehe auch der Beitrag von Marianne Schulze in diesem Heft). Erst mit der Anerkennung von Menschen mit Behinderung als marginalisierte Gruppe von Bürgern rückte auch die Menschenrechtsfrage in den Fokus internationaler Diskussion, deren Basis mit der *Internationalen Dekade der Menschen mit Behinderung* (1982-1993) geschaffen wurde. Ein wichtiges Dokument dieser Zeit ist auch der Bericht des damaligen UN-Sonderberichterstatters der *Subkommission zur Verhinderung von Diskriminierung und zum Schutz von Minoritäten* Leandro Despouy (1993), in welchem sowohl Menschenrechtsverletzungen als direkte sowie indirekte Ursache von Behinderung benannt werden, als auch die besondere Vulnerabilität von Menschen mit Behinderung für Diskriminierung und Verletzung ihrer fundamentalsten bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aufgezeigt wird. Dieses Dokument, welches nicht zuletzt für die Durchsetzung der *UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* wegweisende Bedeutung hatte, besitzt auch fast eineinhalb Jahrzehnte später noch erschreckende Aktualität. Im Folgenden wird dies anhand aktueller Beispiele und Zahlen untermauert, wobei die Darstellung aufgrund des Umfangs des Beitrags nur bruchstückhaft bleiben kann.

Unterentwicklung und Armut als unspezifische Ursache von Behinderung

Der Teufelskreis von Armut und Behinderung ist hinlänglich bekannt. Nicht nur dass Menschen mit Behinderung ein Fünftel der weltweit ärmsten Bevölkerungsgruppe ausmachen, ist Armut in all ihren Manifestationen wie Hunger und Mangelernährung,

unsauberem Wasser, unhygienischen oder schlechten Wohnverhältnissen sowie fehlendem Zugang zu Gesundheitsdiensten die häufigste Ursache von Behinderung. Zwischen 250 000 und 500 000 Kinder erblinden jährlich aufgrund von Vitamin A-Mangel, Millionen von Menschen haben Lernschwierigkeiten und Hirnschädigungen aufgrund von Jodmangel (Soria 2004). Eingeschränkte ökonomische Möglichkeiten hindern die Betroffenen, sich bei Krankheiten und Verletzungen in Krankenhäusern behandeln zu lassen, ihre Kinder impfen zu lassen oder Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft zu nutzen. Menschen in Armutslagen arbeiten häufiger in gesundheitsgefährdenden und risikoreichen Beschäftigungssektoren und sind stärker dem Risiko der Ausbeutung ausgesetzt. „... the leprosy map of Africa covers much the same territory as the hunger map. While the correlation between extreme poverty and disability is very widely acknowledged in the case of the developing countries, it is less clearly perceived with reference to the poorest milieux in the industrialized countries“ (ATD Fourth World zit. n. Despouy 1993: Artikel 168).

Behinderung durch Menschenrechtsverletzungen in Kriegs- und Konfliktsituationen

Menschenrechtsverletzungen in Kriegs- und Konfliktsituationen beziehen sich zumeist auf die Verletzung der Menschenwürde, des Rechts auf Leben und auf Freiheit und können aufgrund der häufigen Beteiligung staatlicher Organe und Institutionen juristisch gesehen als klassische Beispiele für Menschenrechtsverletzungen bewertet werden.¹ Die Form der in Krieg und gewaltsamen Auseinandersetzungen entstandenen Behinderungen ist stark abhängig von der Art der eingesetzten Kampfmittel.

Eine der größten Gefahren geht von Landminen aus, welche auch noch lange nach Beendigung der Konflikte das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung bedrohen. In verminten Gebieten lebt die Bevölkerung täglich mit der Gefahr, Gliedmaßen durch die Explosion von Minen zu verlieren. Nach



Angaben von *Handicap International* (HI) ist Kambodscha eines der am stärksten verminnten Länder der Welt. Noch Jahre nach dem Krieg gibt es dort vier Mio. Minen und andere Sprengkörper. „Von den 12,2 Millionen Einwohner sind 57.000 Menschen amputiert, 40.000 davon auf Grund von Minenunfällen“ (HI Februar 2004). In Europa ist Bosnien-Herzegowina mit ca. 4 % verminnter Landesfläche das am schwersten betroffene Land. Seit 1992 wurden hier nach Angaben von HI (Dezember 2003) 4.824 Unfälle mit Minen und anderen Sprengkörpern verzeichnet.

In den letzten Tagen ist durch die sog. Oslo-Konferenz Streumunition als eine Ursache von Behinderungen stärker ins Licht der Öffentlichkeit geraten. In einer Studie über die Opfer von Streumunition in den Jahren 1973-2006 wurde die Verwendung dieser Kampfmittel in 23 Ländern in Südosteuropa, dem Nahen Osten, Afrika und Südostasien bestätigt. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört, dass über die Hälfte aller Unfälle passierten, während die Menschen Beschäftigungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nachgingen. Die Mehrzahl der Betroffenen stammt aus der Zivilbevölkerung, etwa die Hälfte der berichteten Opfer überlebte mit Verletzungen (HI November 2006: 3). Chemische Waffen sind oftmals über Generationen hinweg Urheber von Behinderung und chronischen Krankheiten. Noch heute können in einigen Regionen Vietnams in Nahrungsmitteln, Bodenproben und menschlichem Gewebe Dioxinrückstände gefunden werden, welche auf den Einsatz von Agent Orange zurückgehen. Dieses Pflanzengift wurde von der amerikanischen Armee im Vietnam-Krieg zur Entlaubung der Wälder eingesetzt und ist verantwortlich für erhöhte Raten von Krebs, Immunschwäche- und Stoffwechselerkrankungen, Anomalien in der Schwangerschaft sowie genetisch bedingten Behinderungen.²

Die meisten dieser Waffen gehören zu sog. Kampfmitteln mit großer Reichweite, von welchen auch die Zivilbevölkerung in hohem Maße betroffen ist, da sich die kriegerischen Handlungen nicht mehr auf begrenzte Schlachtfelder beschränken. Diese Form der Kriegsführung hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen und wird durch gezielte Operationen gegen die Zivilbevölkerung wie systematische Vergewaltigungen oder Amputationen, Angriffe auf Flüchtlinge und Attacken auf Krankenhäuser noch verstärkt. Im Südsudan beispielsweise waren Schulen, Krankenhäuser, Flüchtlingslager und Kirchen jahrelang Ziel systematischer Bombardements der sudanesischen Luftwaffe (*Gesellschaft für bedrohte Völker* 2000).

Die gezielte Verletzung, Traumatisierung und Behinderung der zivilen Bevölkerung ist dabei Teil der Kriegsstrategie *Low Intensity Conflict* (LIC). „Leaving people seriously disabled puts a greater economic burden on families and on the nation than does kill-

ing people. It also takes a bigger toll psychologically: disabled people remain far more visible than the dead.“ In Sierra Leone, einem Land mit einer Einwohnerzahl von fünf Millionen, wurden in dem Bürgerkrieg von 1991-2002 20 000 Menschen verstümmelt, 5 000 von ihnen, darunter Frauen und Kinder, wurden von den RUF-Rebellen (*Revolutionary United Front*) die oberen Gliedmaßen amputiert (*Handicap International* Juni 2006). Die z.T. kollektive Traumatisierung der Bevölkerung kann zu posttraumatischen Belastungsstörungen und Depressionen führen, die noch Jahre nach Ende der Konflikte zu beobachten und verantwortlich für psychische Behinderungen, höhere Morbiditäts- und Sterblichkeitsraten sind (Simmons 1999).

Die besondere Vulnerabilität von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen

Die Wahrscheinlichkeit von Menschenrechtsverletzungen ist nicht nur abhängig von der aktuellen politischen Situation, worauf der erste Absatz Bezug genommen hat, sondern korreliert in hohem Maße auch mit dem Status der Betroffenen. Ganz allgemein haben Menschen in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ein höheres Risiko für eine Verletzung ihrer Rechte, da sie allgemein als weniger gebildet und aufgeklärt wahrgenommen werden, ihnen weniger (finanzielle) Möglichkeiten für die Durchsetzung ihrer Rechte zur Verfügung stehen und sie in einem höheren Maße abhängig von der Unterstützung durch Behörden und Institutionen sind. Internationale Anerkennung hat die Vulnerabilität und damit Schutzbedürftigkeit von Frauen, Kindern, Flüchtlingen und Arbeitsmigranten durch die Verabschiedung entsprechender Menschenrechtskonventionen³ erhalten.

Frauen

Frauen sind in Kriegssituationen ganz besonders Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Neben den bereits angesprochenen neueren Kriegsführungsstrategien wie systematischen Vergewaltigungen, Verstümmelungen oder Zwangsverheiratung mit Rebellenführern sehen sich Frauen auch auf der Flucht sowie in Flüchtlingslagern massiv sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Dies birgt zahlreiche soziale aber auch gesundheitliche Risiken wie z.B. die Ansteckung mit sexuell übertragbaren Krankheiten wie HIV/AIDS. Des Weiteren berichtet *Human Rights Watch* (HRW) auch von Frauen und Mädchen in Flüchtlingslagern in Darfur und Tschad, welche nach den erlebten Vergewaltigungen genitalverstümmelt wurden (HRW April 2005).

Aber auch ganz allgemein sehen sich Frauen gegenüber Männern im Nachteil in sozialer, kultureller sowie wirtschaftlicher Hinsicht. Konkret kann dies bedeuten, dass sich durch einen schlechteren Zu-



gang zu Gesundheits- und Versorgungssystemen drohende Behinderungen manifestieren oder Rehabilitationsmöglichkeiten nicht genutzt werden können. Nach Despouy sind in Entwicklungsländern fast drei Viertel der Menschen mit Behinderung Frauen (Artikel 142). Gleichzeitig haben Frauen durch eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten aber auch einen schlechteren Zugang zu Informationen über Gesundheit im Allgemeinen oder sind durch ihre gesellschaftliche Stellung wenig privilegiert, um gesundheitserhaltende Verhaltensweisen durchzusetzen. Dies ist beispielsweise in der HIV-Prävention bezüglich der Benutzung von Kondomen ein viel diskutiertes Thema. Zudem tragen schwangere Frauen ohne die Möglichkeit medizinischer Unterstützung oder Behandlung ein hohes Risiko, durch lebensbedrohliche Komplikationen in der Schwangerschaft oder während der Geburt eine Behinderung zu erwerben. Die *Christoffel-Blindenmission* berichtete anlässlich des *Internationalen Weltfrauentags 2006*, dass jährlich geschätzte 20 Mio. Frauen aus diesem Grund eine Behinderung erleiden, oftmals aufgrund einer Scheidenfistel.

Insgesamt ist die Abhängigkeit vom Schutz und der Unterstützung durch die Männer und Familie in vielen Kulturen sehr hoch. *Caritas Germany* (2005) berichtet über die Lage der Frauen in Kabul (Afghanistan), dass Haushalte, welche von Frauen geführt werden, da der männliche Vorstand im Krieg getötet oder behindert wurde, sowie Frauen mit Behinderung, welche nicht selten durch den Krieg erworben wurden, die am meisten vulnerablen Gruppen darstellen.

Kinder

Auch Kinder sind in hohem Maße abhängig von dem Schutz und der Obhut Dritter, in der Regel der Familie. Dazu befinden sich Kinder noch in Wachstum und Entwicklung, wodurch sich Beeinträchtigungen der Gesundheit schnell verschärfen und zu bleibenden Behinderungen führen können. Unbehandelte Verletzungen durch Unfälle, kriegerische Auseinandersetzungen oder häusliche Gewalt können Infektionen und Deformierungen zur Folge haben. Durch das schnelle Wachstum wird zudem eine häufige Anpassung und Erneuerung der Hilfsmittel nötig, eine finanzielle Belastung, die oftmals über den ökonomischen Möglichkeiten der Familien liegt.

Kinder sind aufgrund ihrer Schutzlosigkeit auch ein häufiges Ziel von Gewalt und Missbrauch. Neben den bekannten Formen innerfamiliärer Gewalt sind insbesondere Waisen- und Straßenkinder Ziel von Attacken durch Polizei, Sicherheitsdienste oder Militärs. HRW berichtet über eine Fülle von aktuellen, dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kindern. Die Lage von Straßenkindern in Kongo, wie von HRW im April 2006 berichtet, steht beispielhaft für die Bedrohungen des Lebens und

der Gesundheit, mit welchen sich Kinder konfrontiert sehen. Neben der Unsicherheit der Ernährungs- und Wohnsituation sind diese Kinder Gewalt und Missbrauch aus allen gesellschaftlichen Gruppen ausgesetzt: Polizei, Soldaten und Angehörige der Militärpolizei sind daran ebenso beteiligt wie der zivile Sektor, der die Kinder als billige Arbeitskräfte ausbeutet. Gleichzeitig leiden die jüngeren Kinder unter sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen durch ältere Straßenkinder und erwachsenen Obdachlose. Eine weitere Bedrohung der physischen wie psychischen Integrität insbesondere für Waisen oder Halbwaisen im Kongo stellt die Anklage wegen Hexerei dar. Kinder ohne familiären Schutz werden oftmals für das Unglück von Familien (einschließlich Todesfälle durch HIV/AIDS) verantwortlich gemacht und grausamen Zeremonien durch Pastoren oder selbsternannte Propheten unterzogen, obwohl die neue kongolesische Verfassung ausdrücklich den Vorwurf der Hexerei verbietet. Solche Erfahrungen bleiben für die Kinder nicht ohne nachhaltige Folgen für Leib und Seele.

Auch der Einsatz als Kindersoldaten und die oftmals gesundheitsgefährdenden Bedingungen von Kinderarbeit müssen als potenzielle Ursachen von Behinderung gewertet werden. Zehntausende von Kindern, Jungen wie Mädchen, werden weltweit in 21 Kriegen und bewaffneten Konflikten von den beteiligten Kampfgruppen als Soldaten eingesetzt (HRW Stand: 2001)⁵. Manche der Kinder erhoffen sich Nahrung und Sicherheit durch ihre Arbeit für die Truppen, andere werden von Soldaten entführt und in den Dienst gezwungen. Sie werden als Köche, Lastenträger, Spione, als Frontkämpfer oder Vorhut bei der Überquerung von Minenfeldern eingesetzt. „Kindersoldaten nehmen auf Befehl oft an willkürlichen Hinrichtungen, Folter, Mord, Entführungen, und Angriffen auf Zivilisten teil. Sie sind auch Krankheit, körperlicher Erschöpfung, Verletzung, plötzlichem Tod und Folter in Feindeshand ausgesetzt“ (HRW Februar 2005). Neben medizinischer Versorgung für Kriegswunden, gegen Parasiten und Krankheiten brauchen diese Kinder in erster Linie psychologische Hilfe zur Bewältigung des Erlebten sowie Unterstützung für ihre soziale Wiedereingliederung.

Obwohl die Rate von Kinderarbeit weltweit gesunken ist, schätzt die *International Labour Organization* (ILO), dass derzeit 218 Mio. Kinder zwischen 5 und 17 Jahren weltweit als Kinderarbeiter tätig sind, wovon mehr als die Hälfte unter riskanten Bedingungen arbeiten (ILO 2006: Artikel 24). Dabei gehen Bedrohungen der Gesundheit nicht nur von der Art der Arbeit sondern auch durch physische und psychische Gewalt von Seiten der Arbeitgeber aus. Letzteres ist insbesondere bei Hausangestellten der Fall, welche sowohl in starker Abhängigkeit vom als auch in großer Nähe zum Arbeitgeber leben. „A sur-



vey of only a handful of Indonesian newspapers in 2004 uncovered seven reports of child domestic workers being severely beaten by their employers. In two of these cases the girls died, while another was left paralyzed and blind" (HRW July 2006: 12). Kinder sind zudem aufgrund ihrer eingeschränkten körperlichen Belastbarkeit sowie kürzeren Konzentrationsspannen stärker dem Risiko von Unfällen ausgesetzt. Gleichzeitig stellte die ILO (2006) fest, dass der Großteil der arbeitenden Kinder keinen Zugang zu erster Hilfe haben, nicht zuletzt deshalb, da diese am Arbeitsplatz nicht kostenlos angeboten wird.

Flüchtlinge, indigene Bevölkerungsgruppen und Arbeitsmigranten

Die Ursachen für Flucht und Vertreibung können sehr verschieden sein und reichen von Naturkatastrophen bis hin zu Kriegssituationen. Fast immer jedoch sind sie für die Betroffenen mit Gewalterfahrungen, Bedrohungen des Lebens und der psychischen und physischen Integrität verknüpft. Nach Angaben des *Global Health Reports* gab es im Jahr 2002 allein 20-25 Millionen Vertriebene, welche häufig noch schlechteren Lebensbedingungen ausgesetzt sind als anerkannte Flüchtlinge (2005: 255). Die Situation ist geprägt von Armut, schlechtem Gesundheitszustand sowie schlechten hygienischen Verhältnissen aber auch extremen psychischen Belastungen durch Trennung von Familien und Angehörigen, Entwurzelung, Heimatlosigkeit und einem unsicheren Rechtsstatus. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für Flüchtlinge mit Behinderung wie weiter unten noch ausgeführt wird.

Die vergleichsweise schlechte gesundheitliche Situation indigener Bevölkerungsgruppen weltweit rückte erst in den letzten Jahren mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Gesundheitsorganisationen. Statistisches Material gibt es bisher kaum und Vergleiche sind schwierig, da die Altersstruktur häufig von der der Mehrheitsbevölkerung abweicht. Es bleibt jedoch festzustellen, dass indigene Bevölkerungsgruppen häufiger von Krankheit und Behinderung betroffen sind (*Global Health Watch 2005–2006*: 169) und aufgrund ökonomischer, kultureller, sprachlicher oder schlicht räumlicher Barrieren einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem haben. Gleichzeitig sind die traditionellen medizinischen Behandlungsmöglichkeiten dieser Gruppen stark durch die Vertreibung aus den ursprünglichen Siedlungsgebieten, die Zerstörung der Lebensumwelt und die fehlenden Erfahrungswerte mit neuen, eingeschleppten Krankheiten eingeschränkt (*Global Health Watch 2005–2006*: 170). Obwohl die in 70 Ländern verteilten ca. 5000 Sprach- und Kulturgruppen sehr heterogen sind, teilen sie Erfahrungen von Marginalisierung und Diskriminierung, selbst in Ländern, in welchen sie die Bevölkerungsmehrheit stellen wie in Guatemala. Dies mag ein

Grund für die höheren Raten an psychischen Problemen darstellen, die häufig mit Alkoholmissbrauch, Drogenkonsum sowie Selbstmord und Depression einhergehen.⁶

Auch zum Thema der Entstehung von Behinderung durch Arbeitsmigration sind der Autorin lediglich Berichte von Einzelfällen bekannt. Ein saudi-arabischer Arbeitgeber zwang seine Hausangestellte aus Sri Lanka, eine ätzende Flüssigkeit zu schlucken, weshalb sich die Frau nur noch flüssig ernähren kann.⁷ Ein zehnjähriges Mädchen aus Ghana berichtet von brutalen Schlägen, wenn sie Anweisungen nicht auf der Stelle nachkam. Trotz einer gebrochenen Hand verwehrte ihr die togolesische Arbeitgeberin jegliche ärztliche Versorgung, was zur Lähmung der betroffenen Hand führte (HRW July 2006: 14). Diese und ähnliche Beispiele zeigen, dass auch in diesem Sektor insbesondere Kinder und Frauen der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt sind. Aufgrund ihrer oftmals ungeklärten legalen Situation und dem fehlenden Schutz der Familie sind sie v.a. sexuellen Übergriffen, Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt.

Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen mit Behinderung

Auch Menschen mit Behinderung stellen eine besonders vulnerable Gruppe für Menschenrechtsverletzungen dar, jedoch ist hier die Behinderung nicht Folge der Menschenrechtsverletzung sondern die Ursache von Diskriminierung und Verstößen gegen die Menschenrechte. In den letzten Jahren rückte diese Gruppe der Gesellschaft stärker in den Blick von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie HRW und *Amnesty International* (AI). Eine systematische Erfassung von Menschenrechtsverletzungen stellt die Menschenrechtsdatenbank (*Human Rights Databank*) dar, welche 1999 von *Disability Awareness in Action* (DAA) ins Leben gerufen wurde. Im Juni 2002 waren dort bereits fast 1500 Berichte über Menschenrechtsverletzungen eingegangen, von welchen insgesamt über zwei Mio. Menschen mit Behinderung betroffen waren und die sich auf bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale sowie kulturelle Rechte erstrecken. Es werden acht verschiedene Ursachen für die Verletzungen unterschieden: bürokratische Hürden, die eine rechtzeitige Bereitstellung von lebenswichtigen Hilfen oder Unterstützung verhindern, fehlende oder inadäquate Pflege, kriminelle Gewalt, die Justiz in Form von polizeilichen Übergriffen, Strafvollzug oder Gerichtsbeschlüssen, Verweigerung medizinischer Hilfe oder angemessener ärztlicher Behandlung bzw. Vernachlässigung durch medizinisches Personal, Tötungen aus Mitleid durch Familienangehörige, Stigmatisierung, Aberglaube sowie Terror (Light 2003). Diesem zweiten Aspekt des Themas ist der folgende Teil des



Beitrags gewidmet, wobei einzelne Rechtsbereiche herausgearbeitet werden, die sich auch in der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wieder finden. Ebenso werden spezielle Gruppen von Menschen mit Behinderung mit besonderer Vulnerabilität für Menschenrechtsverletzungen thematisiert.

Menschen mit Behinderung in Kriegs- und Konfliktsituationen

Die Lage von Menschen mit Behinderung in Kriegs- und Konfliktsituationen ist dramatisch, da sie den Kriegsgefahren oftmals hilflos ausgesetzt sind. Zum einen ist Menschen mit körperlichen Einschränkungen sowie Verletzten eine Flucht ohne Unterstützung häufig nicht möglich, gleichzeitig sind Einrichtungen wie z.B. Krankenhäuser häufig Angriffsziel der Konfliktparteien wie aus Sri Lanka⁸ und Ruanda⁹ berichtet wird. Doch oftmals macht sie auch ihr niedriger gesellschaftlicher Status zu Opfern von willkürlicher Gewalt und Exekutionen.¹⁰

Selbst nach einer erfolgreichen Flucht ist die Situation von Flüchtlingen mit Behinderung weitaus riskanter als die von Flüchtlingen ohne Behinderung. Neben allgemeinen Barrieren in Flüchtlingslagern wie unzugänglichen sanitären Anlagen, unzureichende medizinische Versorgung oder fehlende Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlingskinder mit Behinderung ist auch deren rechtlicher Status oft prekär. In vielen Aufnahmeländern ist die Zuwanderungserlaubnis an die physische und psychische Unversehrtheit der Flüchtlinge gebunden (*Refugees International* 2003). In Deutschland erhalten Flüchtlinge, welche den Status der *Duldung* innehaben nur die nötigste medizinische Versorgung, was Hilfsmittelversorgung sowie die Behandlung chronischer Erkrankungen ausschließt. „As a result of the strict immigration policies and the inadequate assessment process, tragic situations have occurred. Stories are told about families leaving disabled children behind in order that the rest of the family may be resettled. There are even reports of disabled children having to be killed. In other cases disabled persons have taken their own lives to save the rest of the family. What horrible guilt to burden a family with“ (Enns 1988).

Bereiche allgemeiner Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderung

Doch auch außerhalb dieser Ausnahmesituationen erfahren Menschen mit Behinderung Diskriminierung im täglichen Leben, sei es aufgrund staatlicher Gesetzgebung oder durch den von Vorurteil und Stigmatisierung geprägten Umgang mit Menschen mit Behinderung. Beispielsweise ist für Menschen mit Behinderung der Zugang zu Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität oftmals stark eingeschränkt, was sowohl mit baulichen Bar-

rieren und fehlenden Transportmöglichkeiten aber auch mit Vorurteilen auf Regierungsebene, bei Lehrkräften, Dozierenden oder Eltern in Zusammenhang stehen kann. Die Quoten von Kindern, die nicht die Schule besuchen liegen bei Kindern mit Behinderung zehnmal höher als im Durchschnitt (ILO 2006: Artikel 261). In Entwicklungsländern erhalten nur 2 % der Kinder mit Behinderung überhaupt Bildung (*Global Health Watch 2005–2006*: 180; Lewis/Sygal 1997). UNICEF (1999) schätzt, dass nur 1 % aller Mädchen mit Behinderung lesen und schreiben kann.

Im Sektor Arbeit und Beschäftigung ist die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung besonders augenscheinlich. Durch fehlende Bildungsmöglichkeiten, Vorurteile gegenüber Arbeitskraft und Leistungsniveau auf Seiten von Arbeitgebern und Kollegen und ungeeignete oder fehlende staatliche Unterstützungsmöglichkeiten für selbstständige Arbeit ist Menschen mit Behinderung der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erschwert wenn nicht gar verunmöglicht. Die ILO schätzt, dass ca. 80 % aus dieser Gruppe arbeitslos sind, was durch eine aktuelle Untersuchung in Asien bestätigt wird.¹¹ Dies erklärt, warum Menschen mit Behinderung meist zu den Ärmsten der Armen gehören.¹² In einigen Ländern wie z.B. Kirgisistan oder Thailand verhindert aber auch die Gesetzgebung eine Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Dort ist es Arbeitgebern rechtlich nicht gestattet, Menschen mit festgelegten Behinderungsarten, einzustellen (Toralieva/Maslova 2004; IDRM 2005).

Beschneidung bürgerlicher Rechte für Menschen mit Behinderung

Einschränkungen bürgerlicher Rechte finden sich in allen Ländern und verschiedensten Bereichen. Besonders häufig finden Rechtsverletzungen in den Bereichen Ehe, Familie und Reproduktion sowie Beschneidungen politischer Rechte Erwähnung.

Menschen mit Behinderung werden oftmals als asexuelle Wesen wahrgenommen, ihre Bedürfnisse bezüglich Partnerschaft, Ehe, Familie und Reproduktion weithin ignoriert. Doch neben gesellschaftlichen und familiären Vorurteilen und ganz pragmatischen Barrieren, die aus der Institutionalisierung des Lebens von Menschen mit Behinderung resultieren, bestehen in vielen Ländern auch rechtliche Verbote für die Ehe von Menschen mit Lernschwierigkeiten, Erbkrankheiten oder ansteckenden Erkrankungen. In Albanien wurde erst 2004 ein Vorstoß unternommen, das geltende Recht darauf hin zu ändern (AI Press Release 2004), in China müssen Paare auf die Fortpflanzung verzichten, wenn bei der vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung schwerwiegende genetische Erkrankungen entdeckt wurden und in Uruguay werden Frauen, welche in Institutionen leben, von ihren Kindern getrennt, wenn deren Familie die



Betreuung nicht übernimmt (*Center of Reproductive Rights* 2002: 6). Zudem ist es immer noch übliche Praxis, die Reproduktion von Menschen mit Behinderung durch operative Eingriffe oder die Gabe von oralen Verhütungsmitteln zu verhindern. Insbesondere die Zwangssterilisation von Mädchen und Frauen ist auch heute noch gängige Praxis (*Center of Reproductive Rights* 2002: 12).

Die politischen Rechte von Menschen mit Behinderung finden ihre Grenzen sowohl in der mangelnden Zugänglichkeit von Wahllokalen, der hohen Analphabetenquote, der fehlenden Verfügbarkeit von Informationen und Dokumenten in geeigneter Sprache wie z.B. Braille, als auch in gesetzlichen Bestimmungen (Quan 2003; *IDRM country reports*). Das Wahlrecht ebenso wie das Recht, bestimmte Berufe wie Notar oder Richter auszuüben oder als Zeuge (bei Trauungen oder vor Gericht) anerkannt zu sein, steht in der Regel in Abhängigkeit von der Geschäftsfähigkeit der Person, welche in vielen Ländern Menschen mit bestimmten Behinderungen per Gesetz abgesprochen wird.¹³ Eingeschränkt sind auch häufig die Rechte von Menschen mit Behinderung, selbst bei Wahlen zu kandidieren.¹⁴

Vulnerabilität von Menschen mit geistiger Behinderung und psychischen Problemen

Wie bereits aus den obigen Beispielen zu ersehen, sind die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychischen Erkrankungen besonders schwerwiegend. Sowohl die gesellschaftliche Stigmatisierung als auch die gesetzlichen Bestimmungen für diese Gruppen sind für vielerlei Formen von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Diese reichen von der gesetzlich zulässigen und oftmals ärztlich angeratenen Abtreibung von Föten mit Trisomie-21 bis hin zur Verweigerung lebenserhaltender Maßnahmen für alte Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen (WID 27, 2005/2006; Light 2003). Obwohl nach WHO-Schätzungen 450 Mio. Menschen weltweit mentale, neurologische oder Verhaltensprobleme haben, gibt es in 67 % aller Länder keine angemessene und gültige Gesetzgebung zum Schutz der geistigen Gesundheit (WID 27, 2005/2006). Viele Einwanderungsgesetze verbieten die Einreise von Menschen mit geistigen und psychischen Beeinträchtigungen sowohl als Immigranten als auch als Touristen (Enns 1988). Sie gelten vor dem Gesetzgeber als „nicht geschäftsfähig“, was eine Beschneidung ihrer bürgerlichen Rechte zur Folge hat, oder als „nicht bildungsfähig“, wodurch bereits Kindern der Zugang zu Bildung und Ausbildung verschlossen bleibt. Als eine der Folgen fehlender Bildung ist es für diese Menschen auch nicht möglich, sich über ihre Rechte zu informieren. Die Einschränkung bürgerlicher Rechte reduziert auch die Möglichkeiten der Betroffenen, sich juristisch gegen erfahrene Ver-

letzungen ihrer Rechte zu wehren, da z.B. die Zulassung als Zeugen vor Gericht nicht gegeben ist.

Die Diagnosestellung ist oftmals auch mit der Einweisung in Institutionen verbunden, in welchen die Bewohner unter menschenunwürdigen Bedingungen und ständiger Angst vor Missbrauch und Misshandlung leben.

Institutionalisierung der Betreuung von Menschen mit Behinderung

Die Bilder aus Heimen in Russland (AI 2003), Rumänien (MDRI 2006) und Bulgarien (AI 2002), in welchen Menschen gefesselt, gebunden, eingekerkert und weggesperrt ohne ausreichende Ernährung, ohne jegliche Form von medizinischer Behandlung, therapeutischen Interventionen oder menschlicher Zuwendung mehr vegetieren als leben, sind längst bekannt und können leider durch Beispiele in aller Welt ergänzt werden.¹⁵ Die Menschenrechtsverletzungen in solchen Einrichtungen sind systematisch: Schon die Einweisung ist oftmals staatlich geregelt, Personal- und Ressourcenmangel sind überall präsent, fehlende Bildung und Vorurteile auf Seiten des Personals häufig anzutreffen. Die herrschenden Missstände haben in vielen Fällen die Form von Folter und Misshandlung angenommen, die exzessive Gabe von Drogen und Arzneimitteln zur Verhaltenskontrolle sowie die Verwendung von Elektroschocks verstoßen gegen medizinische Ethik (MDRI 2005, 2004, 1997, 1995). Durch die Lage dieser Einrichtungen in abgelegenen, unbewohnten Gebieten, wird der Kontakt zur Außenwelt stark eingeschränkt oder komplett unterbunden, die gesellschaftliche Exklusion ist perfekt.

Doch auch in Einrichtungen mit weniger dramatischen oder lebensbedrohlichen Umständen erfährt die Würde der Bewohner und deren rechtliche Stellung aufgrund des institutionsimmanenten Charakters starke Einschränkungen: die Tagesabläufe sind vorstrukturiert, die Geschlechter getrennt untergebracht, das Postgeheimnis wird übergangen und die Privatsphäre ist durch Gemeinschaftsräume und Schlafsäle stark reduziert. Die Abhängigkeit der dort lebenden Menschen vom guten Willen des Personals ist hoch, die Gefahren dieser Abhängigkeit liegen auf der Hand.

Auch Gefängnisse sind Schauplatz von Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen mit Behinderung. In den USA ist der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen, welche eines kriminellen Vergehens beschuldigt werden, aufgrund fehlender rehabilitativer Einrichtungen auf Gemeindeebene gestiegen. HRW berichtet, „there are three times more mentally ill people in prisons than in mental health hospitals, and prisoners have rates of mental illness that are two to four times greater than the rates of members of the general public“ (HRW 2003: 1). Das Sicherheitspersonal ist



jedoch für den Umgang mit dieser Klientel nicht geschult, nötige medizinische Versorgung sowie therapeutische Angebote werden aus Kostengründen meist nicht gewährt. So werden diese Menschen oftmals Ziel von Disziplinierungsmaßnahmen, welche auch die Haft in Einzelzellen ohne ausreichende Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln umfasst. Von den anderen Gefangenen erfahren die Insassen mit psychischen Erkrankungen wenig Verständnis und sind umgekehrt besonders vulnerabel gegenüber Vergewaltigungen, Manipulationen und Instrumentalisierung durch ihre Mitgefangenen. Selbstverstümmelungen und Selbstmorde sind bei den Gefangenen mit psychischen Beeinträchtigungen häufig.

Die Bedrohung durch die bioethische Diskussion

Zuletzt soll hier noch ein Bereich angesprochen werden, der neben den Chancen für Menschen mit Behinderung auch eine potenzielle Bedrohung ihres Lebens darstellt: die gravierenden Fortschritte im Bereich der Medizin und Biotechnologie. Hier zeigen sich starke Tendenzen, ein Leben ohne Behinderung zu verheißen, womit gleichzeitig die Anzweiflung eines würdigen und werten Lebens mit Behinderung einhergeht. Die Forschung zu neuen medizinischen und biotechnologischen Möglichkeiten scheint sich weniger einer Erleichterung als vielmehr einer Vermeidung von Leben mit Behinderung verschrieben zu haben. Die medizinisch möglichen sowie gesetzlich zulässigen Verfahren, die Geburt eines Kindes mit Behinderung zu verhindern, finden bereits gesellschaftliche Akzeptanz. In der bioethischen Diskussion wird das *soziale Modell* von Behinderung, welches nicht zuletzt der *UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* zugrunde liegt, verdrängt. Behinderung wird wieder zum medizinischen Problemfall, wodurch die Menschenrechtsperspektive zurückgedrängt wird. Von Menschen mit Behinderung wird diese Entwicklung zu Recht als eine Bedrohung ihres Lebens und des Lebens zukünftiger Generationen – mit und ohne Behinderung – empfunden (DPI Position Paper on Bioethics)¹⁶.

Schlusswort

Der Artikel mag ein recht düsteres Bild von der Einhaltung der seit 1948 formulierten und allgemein anerkannten Menschenrechte weltweit zeichnen. Natürlich gibt es auch positive Beispiele von gelungenen Projekten, gewonnenen Rechtsstreits, effektvollen Aufklärungskampagnen. Doch dürfen diese nicht darüber hinwegtäuschen, dass täglich Verstöße gegen das Menschenrecht verübt werden, dass täglich menschliches Leid aus der Aberkennung von Rechten entsteht. Dies lässt sich nicht in Zahlen ausdrücken, denn jeder einzelne Verstoß ist einer zu

viel. Ziel kann also nicht allein eine Reduzierung von Menschenrechtsverletzungen sein, Ziel muss die vollkommene Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte weltweit und für alle Menschen werden. Denn offensichtlich ist auch: Bisher sind bezüglich der Gültigkeit von Menschenrechten insbesondere für Menschen mit Behinderung die rechtliche Situation und die tatsächlichen Erfahrungen im Lebensalltag *zwei Paar Stiefel* geblieben – in allen Ländern dieser Erde. Oder mit den Worten eines Kongolesen: „I am 35 years old now and have never tasted all these facilities I am reading in the Standard Rules. They are a dream! We don't have any rights other than the right of receiving pity words, which we don't need! We cannot make any change to our rights when we are still in the dust asking for cents in the streets, but by improving ourselves through education. There is no encouragement from the government or society“ (*Global Health Watch 2005–2006*: 184). Es bleibt zu hoffen, dass die neue *UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* insbesondere durch die Installation detaillierter Implementierungs- und Monitoringmechanismen nachdrücklich und ganz konkret die Lage von Menschen mit Behinderung verbessert. Rechte alleine machen keinen Menschen satt.

Anmerkungen

- 1 Menschenrechte sind per se Rechte des Einzelnen gegenüber einem Staat, welcher auch für die Einhaltung und den Schutz der Rechte verantwortlich ist. Dementsprechend zählen Handlungen von Individuen juristisch gesehen nicht direkt zu Menschenrechtsverletzungen.
- 2 <http://www.agentorange.reflection.org/index.php>
- 3 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), Kinderrechtskonvention (CRC), Wanderarbeiterkonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention als Abkommen des humanitären Völkerrechts
- 4 beispielhaft: HRW August 2006; HRW November 2006; HRW September 2005; HRW Oktober 2006; zusammenfassend: HRW September 2001
- 5 Die Berichte von HRW aus Angola, Burma, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Libanon, Kolumbien, Nepal, Sierra Leone, Sri Lanka, Sudan und Uganda sind im Internet unter <http://hrw.org/campaigns/crp/index.htm> zu finden.
- 6 Hier ein paar Zahlen: In Australien liegt die Lebenserwartung von Männern indigener Herkunft mit 56 Jahren 21 Jahre unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die Quote von schweren Beeinträchtigungen liegt bei Aboriginies sowie den Torres Strait Islander fast zweieinhalb Mal höher als bei der Mehrheitsbevölkerung (AIHW 2006). In Bolivien stirbt jedes fünfte indigene Kind vor dem Erreichen des ersten Lebensjahres, in Kambodscha leiden 20 % der Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung, mehr als die Hälfte ist unter-



gewichtig und unterentwickelt (*Global Health Watch 2005–2006*: 169). DPI hat auf diese Erkenntnisse reagiert und in der Resolution des Weltgipfels 2004 die Einrichtung eines internationalen Komitees für Menschen mit Behinderung mit indigenem Hintergrund beschlossen.

- 7 <http://www.cenwor.lk/migrantwomen.html>
- 8 „Tatsächlich wurden bei den besagten Luftangriffen Bomben im Umkreis von 500 Metern um das neu erbaute Allgemeine Krankenhaus Kilinochchi in Annapuram abgeworfen. Am Krankenhaus wurden große Schäden verursacht, was dazu führte, dass alle Patienten und Angestellte des Krankenhauses vom Gelände evakuiert wurden. Die Patienten umfassen Schwerstkranke, bei früheren Militäroperationen der srilankischen Regierung schwer Verletzte, schwangere Mütter und Mütter mit neugeborenen Babys“ (Tamil-Net 2006).
- 9 Masakhwe, Phitalis Were 2004: “An equally important institution that was vandalised was the Ndira Centre for people with psychiatric and mental handicaps. The centre close to Kigali is another worse case scenario. Watching video cassettes of the disabled persons from this centre, helplessly looking for help during the slaughter, would leave you breathless.”
- 10 Eine Frau aus dem Kosovo berichtet: „Am Samstag, 27. März, ist die Polizei bei uns erschienen und hat uns befohlen, unser Zuhause zu verlassen. [...] Dann bin ich im Regen in die Berge geflüchtet. Ich bin ungefähr zehn Stunden gegangen, bei mir waren Kinder - das jüngste war einen Monat alt - und Behinderte. Drei Tage haben wir in den Bergen verbracht und hatten nichts: weder Nahrung noch Kleidung zum Wechseln, noch Geld. Dann sind wir in die Stadt zurück. Die Polizei erwartete uns. Wir, ungefähr 5.000 Menschen, wurden an der Bushaltestelle zusammengeführt. Wir wurden geschlagen und bedroht. Alte und Behinderte wurden getötet.“ (GSoA 1999)
- 11 “In India, 74 percent of people with disabilities and 94 percent of those with mental retardation had no job. In Thailand, 80 percent were unemployed, while in Vietnam the figure was 70 percent, and in the Philippines it was 40 percent, according to the survey.” (http://v1.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=334)
- 12 Nach Schätzungen der Weltbank hat jeder fünfte Mensch in absoluter Armut eine Behinderung. In Großbritannien leben 65% der Menschen mit Behinderung unter der Armutsgrenze (*Global Health Watch 2005–2006*: 180), in den USA sind dies 25% im Vergleich zu 8% der restlichen Bevölkerung (*US Bureau of the Census 2006*).
- 13 IDRMC Country Report: Chile, 2004; IDRMC Country Report: Ecuador, 2004; IDRMC Country Report: Guatemala, 2004, IDRMC Country Report: Jamaica, 2004; IDRMC Country Report: Paraguay, 2004; IDRMC Country Report: Peru, 2004; IDRMC Country Report: Thailand, 2005;

- 14 IDRMC Country Report: El Salvador, 2004; IDRMC Country Report: Guyana, 2004;
- 15 Muntarhorn 2006; WID 22, 2004; van Wijnen 2003; MDRI (*Mental Disability Rights International*) 2006, 2005, 2004, 2000, 1997, 1996, o.A.
- 16 http://v1.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=49

Literatur

- AI Press Release: Albania: Disability and the right to marry (11.11.2004). Unter: <http://web.amnesty.org/library/index/engneur110052004>
- AI: Rough Justice: The law and human rights in the Russian Federation. AI Index: EUR 46/054/2003, 2003, 59-69
- AI: Bulgaria Far from the eyes of society systematic discrimination against people with mental disabilities. AI Index: EUR 15/005/2002, 2002
- AIHW (*Australian Institute of Health and Welfare*): Disability rates among Aboriginal and Torres Strait Islander people - updating the Indigenous factor in disability services performance indicator denominators. AIHW Cat. No. DIS 45 Canberra: AIHW (Welfare Working Paper Series number 50), Februar 2006
- CARITAS GERMANY: Women in Kabul. A Needs Assessment. 2004
- CENTER OF REPRODUCTIVE RIGHTS: Reproductive Rights and Women with Disabilities. A Human Rights Framework. January 2002
- CHRISTOFFEL-BLINDENMISSION: Behinderungen von Müttern nach einer Geburt bekämpfen. Pressemitteilung vom 08. März 2006. Unter: http://www.christoffel-blindenmission.de/beitrag/CBM_DE_Basisbeitrag_43420.html
- DESPOUY, Leandro: Human Rights and Disabled Persons. United Nations, New York 1993
- DPI Position Paper on Bioethics, o.A.. Unter: http://v1.dpi.org/lang-en/resources/topics_detail?page=49
- ENNS, Henry: Disabled Refugees: In: *Vox Nostra* (2), 1988
- GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (Hg.): Bomben und Hunger im Südsudan. Memorandum. Göttingen Juni 2000
- Global Health Watch 2005–2006: An alternative world health report: People’s Health Movement, GEGA, Medact, 2005 http://www.ghwatch.org/2005_report.php
- GSoA: Alte und Behinderte wurden getötet. Zeugenaussagen von Kosovo-Albanern (11.05.1999). http://www.gsoa.ch/zivil/kosov@/kosov@_nato/199905/19990511.2.html
- HANDICAP INTERNATIONAL: Fatal Footprint – Tödliche Spur. Die weltweiten humanitären Auswirkungen von Streumunition. Deutschsprachige Kurzfassung. November 2006
- HANDICAP INTERNATIONAL: Sierra Leone: Les Victimes de Charles Taylor n’interessent plus personne. Dossier de presse. Juin 2006
- HANDICAP INTERNATIONAL: Kambodscha – Frieden im



- Minenfeld. Februar 2004. Unter: <http://www.handicap-international.de/projekte/kambodscha3.html>
- HANDICAP INTERNATIONAL: Landmine Victim Assistance in Bosnien and Herzegovina. Working Paper. December 2003
- HRW: "Children of the Dust". Abuse of Hanoi Street Children in Detention. volume 18, no. 14(C), November 2006
- HRW: Still Making Their Own Rules. Ongoing Impunity for Police Beatings, Rape, and Torture in Papua New Guinea. Volume 18, No. 13(C) Oktober 2006
- HRW: "The Perverse Side of Things". Torture, Inadequate Detention Conditions, and Excessive Use of Force by Guinean Security Forces. Volume 18, No. 7(A), August 2006
- HRW: What Future? Street Children in the Democratic Republic of Congo. Volume 18 (2A), April 2006
- HRW: "Making Their Own Rules". Police Beatings, Rape, and Torture of Children in Papua New Guinea. Vol. 17, No. 8 (C). September 2005, S.63cf.
- HRW: Kolumbien – bewaffnete Truppen schicken Kinder in den Krieg. Pressemitteilung vom 22.02.2005. Unter: <http://hrw.org/german/docs/2005/02/22/columbia10210.htm>
- HRW: Sexual Violence and its Consequences among Displaced Persons in Darfur and Chad. A Human Rights Watch Briefing Paper. April 12, 2005
- HRW: You'll learn not to cry. Child Combatants in Colombia. September 2003.
- HRW: Easy Targets. Violence against children worldwide. September 2001
- IDRM (International Disability Rights Monitor): Country Report: Thailand, 2005
- IDRM Country Report: Chile, 2004
- IDRM Country Report: Ecuador, 2004
- IDRM Country Report: El Salvador, 2004
- IDRM Country Report: Guatemala, 2004
- IDRM Country Report: Guyana, 2004
- IDRM Country Report: Jamaica, 2004
- IDRM Country Report: Paraguay, 2004
- IDRM Country Report: Peru, 2004
- ILO Report: The end of child labour: Within reach. Global Report under the Follow-up to the ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work, 2006
- ILO: Time for Equality in Work. 2003. Zusammenfassung unter: http://www.disabilityworld.org/06-08_03/employment/ilo.shtml
- LEWIS, C./ SYGALL, S. (Hg.): Loud, Proud and Passionate; Including Women with Disabilities in International Development Programmes, MIUSA 1997; In: *Inclusion International: Fact Sheet on Poverty and Disability*.
- LIGHT, Richard: A Real Horror Story: the abuse of disabled people's human rights. In: *Disability World* (18), April-May 2003
- MASAKHWE, Phitalis Were: The Disabled and the Rwanda Genocide: The untold story. In: *Disability World* (23), 2004
- MDRI: Hidden Suffering. Romania's Segregation and Abuse of Infants and Children with Disabilities. 2006
- MDRI: Behind Closed Doors: Human Rights Abuses in the Psychiatric Facilities, Orphanages and Rehabilitation Centers of Turkey, Istanbul 2005
- MDRI: Human Rights and Mental Health in Peru. 2004
- MDRI: Human Rights and Mental Health Mexico. 2000
- MDRI: Human Rights and Mental Health: Hungary. 1997
- MDRI: Human Rights and Mental Health: Uruguay. 1995
- MDRI: Not on the Agenda: Human Rights of People with Mental Disabilities in Kosovo. Washington DC, .o.A.
- MUNTARBHORN, Vitit : Question of the violation on human rights and fundamental freedoms in all parts of the world. Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea, Vitit Muntarbhorn. UN Economic and Social Council E/CN.4/2006/35. 23 January 2006
- QUAN, Silvia: Citizen Participation of Persons with Disabilities in Guatemala. In: *Disability World* (21), 2003
- REFUGEES INTERNATIONAL: Displaced and Disabled. 02. März 2003. Unter: <http://www.refugeesinternational.org/content/article/detail/1477/?PHPSESSID=3fc64258eda9d44c2>
- SIMMONS, Lee: Fleeing for their lives. Helping refugees and others traumatized in war. *Harvard Gazette Archives* 1999
- SORIA, Nuria Felipe: Disability: Consequence of Poverty and Cause of Rural Hunger. In: *Disability World* (25) September-November 2004
- TAMILNET: Tamil National Alliance: Angriff in Kilinochchi verstößt gegen Internationales Humanitäres Recht (Presseerklärung vom 03. 11 2006). Unter: <http://www.tamilnet.de/art.html?catid=13&artid=20137>
- TORALIEVA, Gulnura/MASLOVA, Dina: Disabled Workers Written Off. Institute for War and Peace Reporting: Kyrgyzstan (RCA No. 255, 07-Jan-04)
- UNICEF: An Overview of Young People Living with Disabilities: Their Needs and their Rights. Working Paper Series, 1999. In: *Inclusion International: Fact Sheet on Poverty and Disability*. Unter: http://www.inclusion-international.org/site_uploads/11223821811255866183.pdf
- US BUREAU OF THE CENSUS 2006. Unter: http://people.hofstra.edu/faculty/Frank_G_Bowe/disability-New/disabililty_narrative_2.html
- van WIJNEN, Agnes: Systemic violations of human dignity: Afghanistan and the Netherlands. In: *Disability World* (18), 2003
- WID: UN Health Agency Calls for End to Abuse of People with Mental Disorders. In: *Disability World* (27), 2005/2006
- WID: Liberty Denied: Human Rights Violations in Criminal Psychiatric Detention Reviews in Hungary. In: *Disability World* (22), 2004



Abstract: The article demonstrates the mutual dependency of Human Rights violations and disability. Based on the UN Report "Human Rights and disabled people" from 1993 by the analysis of actual examples. How much can Human Rights abuses be the cause of disability and vice-versa is analysed particularly as people with disability are particularly vulnerable for discrimination and Human Rights abuse.

Résumé: Cet article montre la causalité réciproque entre les violations des droits humains et le handicap. Sur base du rapport des Nations Unies « Droits humains et personnes handicapées » de 1993 et d'exemples actuels on présente dans quelle mesure les violations des droits humains peuvent être des causes de handicaps et inversement pourquoi les personnes sont particulièrement vulnérables aux discriminations et violations des droits humains en raison de leur handicap.

Resumen: El artículo enfoca la relación entre la violación de los derechos humanos y la discapacidad. Refiriéndose al

informe de las Naciones Unidas sobre los «Derechos Humanos y Personas Discapacitadas» del año 1993 y con ejemplos actuales, se enseña, como la violación de los derechos humanos puede ser la causa de discapacidad, y viceversa, porque personas con discapacidad son vulnerables para discriminaciones y violaciones de los derechos humanos.

Autorin: Doris Gräber ist Diplom Rehabilitationspädagogin. Sie hat an der Carl von Ossietzky-Universität zu Oldenburg sowie an der Humboldt-Universität Berlin mit interkulturellem Schwerpunkt studiert. Seit mehreren Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich im Bereich Rehabilitation und Entwicklungszusammenarbeit, leitete die studentische Arbeitsgemeinschaft RE-ZAG in Berlin und war eine der Organisatoren des internationalen Symposiums *HIV/AIDS und Behinderung – eine globale Herausforderung 2004*.

Anschrift: Doris Gräber, Marienburger Str. 30a, 10405 Berlin, Tel.: 030-48493793, E-Mail: doris.graeber@arcor.de

The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities and the Visibility of Persons with Disabilities in Human Rights

Marianne Schulze

The UN's programmatic *Universal Declaration of Human Rights* is to ensure the full enjoyment of all human rights for all. The generality of the wording was specified in an enumeration in subsequent binding human rights treaties, however, persons with disabilities were not included. Over the years, visibility increased steadily, giving way, most recently, to the adoption of a specialized human rights convention aimed at ensuring full and effective enjoyment of human rights for persons with disabilities.

Introduction

"The purpose of the present Convention is to promote, protect and ensure the full and equal enjoyment of all human rights and fundamental freedoms by all persons with disabilities, and to promote respect for their inherent dignity," states the opening provision of the newly adopted *International Convention on the Rights of Persons with Disabilities*. The Convention is among other important and necessary things also a new height of visibility for persons with disabilities.

Reaching this level of visibility involved a long, tedious process, which may be sketched as follows:

When, in 1948, the United Nations started to set

standards for human rights by way of the *Universal Declaration of Human Rights*, a general clause was intended to protect all human beings against all forms of abuse and violations thinkable: "All human beings are born free and equal in dignity and rights."¹ Originally intended as a binding comprehensive human rights charter, the agreement fell short, particularly of its obligatory nature. The Declaration, while frequently invoked, also did not provide adequate detail to ensure effective implementation.²

In trying to make up for these shortcomings, States Parties started to negotiate more specific and binding treaties: the first one to be adopted, the *Convention on the Elimination of All Forms of Racial*



Discrimination (CERD) states the four core grounds of discrimination: race, sex, language and religion. That same year, 1966, the *International Covenant on Civil and Political Rights* (ICCPR), was adopted; it lists the following grounds of discrimination: "race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property" – it adds the savings clause "and other status."³ This set was repeated in the *Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* (ICESCR), adopted that same year.

In addition to the savings clause, the preamble of the political rights treaty (ICCPR), states the inherent dignity as well as the equal and inalienable rights of all members of the human family as the foundation of freedom, justice and peace in the world. The fact that the 1966 treaties do not include disability as a ground for discrimination, is said to be one of the reasons why the disability angle of human rights implementation has been hardly visible in the first decades of the UN's human rights efforts.

Creating visibility

The *Declaration on Social Progress and Development*, adopted by the General Assembly in 1969, proclaimed "all peoples and all human beings, without distinction as to race, colour, sex, language, religion, nationality, ethnic origin, family or social status, or political or other conviction, shall have the right to live in dignity and freedom and to enjoy the fruits of social progress and should, on their part, contribute to it." In Article 11 it calls for the provision of social security and insurance schemes, amongst others also for persons with disabilities; adding the protection of the rights and assuring the welfare of children, the aged and the disabled as well as the protection for physically or mentally disadvantaged.⁴ Obviously the choice of wording of this and other documents reflect the underlying concepts and (mis)perceptions, still prevalent at the time. This is particularly true of the 1971 *Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons*,⁵ which picked up on the *Declaration on Social Progress* and stated, "the mentally retarded person has, to the maximum degree of feasibility, the same rights as other human beings."

From today's perspective one may feel outrage when reading such terminology and also the obvious limitation of rights, however, one may want to recall – as a comparator – that at this point in time, homosexuality was still seen as an illness.⁶ In 1975 the *Declaration on the Rights of Disabled Persons*⁷ stated: "the term 'disabled person' means any person unable to ensure himself or herself, wholly or partly, the necessities of a normal individual and/or social life, as a result of deficiency, either congenital or not, in his or her physical or mental capabilities." The Declaration – essentially a non-binding resolu-

tion – proclaimed further that the rights, which persons with disabilities shall enjoy, "shall be granted to all disabled persons without any exception whatsoever and without distinction or discrimination on the basis of race, colour, sex, language, religion, political or other opinions, national or social origin, state of wealth, birth or any other situation applying either to the disabled person himself or herself or to his or her family."

In addition to this anti-discrimination clause, which is broader than the above-mentioned provision contained in the political and economic rights treaties respectively, also extends the protection to family members. The Declaration also makes an unequivocal statement on all human rights applying to all: "Disabled persons have the inherent right to respect for their human dignity. Disabled persons, whatever the origin, nature and seriousness of their handicaps and disabilities, have the same fundamental rights as their fellow-citizens of the same age, which implies first and foremost the right to enjoy a decent life, as normal and as full as possible." The first indicators of what is now termed reasonable accommodation may be discerned from another Article of the Declaration: "disabled persons are entitled to the measures designed to enable them to become as self-reliant as possible."

For the first time, also, persons with disabilities were recognized in the authoritative interpretations, which the panels created under the UN Human Rights Treaties,⁸ may issue. The starting point was a 1982 General Comment by the political rights panel (ICCPR) on the right to liberty and security of the person, which states that protection under this Article applies to "all deprivations of liberty, whether in criminal cases or in other cases, such as, for example, *mental illness*, vagrancy, drug addiction, educational purposes."⁹ Note that this statement almost coincided with the 1981 *International Year of Persons with Disabilities*. In 1982 the General Assembly adopted a *World Program of Action Concerning Disabled Persons*.¹⁰ As is UN custom, the thematic focus was followed by the proclamation of a *Decade on Persons with Disabilities*, which spanned from 1983 to 1992. At the end thereof, the *UN Standard Rules* were adopted.

During this Decade, the visibility of persons with disabilities was increased in further General Comments and – as a first – also in a regional human rights document. The *Additional Protocol to the American Convention on Human Rights*, which builds on the 1969 *American Convention on Human Rights*, declared under the title of *Protection of the Handicapped* in 1988: "Everyone affected by a diminution of his physical or mental capacities is entitled to receive special attention designed to help him achieve the greatest possible development of his personality." The provision, Article 18, enumerates special



programs and training as well as the consideration of persons with disabilities in urban development plans. Note that neither the African nor the European regional treaties made such references at that point in time.

The first stand-alone provision

The United Nations adopted their hitherto most successful human rights treaty, the *Convention on the Rights of the Child*, in 1989. It contains a stand-alone provision on the rights of children with disabilities. The Convention's Article 23 states, "mentally or physically disabled children should enjoy a full and decent life." States Parties are urged to recognize the right of children with disabilities to special care. In recognition of the special needs it also calls upon States to provide such assistance free of charge, whenever possible. Furthermore, it endorses the exchange of information on rehabilitation, education and vocational services in the realm of international cooperation.

While the stand-alone provision in the Convention was a huge achievement in creating visibility, the implementation of the provision confirmed that more had to be done to ensure the full and effective enjoyment of all human rights for persons – here children – with disabilities. For one, in their obligatory periodic reports, States Parties to the Convention did not cover the concerns of children with disabilities adequately. What is more, the interpretation and thus application of Article 23 appears to be limited to that very provision, rather than implementing all the Convention's rights also for children with disabilities.

The Standard Rules

At the conclusion of the UN's *Decade on Persons with Disabilities*, the General Assembly adopted the *UN Standard Rules* in 1992. "They imply a strong moral and political commitment on behalf of States to take action for the equalization of opportunities for persons with disabilities." The Rules are to ensure that persons with disabilities may exercise the same rights and obligations as others. In addition to the custom set of human rights principles, the Standard Rules, among others, also set out provision on accessibility, awareness-raising, and support services. The importance of implementation is underlined by calling for national evaluation mechanisms. The results thereof are, amongst others, to be applied at the planning stages of policy.

While the Standard Rules are not binding, they may, as is also stated in the introduction of the Rules, become binding if implemented by many States. This is a principle of international law that the frequent practice of a specific rule develops a binding nature despite the lack of formal accession. This is referred to as "custom."¹¹

In addition to national evaluation, the Standard Rules also foresee a monitoring mechanism through the *Commission for Social Development*; assisting States in assessing the level of implementation and thus increasing the effectiveness of application.

As can be derived, for example, from the resolution "Towards full integration of persons with disabilities in society: implementation of the Standard Rules on Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities, and of the Long-Term Strategy to Implement the World Programme of Action concerning Disabled Persons to the Year 2000 and Beyond,"¹² the disability issue received a secure position in the General Assembly's agenda. Compare also the annual resolutions of the *Human Rights Commission* – now revamped as *Human Rights Council* – as well as the *Economic and Social Council*, among others.

Vienna Declaration

The practical division between the two 1966 covenants on political and economic rights respectively grew, also as a result of the Cold War but also because one – the political rights treaty (ICCPR) – creates individual rights, whereas the economic rights treaty 'only' obliges States to take action. In trying to bridge this gap, which had and has effects on the level of implementation, the UN declared, "all human rights are universal, indivisible and interdependent and interrelated." The *Vienna Declaration and Programme of Action*, which was adopted in 1993, also highlights the rights of the disabled person: "all human rights and fundamental freedoms are universal and thus unreservedly include persons with disabilities. Every person is born equal and has the same rights to life and welfare, education and work, living independently and active participation in all aspects of society. Any direct discrimination or other negative discriminatory treatment of a disabled person is therefore a violation of his or her rights."¹³

General Comment of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights

In addition to a few other authoritative statements on the specialized human rights conventions, the interpretation of the *Committee on Economic, Social and Cultural Rights* on persons with disabilities certainly stands out. Drafted by the Committee's then intern, disability rights specialist Theresia Degener, General Comment 5 makes a number of unequivocal clarifications.¹⁴

Based on the principles of equality and active participation, the General Comment states, "through neglect, ignorance, prejudice and false assumptions, as well as through exclusion, distinction or separation, persons with disabilities have very often been prevented from exercising their economic,



social or cultural rights on an equal basis with persons without disabilities. The effects of disability-based discrimination have been particularly severe in the fields of education, employment, housing, transport, cultural life, and access to public places and services" (Para. 15.).

With regard to the question of obligations of private actors and States Parties responsibility, the General Comment calls for positive State action, particularly against consequences of the so-called free market: "in the absence of Government intervention there will always be instances in which the operation of the free market will produce unsatisfactory results for persons with disabilities, either individually or as a group, and in such circumstances it is incumbent on the Governments to step in and take appropriate measures to temper, complement, compensate for, or override the results produced by market forces" (Para. 12.).

The General Comment stresses States Parties' general obligations, the necessity to eliminate discrimination and enumerates the applicability of the Covenant's provisions. These include equality between men and women, work related rights, social security, the right to an adequate standard of living, right to physical and mental health, right to education and the right to partake in cultural life as well as enjoying the benefits of scientific progress.

Toward Visibility in the new Millennium

Before the turn of the century, the *Organization of American States* (OAS) adopted a specialized treaty: the *Inter-American Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Persons with Disabilities*.¹⁵ The European Union, in 2000, adopted a *Charter of Fundamental Rights*, which covers *dignity* in its first chapter and in its third – on equality – enumerates disability as a prohibited ground of discrimination (Article 21). In Article 26 it provides for the "integration of persons with disabilities" and proclaims "the Union recognizes and respects the right of persons with disabilities to benefit from measures designed to ensure their independence, social and occupational integration and participation in the life of the community."

The UN, on the other hand, failed rather abysmally to reflect the urgent need to address the situation of persons with disabilities worldwide in its *Millennium Development Goals*. Compare, though, the adoption of resolutions such as the *Implementation of the World Programme of Action concerning Disabled Persons: realizing the Millennium Development Goals for Persons with Disabilities*, which recognizes the need to protect and promote all human rights and fundamental freedoms of persons with disabilities as part of efforts to achieve the *Millennium Development Goals*.¹⁶

Sustaining visibility

The negotiations on a *Comprehensive and Integral International Convention on the Rights and Dignity of Persons with Disabilities* were kick-started through a Mexican initiative: in the course of the *World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance* in Durban in 2001, the delegation proposed to elaborate a Convention protecting the rights of persons with disabilities. The Mexican president, Vincente Fox, reiterated this proposal during the opening session of the 56th General Assembly and in response, the Assembly adopted Resolution 56/162, which established the *Ad Hoc Committee on a Comprehensive and Integral International Convention Protecting the Rights and Dignity of Persons with Disabilities*. Its aim was "to consider proposals for a comprehensive and integral international convention to promote and protect the rights and dignity of persons with disabilities, based on the holistic approach in the work done in the fields of social development, human rights and non-discrimination and taking into account recommendations of the *Commission on Human Rights* and the *Commission for Social Development*." The Ad Hoc Committee folded after the successful adoption of the draft text by the General Assembly of the International Convention on the Rights of Persons with Disabilities on December 13, 2006.

In the course of the negotiations, the Secretary General of the United Nations, Kofi Annan, underlined the necessity for heightened visibility – also by way of a special international treaty – when he stated "Persons with disabilities make up the world's largest minority group. They are disproportionately poor, are more likely to be unemployed, and have higher rates of mortality than the general population. All too often, they do not enjoy the full spectrum of civil, political, social, cultural and economic rights. For many years, the rights of persons with disabilities were overlooked."¹⁷ The High Commissioner for Human Rights, Louise Arbour, highlighted both the need and the potential of the Convention: "This new treaty will play a key role. It will affirm the rights of persons with disabilities explicitly and spell out the action needed to implement them. It will also raise awareness about the human rights of persons with disabilities (...). We need to understand better the specific challenges that persons with disabilities face in accessing their human rights, and this treaty will serve to educate as well as to ensure that obligations are met."¹⁸

The newly adopted Convention, once ratified by the set number of States and thus enforceable, places the protection of full and effective enjoyment of human rights by persons with disabilities at the same level – and thus visibility – as the six other specialized human rights treaties. Yes, such protection



can actually be derived from the *Universal Declaration of Human Rights* and the subsequent Covenants, but as practice shows, it was deeply necessary to bring commitment and – more so – awareness to a qualified level. Reaching this stage is a huge achievement and at the same time a new starting ground: much remains to be done.

From now on: visibility

The *International Convention on the Rights of Persons with Disabilities*¹⁹ establishes, among others, the principle of non-discrimination and provides a binding definition on what constitutes discrimination on the basis of disability. It includes among the grounds of discrimination also the denial of reasonable accommodation, which is defined as “means necessary and appropriate modification and adjustments not imposing a disproportionate or undue burden, where needed in a particular case, to ensure to persons with disabilities the enjoyment or exercise on an equal basis with others of all human rights and fundamental freedoms.”²⁰

Persons who may be discriminated and thus enjoy the protection of the Convention are described as including those “who have long-term physical, mental, intellectual, or sensory impairments which in interaction with various barriers may hinder their full and effective participation in society on an equal basis with others.”²¹ The *social model* – meaning that the focus is not on the impairment of the person with disabilities but rather on the various barriers that persons with disabilities face – is underlined in the preamble of the Convention, which recognizes disability as an evolving concept and states that “disability results from the interaction between persons with impairments and attitudinal and environmental barriers.”²²

Importantly, the Convention is the first human rights treaty, which provides a stand-alone provision on *International Cooperation*. It emphasizes the need to include persons with disabilities at all levels of development work, bringing much needed visibility to the vast majority of persons with disabilities, who live in developing countries. Equally important for visibility, the Convention foresees the same level of monitoring as other specialized human rights treaties as well as national implementation and monitoring.²³

Conclusion

Recently, the *Child Rights Committee* adopted a comprehensive General Comment on children with disabilities.²⁴ It not only shows that visibility for disability issues and the rights of persons with disabilities has increased so much so that addressing this issues is now understood to be part and parcel of main-

stream human rights discourse. The General Comment succinctly points out the single most important reason for this achievement: the increasingly heard voice of individuals with disabilities as well as their advocates from national and international non-governmental organizations. Continued and increased visibility will – dare I say it – largely depend on them. Because the activism, strength together with the full and equal participation of persons with disabilities and the international disability movement is in accordance with their slogan: “Nothing about us without us!”

Notes

- 1 Article 1 Universal Declaration of Human Rights (1948).
- 2 For a history of the Universal Declaration see: Mary Ann Glendon, *A World Made New*.
- 3 See Article 2 Para 1 ICCPR.
- 4 See Article 11 of the Declaration on Social Progress and Development, General Assembly Resolution 2542 (XXIV), 11 December 1969.
- 5 General Assembly Resolution 2856 (XXVI), 20 December 1971.
- 6 Compare, e.g., the decision of the American Psychiatric Association in 1974 according to which homosexuality was no longer a psychiatric illness.
- 7 General Assembly Resolution 3447 (XXX) 9 December 1975.
- 8 These are, in order of adoption the Committees under the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (CERD), 1966; International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR), 1966; International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR), 1966; Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW), 1979; Convention Against Torture and Other Cruel, Inhumane or Degrading Treatment (CAT), 1984; Convention on the Rights of the Child (CRC), 1989; International Convention on the Protection of the Rights of Migrant Workers and Members of Their Families (ICMW), 1990. Such a Committee is also to be established for the new International Convention on the Rights of Persons with Disabilities as well as the newly adopted International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearances.
- 9 International Covenant on Civil & Political Rights – Human Rights Committee: General Comment No. 8 (liberty and security of person); [http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/f4253f9572cd4700c12563ed00483bec?Opendocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/f4253f9572cd4700c12563ed00483bec?Opendocument).
- 10 See General Assembly Resolution 37/52.
- 11 See Article 31 Vienna Convention on the Law of Treaties and Article 38 Statute of the International Court of Justice.
- 12 General Assembly Resolution 49/153.
- 13 Vienna Declaration and Programme of Action (1993),



Part: B. Equality, Dignity and Tolerance, Para. 63 –
The rights of the disabled person.

- 14 ICESCR General Comment No 5 (persons with disabilities); [http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/4b0c4499b4ff72c12563ed0054f17d?Opendocument](http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/4b0c4499b4ff72c12563ed0054f17d?Opendocument).
- 15 Adopted in Guatemala City, 1999.
- 16 General Assembly Resolution 60/131.
- 17 The Secretary General, Message on the International Day of Disabled Persons, 3 December 2005.
- 18 Statement by Louise Arbour, High Commissioner for Human Rights, General Assembly Ad Hoc Committee, Seventh Session, New York, 27 January 2006.
- 19 For the full text see <http://www.un.org/esa/socdev/enable/plenaryofga06.htm>
- 20 Compare Article 2 ICRPD.
- 21 Compare Article 1 ICRPD.
- 22 Compare Preamble ICRPD.
- 23 Compare Articles 33 ff ICRPD.
- 24 Child Rights Committee, General Comment 9 (rights of children with disabilities); <http://www.ohchr.org/english/bodies/crc/docs/co/CRC.C.GC.9.doc>.

References

QUINN, G./DEGENER, T. et al.: Human Rights and Disability. The current use and future potential of United Nations human rights instruments in the context of disability. United Nations. New York and Geneva 2002
UN ENABLE <http://www.un.org/esa/socdev/enable>

Zusammenfassung: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen hat zum Ziel, allen Menschen alle Rechte zuzusichern. Die Allgemeingültigkeit der Formulierung wurde in nachfolgenden bindenden Menschenrechtsverträgen konkretisiert, ohne jedoch Menschen mit Behinderungen einzuschließen. Deren Sichtbarkeit wuchs über die Jahre stetig an und ebnete so den Weg hin zu der erst kürzlich verabschiedeten speziellen Menschen-

rechtskonvention, durch die sichergestellt werden soll, dass Menschen mit Behinderungen in den vollen und effektiven Genuss der Menschenrechte kommen.

Résumé: L'objectif de la Déclaration Universelle des Droits de l'Homme des Nations Unies est d'assurer la pleine jouissance de tous les droits humains et par tous. La généralité du texte a été spécifiée par la suite dans divers traités sur des droits humains particuliers mais les personnes handicapées n'ont jamais été prises en compte. Au fil des années leur visibilité a crû, conduisant récemment à l'adoption d'une convention spécialisée assurant la jouissance pleine et effective des droits humains pour les personnes handicapées.

Resumen: La intención de la Declaración Universal de los Derechos Humanos es de garantizar el goce de todos los derechos humanos para todos. Sin embargo, las personas con discapacidad no fueron incluidos en esta visión desde el principio. Con los años, su «visibilidad» creció constantemente y dio camino para convenciones especializadas, que quieren asegurar el goce completo y efectivo de los derechos humanos para personas con discapacidad.

Autorin: Marianne Schulze, freiberufliche australisch-österreichische Menschenrechtsexpertin, beobachtete und analysierte die vierte, fünfte und sechste Sitzung des Ad hoc Ausschusses der Vereinten Nationen, der an der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen arbeitete. Seit der siebten Sitzung beriet sie im Auftrag von Licht für die Welt das International Disability & Development Consortium (IDDC) bezüglich einer eigenständigen Regelung zur Internationalen Kooperation.

Anschrift: marianne.schulze@gmx.at

Kinder stärken

Pate werden

Mit 31 EURO im Monat.

Rufen Sie uns an!
0180 - 33 33 300 (g.Ges.Mo)

☑ Ja, ich werde jetzt Pate!

Schicken Sie mit bitte unverbindlich einen Vorschlag für eine Patenschaft.

.....

Name, Vorname

.....

Strasse

.....

PLZ, Ort

Coupon noch heute zurücksenden an:

Kindernothilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg
www.kindernothilfe.de



Menschliche Würde und Solidarität der Schwachen. Gedanken zu der *Convention on the Rights of Persons with Disabilities*

Essay von Arnold Köpcke-Duttler

In dem ersten Teil wird das immer noch unabgegoltene Menschenrecht, wird die ausstehende Menschenwürde von *persons with disabilities* verbunden mit der Auflehnung gegen aufgeherrschte Armut, gegen Diskriminierung, Misshandlung und Ausbeutung. Mit dem Blick auf die *Convention on the Rights of Persons with Disabilities* und andere Menschenrechts-Erklärungen wird dann die Verletzbarkeit der Würde des Menschen herausgearbeitet. In dem dritten Teil werden heilpädagogische Wege angedeutet, die zu einer solidarischen Weltgesellschaft beitragen können. Zum Schluss wird nach jener Gerechtigkeit gesucht, die auf der Seite der Schwachen, Kranken und in ihren Lebensmöglichkeiten Gehinderten steht. Eine Sonderpädagogik angesichts von Auschwitz und Hiroshima wird angedeutet. Die Menschenwürde wird, Andeutungen in der Konvention fortführend, verbunden mit dem Aufruf zu einer globalen Solidarität.

Die menschliche Erwürdigung und die neue Konvention

Die Verabschiedung der *Convention on the Rights of Persons with Disabilities* am 13. Dezember 2006 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen fordert dazu heraus, genauer zu bedenken jenen Rechtsbegriff, der in allen Menschenrechts-Deklarationen niedergelegt ist: den der *menschlichen Würde*. Der scheidende Generalsekretär Kofi Annan hat in seiner Botschaft anlässlich der Annahme der Konvention seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass für 650 Millionen Menschen erdweit, die mit Behinderungen (*disabilities*) leben, an diesem Tag das Versprechen des Aufgangs einer neuen Ära deutlich werde, eines Zeitalters, „in which disabled people will no longer have to endure the discriminatory practices and attitudes that have been permitted to prevail for all too long“ (*Convention on the Rights of Persons with Disabilities* 2006: 1). Diese Kritik jeder Diskriminierung hat sicher etwas zu tun mit der Hervorhebung der menschlichen Würde, deren Licht auch durch die neue Konvention aufleuchten soll.

Ich versuche hier eine Annäherung an das Verständnis menschlicher Würde über die Charta der Vereinten Nationen und über andere Menschenrechts-Pakte. In Art.1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* vom 10. Dezember 1948 wird eine Trias der Menschenrechte verkündet in Erinnerung an die französische Revolution. Alle Menschen seien frei und gleich an Würde und Rechten geboren; sie seien mit Vernunft und Gewissen begabt und sollten einander im Geiste der Brüderlichkeit begeben.

Schwesterlichkeit und Geschwisterlichkeit sind offenbar damals noch nicht recht in Sichtweite geraten nach dem Terror des Nationalsozialismus mit seiner staatlich erzwungenen Euthanasie und dem Entsetzen des Zweiten Weltkrieges. Auch in der Präambel des *Internationalen Pakts über bürgerliche und briti-*

sche Rechte vom 19. Dezember 1966 wird die Erkenntnis proklamiert, dass sich diese Rechte herleiten aus der dem Menschen innewohnenden (*inherent*) Würde. In dem *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (ebenfalls vom 19. Dezember 1966), auf die die neue Konvention sich an einer Stelle bezieht, wird gleichfalls die allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnende Würde in der Präambel anerkannt. In Art. 23 Abs. 1 des *Übereinkommens über die Rechte des Kindes* vom 20. November 1989 heißt es, die Vertragsstaaten erkannten an das Recht des geistig oder körperlich behinderten Kindes, ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen zu führen, „welche die Würde des Kindes wahren, seine Selbstständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern“.

In allen diesen Erklärungen und Pakten bleibt unklar, wie überhaupt die menschliche Würde gedacht und wie des Menschen Recht auf Achtung und Schutz begründet wird. In der neuen Konvention kann diese Suche nach einer Grundlegung fortgesetzt werden. Bevor ich dieser Frage weiter nachgehe, wende ich mich gegen eine Abtrennung der materiell-ökonomischen sowie der öffentlichen und politischen Bedingungen menschenwürdiger Existenz von der geistig-sittlichen Personalität des Menschen. Es ist anzuerkennen, dass auch die Auslieferung an physische und nicht allein an eine geistig-seelische Not die Menschenwürde verletzen kann. Entgegen einer früheren Rechtsprechung (Bundesverfassungsgericht: 97 ff.) ist der Schutz vor materieller Not nicht aus der Verpflichtung zum Schutz der menschlichen Würde aus Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes herauszunehmen (Denninger 1973: 14). Der Schutz des physischen Existenzminimums ist auf den Menschenwürdesatz zu beziehen; zur erst noch zu erlangenden und zu erlebenden Würde gehört die Freiheit von Armut, Hunger, Verachtung und Herabsetzung. Diesen Bezug hat schon Karl Marx in seiner



Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie herausgearbeitet. Die Kritik der Religion ende mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Mensch sei (Feuerbach 1841), „also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx 1982: 158; Maihofer 1969: 61). Die materiale Geschichte mit ihrem ökonomischen Getriebe, die wirklichen Kämpfe der Menschen, die Versuche, sich aus Armut, Erniedrigung und Entwürdigung zu befreien (Artikel 11 des *Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* spricht von dem Recht eines jeden Menschen auf ausreichende Ernährung, Bekleidung, Wohnung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen) werden in diesem dem Menschen zugewandten kategorischen Imperativ sichtbar.

Zu dem noch ausstehenden Menschen-Recht gehört demnach die Auflehnung gegen Armut, zählt das Recht der Menschen, sich zur Wehr zu setzen gegen die ihnen auferlegten schlechten Lebensbedingungen. In diesem Sinn hat der christliche Philosoph Jaques Maritain die Begründung der menschlichen Würde verbunden mit der Selbstbefreiung der Armen (Maritain 1951; Köpcke-Duttler 2006: 33 ff.).

Wenn ich hier die Aufmerksamkeit auf einen christlichen Philosophen lenke, so ist es nicht im Sinn einer Geste der Überlegenheit misszuverstehen, gar eine auf Weltherrschaft gehenden Ausschließlichkeit einer Religion. Der Grundgedanke, dass es die Menschenwürde nicht geben kann ohne ein Ende der Not, findet sich auch bei Ernst Bloch, dem Philosophen der Hoffnung und eines menschlichen Marxismus. Die Sozialutopie beschreibt Verhältnisse, in denen es keine Mühseligen und Beladenen gibt und Erniedrigungen und Beleidigungen aufhören. Unabgegolten ist immer noch die mit einer menschheitlichen Solidarität verbundene Würde (Bloch 1969: 49ff; Bloch 1961). Auch hier erhebt sich die Würde gegen den auferlegten Hunger, das materielle Elend.

In der Präambel der neuen Konvention wird an die Charta der Vereinten Nationen erinnert, an die Anerkennung der jedem Menschen innewohnenden Würde, des Werts („inherent dignity and worth“), der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der menschlichen Familie. Darin wird das Fundament für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt gesehen. Mit dem Blick auf andere Internationale Pakte (z.B.: *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women*; *Convention on the Rights of the Child*) heißt es in der emphatischen Erklärung der Präambel (lit. h), die Vertragsstaaten erkannten an, dass die Diskriminierung gegen eine menschliche Person wegen einer Behinderung („disability“) eine Verletzung der innewohnenden Würde und des Werts der menschlichen Person

sei. Diese Formulierung ist freilich philosophisch nicht genau durchdacht, wird doch in der Philosophie Immanuel Kants die menschliche Würde als *innerer Wert* eines jeden Menschen verstanden. Von daher ist es missverständlich zumindest, dem Wort *dignity* das Wort *worth* hinzuzufügen. Kein Mensch hat einen Wert (im Sinne der Unterlegenheit unter ein äußerliches Maß, gar im Sinne eines ökonomischen Preises – wie eine Ware); wohl trägt jeder Mensch seine und ihre Würde in sich selbst; in sich selbst – als Repräsentant der Menschheit. Es ist bemerkenswert, dass in der neuen Konvention die menschliche Würde nicht allein als individuelle Autonomie, als Wahlfreiheit und Unabhängigkeit (s. Art. 3 – *General Principles*) ausgelegt, sondern auch als Aufruf zur Überwindung der Armut, als Aufruf gegen jede Misshandlung und Ausbeutung, als Kritik aufgeherrschten Elends, kriegerischer Konflikte, als Aufruf demnach gegen verletzend und diskriminierende Situationen verstanden wird, die die Rechte von Menschen mit einer Behinderung in besonderer Weise tangieren. Achtung vor der Würde der Menschen mit Behinderung und ihrer Menschenrechte wird in Art. 2 und 3 der neuen Konvention allen Staaten und allen Menschen abverlangt, wobei die verschiedenen Situationen der Entwürdigung in der Konvention umrissen werden. So postuliert Art. 16 „freedom from exploitation, violence and abuse“; darüber hinaus verlangt Art. 19 die volle Zugehörigkeit zu der menschlichen Gemeinschaft, das Recht auf Partizipation. Art. 24 der Konvention spricht von dem Recht auf Bildung der Menschen mit Behinderung, von deren Gerichtetheit auf „the full development of human potential and sense of dignity and self-worth“. Ausgehend von verschiedenen Gefahren der Entwürdigung und Erniedrigung wird das Menschen-Recht der Menschen mit einer Behinderung eingefordert, die deutlich herausgehoben werden als Träger menschlicher Rechte. Von den Verletzungen ihrer Würde aus spricht die Konvention hier die erst noch einzulösende Erwürdigung aus, die freilich sich in der Verabschiedung einer Konvention nicht erschöpft, sondern vielfältiger, politischer, kultureller, pädagogischer und ökologischer Anstrengungen bedarf.

Der Grundgedanke der Konvention kann auch in einem christlichen Horizont erläutert werden: Zur Erwürdigung der Menschen gehört die Befreiung aus Strukturen der Gewalt. Christlich gesprochen: das christliche Gedächtnis des Leidens hält in sich eine antizipatorische Erinnerung, die Antizipation einer konkreten Zukunft der Menschheit als einer Zukunft der Leidenden, der Verachteten, der Unterdrückten, der Beschädigten, der Nutzlosen dieser Erde (Moltmann 1989: 232 f.; Metz 1977), die ihre Würde in sich bergen und erst noch erstreiten müssen. Jürgen Moltmann zeigt hier deutlich, wie stark er angeregt ist von dem messianischen Hoffnungssinn Ernst



Blochs. Beiden geht es um die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Erniedrigung, von Marginalisierung, von aufgeherrschter Kinderarbeit, aus der Verwendung von Kindern als Soldaten, um die Rettung aus der Entstellung durch Minen (Gandhi 1996: 86). Zwei Beispiel aus der Welt Indiens sollen zeigen, dass es mir nicht um irgendeine religiöse Engführung geht: Baba Amte baute ein Rehabilitationszentrum für Leprakranke auf; er und Medha Patkar halfen Arment bei der Durchsetzung ihrer Menschenrechte durch Fußmärsche und Blockaden (Höring 1995: 133).

Verletzbarkeit der Würde des Menschen

Das Nachdenken über die menschliche Würde führt häufig zu dem Bild des Menschen als eines autonomen Wesens, wobei die Hervorhebung der menschlichen Autonomie sich richtet gegen die Vorstellung einer unbedingten Nichtigkeit des Menschen. Dieser stellt sich entgegen das Postulat des freien und vernünftigen Willens. Fast lässt sich sagen, dass der Mensch sich selbst seine Würde zueignet, sie für sich selbst und im Namen der Menschheit erstrebt, auch erringt (Baruzzi 1997). Alles, was Menschenantlitz trägt, lebt in Würde: Unmündige, Kranke, in ihren Lebensmöglichkeiten gehinderte Menschen sind nicht würdelos. Es ist anzufügen, dass die Begrenztheit des Autonomieprinzips die Anerkennung der Würde als des Prinzips der Menschlichkeit bestätigt. Damit wird einer Ungebrochenheit der menschlichen Vernunft widersprochen und – wie in der Konvention teilweise zu sehen – der Aufgang zur Menschlichkeit aus der Antastbarkeit der menschlichen Würde heraus gesucht, aus ihrer *Verletzbarkeit* (Baruzzi 1990: 279; Margalit 1999).

Im Hinblick auf internationale Menschenrechtskonventionen ist gewiss die Schwierigkeit unübersehbar, zu einer interkulturell akzeptierten, ja transkulturell ausgetragenen Begründung der menschlichen Würde zu gelangen. Angesichts von Menschenvernichtung und Menschenverachtung werden alle Menschen aufgerufen, einander Achtung entgegen zu bringen, einander ihre Würde zuzuerkennen. In dieser Weise wendet sich Margalit gegen jene „Eigenschaftsrassisten“, die, oft bei den in diskriminierender Sprache *geistig Behinderten* genannten beginnend, zu Angehörigen anderer Kulturen fortschreiten und sich schließlich einer staatlich erzwungenen Vernichtungspolitik unterwerfen. Menschen aber dürfen nicht gedemütigt, nicht Grausamkeiten unterworfen werden, nicht Erniedrigung ausgesetzt, nicht als Untermenschen verachtet werden. Gegen den Ausschluss auch nur eines Menschen aus der Gemeinde der Menschheit (Herling 2000) wendet sich eine fragile „Fernstenwürde“ (Tiedemann 2006). Hier verlangt der Begriff der Menschenwürde die Anerkennung der Würde aller Per-

sonen und nicht nur der in meinem Nahhorizont. Sprechen wir auch nur einem einzigen Menschen seine Würde ab, werden wir blind nicht allein für die Würde aller anderen Menschen, sondern wenden uns auch ab gegen unsere eigene Würde. So bleibt in einer Weltrechts-Ordnung, zu der die neue Konvention einen Beitrag gibt, zu bedenken, dass Würde und aufrechter Gang dem Menschen nicht gegeben sind, keine vor-gesellschaftlichen Verhaltensformen bilden, dass der Geist der Erwürdigung und der Geschwisterlichkeit allenthalben von Hunger, Elend, Kriegen und damit verbundenen Formen der Behinderung der Lebensmöglichkeiten bedroht wird.

Befreiung der Verachteten

Auch in der Heil-Pädagogik wird auf die Anerkennung der Menschenwürde des in seinen Lebensmöglichkeiten gehinderten Menschen gedrängt, auf die Achtung seines „Personenwerts“ (Bleidick 1991). Angesichts der staatlichen Vernichtungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus wird das Lebensrecht jener Menschen hervorgehoben, die angesichts ihrer Einzigartigkeit nicht mehr *Behinderte* genannt werden dürfen. Gegen jede verdinglichende Tendenz und die Gefahr der Reduktion eines Menschen auf einen partikularen Defekt richtet sich die Konvention mit ihrer Hervorhebung der menschlichen Würde. Freilich muss die Frage geöffnet werden, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Würde des Menschen überhaupt existieren und gedeihen kann. Dazu gehört, dass in wechselseitigen Beziehungen die Menschen einander in ihrer Würde anerkennen, statt dem anderen Menschen stigmatisierende Attribute aufzuerlegen oder ihnen gar Würde und Recht auf Leben abzusprechen. Haeberlin hat von der Entsolidarisierung als Prinzip in der europäischen Geschichte gesprochen und hervorgehoben, dass das Fehlen von Solidarität mit „behinderten Menschen“ in den Wurzeln des europäischen Denkens selber verankert sei. Als Beispiele führt er die von manchen Christen verbreitete Verquickung des Abnormen mit dem Bösen, die Dämonisierung des gebrechlichen Kindes an (Haeberlin 1996; Kobi 1983), zudem jene „pädagogische Machbarkeitsideologie“, die das Kind zur Nützlichkeit dressieren will, insgesamt eine Entsolidarisierung mit den Unbrauchbaren und Unnützen, Ausgrenzung und Selektion des schwachen oder missgestalteten Kindes durch die Zerstörungsgewalt einer die Menschen verachtenden Rationalität.

Dagegen stellt sich das Bild einer solidarischen Gesellschaft, die den Bruch der Mitmenschlichkeit zu überschreiten hofft, erhofft angesichts der rechtlichen Gleichheit aller Menschen bei ihrer individuellen Unterschiedenheit, in den Handlungen angeleitet von der unverlierbaren Würde jedes Menschen (Köpcke-Duttler 2000: 46 ff.). Es geht wie in der



Konvention darum, jenen Verhältnissen zu widerstehen, in denen Menschen einander die Würde absprechen; erstrebt wird ein Miteinander unterschiedlichster Menschen in der gemeinsamen Findung ihrer Würde. So lässt sich sagen, dass die Menschenwürde sich in dem anderen Menschen inkarniert. Die Würde ist die des anderen Menschen; sie wird gelebt zwischen uns, in einer Beziehung, die nicht Bemächtigung des anderen bedeutet. Wir helfen einander zu deiner und meiner je-eigenen Würde auf – „zwischen uns“ (Lévinas 1995).

Der Boden einer humanen Zukunft kann nur betreten werden, wenn das in Spuren aufblitzende Entstehen der Menschen füreinander und für die Versehrten erinnert, bewahrt und gestärkt wird. Die Arbeit der Erinnerung und die notwendige Stärkung verlangen eine Besinnung auf die Kraft der Solidarität mit den Schwachen, der Sympathie mit den Herabgewürdigten. Selbsthilfe und Solidarität der Schwachen vermögen heute, Wege aus den Zwängen der Tötungs- und Behinderungsstrategien zu öffnen. Dazu soll auch die neue Konvention einen Beitrag leisten.

In seinem *Traum von einer anderen Welt* richtet Dom Helder Camara seine Hoffnung auf eine Verbindung der Schwachen mit den Schwachen. Die Armen, die Schwachen, die Unterdrückten, die in ihren Lebensmöglichkeiten Gehinderten dürfen nicht als Bettler zu den Reichen kommen. Sein Zeichen der Hoffnung ist die Solidarität der Unterdrückten und in ihrer Existenz Versehrten. Gerade aus ihren Verletzungen und gerade in ihrer Entwürdigung entsteht eine neue Welt: „Wenn das Bündnis, die Solidarität der Schwachen mit den Schwachen eines Tages Wirklichkeit wird – und in dieser Richtung geschieht einiges – dann, und erst dann, taugt das Nord-Süd-Gespräch“ (Camara 1987: 180). Diese von einem Christentum der Armen her sich entwerfende Hoffnung muss sich mit der Sehnsucht von Menschen anderer Kulturen verbinden, mit der Sehnsucht nach der Befreiung der Erniedrigten und der Verachteten. Wenn ich von hier aus in verfassungsrechtliche Diskussionen blicke und die rechtliche Idee der Menschenwürde weiter zu bestimmen suche, so nähere ich mich der sog. Kommunikationstheorie an, die ihre Anregungskraft auch bei der Deutung des Grundgesetzes entfaltet. Würde ist hier ein Relations- oder Kommunikationsbegriff. Die menschliche Würde konkretisiert sich in sozialer Anerkennung, als sozialer Achtungsanspruch. Sie wird zur Brücke hin auf jene mitmenschliche Solidarität (Hofmann 1993: 364; Köpcke-Duttler 1983), die auch jene Menschen umfasst, deren Recht mit der neuen Konvention gewahrt und zugleich erstritten werden soll.

Gerechtigkeit und der Blick auf Hiroshima

Die neue Konvention muss in sich die Erschütterung über jeden Krieg halten, in dem Millionen von Menschen getötet und verstümmelt werden. Angesichts dessen, dass wir alle nach Auschwitz und nach Hiroshima, nach dem Abwurf der Atombombe leben, darf diese uns nicht mit einer entsetzlichen Bewunderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erfüllen. Vielmehr hat das menschliche Bewusstsein sich zu richten auf die Getöteten von Hiroshima und die an den Strahlenschäden Sterbenden und durch sie Entstellten. „Die Geschichte der Sieger, der Überlebenden und der lebensstüchtigen Angepassten hat ihren Preis in der Verdrängung der sogenannten Lebensuntüchtigen“ (Moltmann 1989: 320). Dem Massentod der Ermordeten der Kriege und der Abwürfe der Atombombe darf kein rechtfertigender Sinn gegeben werden (Köpcke-Duttler: 1984). Dass ihnen Gerechtigkeit widerfahre, dem Gegenwärtigen und den Nachkommen ein menschliches Recht an der Seite stehe, gehört zu jener mit Leben und Wirklichkeit anzufüllenden Bedeutung der neuen Konvention. Sie soll das Recht der in ihren Lebensmöglichkeiten Gehinderten, der Verachteten und Marginalisierten stärken. Ihnen muss - verbunden mit politischen, heilpädagogischen und therapeutischen Anstrengungen - aufgeholfen werden zu einer Partizipation am gesellschaftlichen Leben, das selber wiederum zu kritisieren ist nach Maßgabe der Idee der menschlichen Würde. Die Würde und das Menschenrecht von *persons with disabilities* anzuerkennen und im Zusammenleben der Menschen zu verwirklichen, dazu soll die neue Konvention ihre Beiträge leisten.

Literatur

- BARUZZI, A.: Freiheit, Recht und Gemeinwohl. Darmstadt 1990
- BLEIDICK, U.: Die Sprache in der Behindertenpädagogik. In: Zeitschrift der Heilpädagogik 1991, 759 - 767
- BLOCH, E.: Karl Marx und die Menschlichkeit. Reinbek 1969
- BLOCH, E.: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt 1961
- BUNDESVERFASSUNGSGERICHT – Entscheidungsband 1, 97 ff.
- CAMARA, H.: Der Traum von einer anderen Welt. München/Zürich 1987
- CONVENTION on the Rights of Persons with Disabilities vom 13. Dezember 2006 (<http://www.un.org/disabilities/convention/conventionfull.shtml>). Download: 6.2.2007
- DENNINGER, E.: Staatsrecht 1. Reinbek 1973
- FEUERBACH, L.: Das Wesen des Christentums. 1841
- GHANDI, M.: Für Pazifisten. Münster 1996
- HAEBERLIN, U.: Gesellschaftliche Entsolidarisierungsprozesse: Braucht die Heilpädagogik neue ethische



Grundlagen?. In: OPP, G./PETERANDER, S. (Hrsg.):
Focus Heilpädagogik – „Projekt Zukunft“. München/
Basel 1996

HERLING, G.: Welt ohne Erbarmen. München 2000

HOERIG, R.: Auf Gandhis Spuren. München 1995

HOFMANN, H.: Die versprochene Menschenwürde. In:
Archiv des öffentlichen Rechts 118 (1993), 364

KOBI, E.: Grundfragen der Heilpädagogik. 4. Aufl. Bern
1983

KÖPCKE-DUTTLER, A.: Menschheits-Kultur. Frankfurt
1983

KÖPCKE-DUTTLER, A.: Pädagogik, Medizin und Rechts-
wissenschaft im Atomzeitalter. Frankfurt 1984

KÖPCKE-DUTTLER, A.: Notizen zur Kritik einer Bioethik.
In: Behindertenrecht 2000, 167 – 169

KÖPCKE-DUTTLER, A.: Jaques Maritain und die Men-
schenrechte. In: Dialogische Erziehung. Heft 3 – 4/
2006

LÉVINAS, E.: Zwischen uns. München/Wien 1995

MAIHOFER, W.: Sozialistischer Gesellschaftsentwurf und
demokratische Staatsverfassung. In: Club Voltaire.
Jahrbuch für kritische Aufklärung III. Reinbek 1969:
61

MARGALIT, A.: Politik der Würde. Frankfurt 1999

MARITAIN, J.: Die Menschenrechte und das natürliche
Gesetz. Bonn 1951

MARX, K.: Deutsch-Französische Jahrbücher. Frankfurt
1982 (Paris 1844)

MOLTMANN, J.: Der Weg Jesu Christi. München 1989

METZ, J. B.: Glaube in Geschichte und Gesellschaft.
Mainz 1977

TIEDEMANN, P.: Was ist Menschenwürde? Darmstadt
2006

Abstract: *In the first part the aspects of not yet realised Human Rights is shown in developing the relationship between the Human Rights of persons with disability put in relation to resistance to ever present poverty, compared with discrimination, maltreatment and exploitation. In relation to the convention on the Rights of Persons with Disabilities and other declarations of Human Rights the article then demonstrates the fragility of the respect of persons. In the third part of the article the ways that special needs education could lead to greater solidarity in society are outlined. Finally there is the desire for justice, that should be on the*

side of the weak, the sick but is often hindered in the realisation. A special education in relationship to Auschwitz and Hiroshima is mentioned. The respect of persons, which is the undercurrent of the convention, is connected to the call for global solidarity.

Résumé: *La première partie fait le lien entre la dignité humaine non reconnue des personnes handicapées et la révolte contre la pauvreté, l'exclusion, la maltraitance et l'exploitation. En regard de la Convention relative aux droits des personnes handicapées et d'autres déclarations relatives aux droits humains, on observera la fragilité de la dignité humaine. Dans la troisième partie l'on montre des solutions que la pédagogie de la santé peut apporter pour contribuer à une société solidaire. En conclusion on cherchera l'équité due aux faibles, aux malades et à ceux qui sont limités dans leurs choix de vie. Une pédagogie adaptée est approchée au regard d'Auschwitz et Hiroshima. La dignité humaine est mise en lien - suivant les principes de la convention - avec un appel à une solidarité globale.*

Resumen: *En la primera parte del artículo se pone en relación el derecho humano y la dignidad todavía no cumplidos con la rebelión contra pobreza, discriminación, maltrato y explotación. Después se extrae con vista a la «Convención de los Derechos de Personas con Discapacidad» y otras declaraciones la vulnerabilidad de la dignidad del hombre. En la tercera parte el autor discute los caminos de la educación especial, que puedan contribuir para una sociedad global solidaria. Finalmente él busca aquella justicia, que está ubicada a lado de los débiles, enfermos y frenados. Señala las características de la educación especial frente a Auschwitz e Hiroshima. La dignidad del ser humano requiere la llamada por la solidaridad global.*

Autor: Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler ist Rechtsanwalt in Marktbreit (Unterfranken) und apl. Prof. der Interkulturellen Pädagogik an der Universität Kassel. Seine rechtlichen Schwerpunkte sind Rechte von Menschen mit Behinderung, Schul-Recht, Kinder- und Jugendhilfe-Recht sowie Jugend-Strafrecht.
Anschrift: Bernhard-Fischer-Straße 8, 97340 Marktbreit, Tel./Fax: 09332-592512,
E-Mail: raprof.koepcke-duttler@t-online.de



The Challenge that is India

George Abraham

The CRPD (*Convention on the Rights for Persons with Disabilities*) is up for signature and ratification. The document is very well drafted and is an extremely useful instrument that countries can use to develop or evaluate their own legal provisions to ensure, empower and equalise the status of persons with disability as full and contributing members of their respective national lives. India has a huge population of persons with disabilities. The government, non-governmental organizations and disability activists have been over the years struggling to come on top of the challenges posed by the huge numbers and the widespread indifference in the community towards persons with disability. A *Persons With Disability Act* was passed by the Indian parliament in 1995 which was widely hailed by all the stake holders, however the implementation of this Act has left a lot to be desired. While a number of initiatives have been taken up, the progress has been very slow and the impact has been minimal. The implementation of the CRPD is going to be a big challenge to all concerned. The success of the CRPD in India would depend to a large extent on how much persons with disability and activists can push.

Understanding the Terrain

According to disability activists, there are an estimated 70 million people in the country who are disabled, a number that is nearly four times the population of the whole of Australia, more than twice the population of Canada, 17 times the population of New Zealand and more than one and a quarter times the population of Britain. WHO and UNICEF claim that one in every 10 Indians is disabled while the 2001 census says that 1.4 % of Indians are disabled. The *National Sample Survey* puts the figure at 3.2 % of the country's population.

Whatever the numbers are, they are large and the truth is that this large chunk of our population is consistently excluded from the best part of family, social and national life. After nearly six decades of free India, disabled people are still awaiting their liberation. The politicians, planners, policy makers and the programme implementers still do not consider issues pertaining to disability as a priority. Most people perceive persons with disability as a burden and a liability; very few see them as a potential resource and opportunity. The general notion is that disabled people must be looked after and provided for, that their contribution to the family and community is minimal. To put into focus how different the life of a disabled person is from that of a non-disabled person, I would like to look at two typical scenarios.

The birth of a child is always a cause for great happiness and jubilation for the parents, immediate family and friends. The child is straight away the centre of attention, showered with love and tenderness. They are nurtured with care and become an important member of the family. As the child grows older, they also start playing a role in and making a contribution to the family, taking on responsibilities of their own. At the age of four or five years they start school. They start getting into learning, inter-

acting with peers, playing games, taking part in extra-curricular activities etc. In later years they move into college, professional education programmes etc. and at say 21 or 22, they pass into the next phase of being gainfully employed and begin contributing to the income of the family. Right through they have been groomed, nurtured and given opportunities to achieve their full potential.

Now think about the birth of a child with a disability. The baby is greeted with disappointment, frustration and anger. The initial years are spent in either medical shopping, neglect or over-protection. In all circumstances, the child is excluded from the opportunity of simply being a child. The child is provided for and not encouraged to grow by doing little things in the house. Even the normal milestones are often delayed or missed out. When it is time to go to school they are denied access into the mainstream school and either sent to a special school with other disabled children or kept at home to be looked after. Special schools more often than not are poorly funded, poorly staffed and are ill-equipped. At 15 the child is put through a vocational training programme like candle making, caning chairs, motor winding and so on that is more often than not irrelevant or obsolete in terms of employment. And then, at the age of 21 or 22 the disabled youngster, who has been sheltered and protected from the world, is suddenly thrown into it, with very little preparation, and expected to perform. At this stage when they struggle, the world calls them *handicapped*. After a lifetime of being excluded from a *normal* childhood, mainstream schooling and other growth opportunities, surely it is unfair to expect the disabled person to find their feet in the so-called *normal* world. In fact, thanks to the consistent exclusion, the disabled persons themselves have little faith in their own ability and potential. The education and rehabilitation system as it is today has done little to alter the situation. The disabled child grows up in an environment



that breeds diffidence, lack of ambition, initiative and motivation. The disabled child's dreams of a future are snuffed out even before he or she embarks on the journey of life.

The antidote to exclusion is inclusion. The process of inclusion starts from the home. It is the love, care and the various inputs that the parents give that lays the foundations for the child's personality. It is from the home that the child imbibes the discipline of caring, sharing, contributing, participating – the beginnings of corporate living. It is from the family that the child draws the strength and inspiration to move forward in life. Further, when it comes to school, children with disability must be included in mainstream education. *Inclusive Education* provides a platform for all children to begin life on a level playing field: a playing field with no bias, no prejudice and no preconceived notions. Religion, socio-economic status, colour, gender and disability are *non-issues*. Children are given the opportunity to grow up recognising, understanding, respecting and accepting the diversities that exist in people. They learn to appreciate the differences and not to discriminate. This could well provide the foundations for fostering a social order where there is harmony, love, sensitivity and mutual respect, providing space for all. The *Inclusive Education* programme could well be nursing a generation of corporate captains, bureaucrats, technocrats and politicians who believe in inclusion and opportunities for all.

The Country's Stance

Having said this, it would be interesting to pause a moment and examine the proposition: Is the country doing enough for its disabled population? Well *John F Kennedy* did say: "Ask not what the country can do for you? But ask what you can do for the country?" I certainly do wish this was true. This question is perhaps relevant when one has got a start in life in terms of an education and a livelihood. In our country, millions of persons with disability are still languishing in the fringes. Millions go through an entire life time in total oblivion. The numbers are huge and the task of identifying, rehabilitating, educating and including the persons with disability in the mainstream is truly mammoth. On the face of it the government appears to have done a great deal by establishing the *National Institutes* – apex bodies for different disabilities, *Special Schools*, *Special Employment Exchanges*, *District Rehabilitation Centres*, *Vocational Rehabilitation Centres* etc. The government has also evolved a number of schemes and programmes to disburse funds and provide support to various NGO (*non-governmental organization*) and private initiatives. This certainly looks very impressive on paper, however all this effort has impacted and reached only a very small fraction of the target

population.

The tragedy is that the government does not seem to have a holistic understanding of the issue. I am not sure whether they realise the magnitude, gravity and urgency of the situation. There is no proper long term plan or strategy in place. Policy and programmes entirely depend on the understanding, concern and commitment levels of the Minister and the bureaucrats of the time. The mind-set and approach is still largely welfare and charity oriented. Interventions and initiatives are more often than not responses to situations.

I strongly believe that the government must stop running programmes and activities. They should instead focus on macro-level processes. Their concern should be coverage and mainstreaming, developing plans and strategies of reaching out and including the entire target population. They should be playing the role of a facilitator and a catalyst rather than a programme implementer. They have to ensure that disability is an integral part of all National policies, processes and programmes. Yes, we are talking of *Inclusive Development* policies. It was only in 1981 that the *National Census* made its first attempt to include disability. It was a very feeble effort and nothing meaningful really came out of it. It took two decades more before the *Census* under pressure from the activists attempted to include disability again. It is amazing that the government took more than three decades to think of doing a proper head count of people with disability in the country. This clearly reinforces my point about the lack of a well thought out plan to address the challenges and needs of the disability sector.

It is pretty easy to have a critical look at the government. But the government is just a reflection of its people. What is the take of the people of this country on disability? For many, it is not a concern. Many others are happy giving donations to the blind school or feeding the mentally challenged children. Some are happy with giving alms to the beggar at the traffic signal. At best people would sympathise and wonder as to what the future holds for such afflicted persons. People who make serious commitment to disability are usually those who have been directly affected by it either as a parent, sibling or as a friend or relative.

The Legislation and there after ...

It is indeed very creditable that the 1995 *Persons with Disability Act* is in place along with the establishment of the *Rehabilitation Council of India* and the *National Trust*, but it is extremely disappointing that the impact of all these developments have been very minimal, especially considering the magnitude of the issues and the large numbers we are grappling with. The implementation of the legislation has



been extremely slow. It took over three years for the government to establish the *Office of the Chief Commissioner for Persons with Disability*, even today many states do not have a dedicated *State Commissioner*. These Commissioners are meant to be monitoring the implementation of the *PWD Act of 1995*. In fact in many states, the *State Welfare Officer* has been given additional charge of taking care of the Commissioner's job, making the monitor and implementer the same.

When the *1995 PWD Act* was passed by Parliament, it was an event that persons with disability celebrated. A lot of expectations were raised and activists and NGO leaders felt that finally the country would wake up to acknowledge persons with disability and gear up to provide space for them. A critical study of the implementation of the Act would reveal that progress has certainly been made but given the enormity of the task on hand, perhaps it would not be incorrect for us to say that "not even the surface has been scratched".

It must be recognised that in the last 10 to 12 years, the awareness levels about disability and issues related has certainly gone up, thanks to emergence of media. NGOs and disability activists have played a very active role in sensitising the media and pushing the media into championing disability issues. Further the activists have also effectively used the judiciary in accessing their rights.

The UN Convention – A Challenging Assignment

With the *UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)* up for signature and ratification, it would be interesting to see how it impacts life in India. I believe that the CRPD is one of the better international understandings, or should I say treaties, on disability. It is comprehensive and very well drafted. Having said this, I believe that effective implementation of this convention is going to be a huge challenge. It is going to be a very slow process and would probably meet up with a good amount of resistance from a number of quarters.

The *PWD Act* will have to be amended. Further the entire *Law* of the country will have to be reviewed and changed to accommodate the articles of the CRPD. I guess the new convention would also have to make an impact on the working of all departments of the Indian government, their policies, plans and schemes. It would also have its effect on religious and social customs and rituals. This certainly appears to be a tall order.

To begin with, an information dissemination campaign has to be planned. People from all sections of the country, whether they are from the government, *Corporate World*, services, education or be it disabled people, they all need to understand, appreci-

ate and if possible empathise with what the CRPD has to offer in terms of enhancing the quality of life in the country. We must realise that the real progress of the country is determined by the socio-economic status of the people belonging to the lowest strata of the social ladder. Presently a large number of the disabled population of India certainly are languishing at the bottom of the pile. People would have to begin thinking inclusive. *Universal Design* will have to be the order of the day. We are calling for a paradigm shift in the way people think about their lives. It will not be good enough to create slots where disabled persons would fit in; on the contrary, slots would have to be made available in every aspect of life. Sustained communication will have to address the people of the country at every level to empower them with the knowledge that people with disability can and should occupy their rightful space in the community.

Next, going by the progress, made by the *PWD Act*, it is obvious that disability activists, DPOs and NGOs will have a very crucial role to play in persuading, negotiating, agitating, litigating and handholding the CRPD into becoming a real and effective part of the way of life in the country. They will need to make the play by putting the pressure and creating the demand. Thus there is a need to build the capacity of the activists, DPOs and NGOs to provide them with the vision, knowledge, skills and will to make a determined effort to ensure that the implementation of the CRPD is real, meaningful and quick.

Article 32 of the CRPD also calls for *Inclusive Development*. This I believe would be the dream scenario. Persons with disability have to be included right from the planning stage of every dimension of national life. We do believe that the CRPD is definitely the way forward for every nation to provide each of their citizens *SCORE with D*.

- S: Space for all
- C: Contribution by all
- O: Opportunity for all
- R: Recognition of all
- E: Equality for all
- With
- D: Dignity

Zusammenfassung: Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist zur Unterzeichnung und Ratifizierung freigegeben. Das sehr gut ausgearbeitete Dokument ist ein extrem nützliches Instrument, das Staaten benutzen können, um ihre eigenen gesetzlichen Bestimmungen weiter zu entwickeln und zu evaluieren, damit der Status von Menschen mit Behinderung als volle und für die Gesellschaft beitragende Mitglieder sichergestellt, bekräftigt und angeglichen wird. In der Bevölkerung Indiens sind eine große Zahl von Menschen von Behinderung betroffen. 1995 wurde vom indischen Parlament ein Behindertenge-



setz verabschiedet, das von allen Akteuren begrüßt wurde, jedoch ließ die Implementation des Gesetzes zu wünschen übrig. Während eine Reihe von Initiativen daran angeknüpft haben, verlief der Umsetzungsprozess insgesamt sehr langsam und die Auswirkungen waren gering. Auch die Implementation der UN-Konvention stellt eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. In Indien wird sie zum großen Teil davon abhängen inwieweit es Menschen mit Behinderung und Aktivisten gelingt, erfolgreich Druck auszuüben.

Résumé: La Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées (CRPD) est ouverte à la signature et à la ratification. Le document est très bien rédigé et est un instrument extrêmement utile que les états peuvent utiliser pour élaborer ou évaluer leurs législations visant à assurer et renforcer le statut des personnes handicapées en tant que membres à part entière et contributeurs dans leurs contextes nationaux. Le Gouvernement, les ONG et les activistes handicapés ont cherché pendant des années à venir à bout des défis posés par le grand nombre de personnes handicapées ainsi que par l'indifférence à leur égard dans la société indienne. Une loi sur les personnes handicapées a été votée par le Parlement indien en 1995, saluée par tous les acteurs. Sa mise en œuvre laisse cependant encore à désirer à bien des égards. Bien que beaucoup d'initiatives aient été prises, les progrès ont été très lents et l'impact est resté minimal. La mise en œuvre de la CRPD sera un grand défi pour tous les acteurs concernés. Le succès de la CRPD en Inde dépendra largement des for-

ces que les personnes handicapées et les activistes pourront mobiliser.

Resumen: La «Convención de los Derechos de Personas con Discapacidad» es un instrumento sumamente beneficioso para que los países puedan desarrollar y evaluar sus propias determinaciones legales para asegurar, fortalecer e igualar el estado de personas con discapacidad como miembro completo de la sociedad. El artículo discute este hecho considerando la situación en India. El éxito de la Convención en India depende de las personas con discapacidad y los activistas mismos, y sus éxitos en empujar el tema en la sociedad indu.

Autor: George Abraham, am 31.10.1958 geboren, hat seit früher Kindheit eine Sehbehinderung. Er begann sein Laufbahn im Werbe-Bereich. Seit 1990 ist er im Behindertenbereich involviert und leistete Pionierarbeit, als er 1996 das World Blind Cricket Council gründete. Er war der Kopf und Geist hinter den beiden Cricket-Weltmeisterschaften für Blinde im Jahre 1998 und 2002. George Abraham hat ein Buch über Inclusive Education mit herausgegeben und engagiert sich derzeit für die Gründung einer nationalen Beratungsstelle zum Thema Auge und Blindheit.

Anschrift: George Abraham, CEO, Score Foundation, 125B, Shahpur Jat, New Delhi 110049, mobile: 0091-9810934040, office: 0091-11-26494581, E-Mail: george@eyeway.org

Power for the People! Ein Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit

Karin Lukas und Barbara Kühhas

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend der Wohltätigkeitsgedanke von einem Menschenrechtsansatz abgelöst. Damit sollen einerseits die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen gestärkt sowie Instrumente und Mechanismen zur Armutsreduzierung geschaffen werden. Der vorliegende Artikel erläutert, welche Vorteile dieser Ansatz in der Praxis für Betroffene und Verantwortliche bietet und wie zur Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte beigetragen werden kann. In Mazedonien hat das bereits zu beachtlichen Erfolgen für eine erhöhte Mobilität von Menschen mit Behinderung geführt – wie ein konkretes Fallbeispiel aufzeigt.

Was ist der Menschenrechtsansatz?

Ein Menschenrechtsansatz geht davon aus, dass jeder Mensch, egal ob Kind, Frau, Mann, schwarz, weiß, mit Beeinträchtigungen, arm oder reich, TrägerIn von Rechten ist. Diese Rechte sind in internationalen Menschenrechtsverträgen und nationalen Verfassungen festgelegt und beinhalten eine

Verpflichtung des Staates, diese Rechte einzuhalten. Beim Menschenrechtsansatz ist also nicht von Wohltätigkeit die Rede, sondern davon, die Schwächsten in einer Gesellschaft darin zu bestärken, ihre Rechte wahrzunehmen und diese Rechte einzufordern. Prinzipien wie Gleichheit, Nicht-Diskriminierung, Transparenz und Verantwortlichkeit (des Staates) werden



dadurch national verankert. Sie haben Anspruch auf Durchsetzung bzw. Erfüllung ihrer Rechte durch den Staat.

Auch in den Ländern des Südens bedienen sich die Menschen zunehmend des Rechts, u.a. auch der internationalen Menschenrechtsinstrumente, um ihre wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche durchzusetzen. Bekannte Fälle vor nationalen Gerichten gab es in Indien und Nigeria zum Recht auf Unterkunft oder in Südafrika zum Recht auf Gesundheit.

Was sind die Vorteile eines Menschenrechtsansatzes?

Ein Menschenrechtsansatz ermöglicht eine umfassendere Analyse der tatsächlichen Ursachen von Armut. Dadurch wird auch ein strategischeres, zielstrebigeres Vorgehen möglich. Der Menschenrechtsansatz ist ein analytisches Werkzeug für die Identifizierung von Zielgruppen, Problembereichen und Machtverhältnissen. Der Fokus des Menschenrechtsansatzes richtet sich auf diskriminierte und marginalisierte Gruppen innerhalb einer Gesellschaft. Dieses mehrdimensionale Verständnis von Armut ermöglicht eine umfassendere politische Reaktion auf die strukturellen Gründe für Armut. Aus einer Menschenrechtsperspektive bedeutet Armut nicht nur geringes Einkommen, sondern einen Mangel an essenziellen Freiheiten und Entwicklungschancen wie etwa die Möglichkeit einer Grundschulbildung, adäquate Unterkunft oder gleichen Zugang zum Rechtssystem.

Durch den Menschenrechtsansatz erfolgt eine Verstärkung des Empowerment-Aspekts, da Rechte mit dem bindenden Anspruch auf Erfüllung verbunden sind: „A right confers power“. Das erfordert einen gezielten Kapazitätenaufbau, damit Menschen ihre Rechte kennen und einfordern und Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen können. Beispiele wären die Unterstützung von lokalen Rechtshilfeinitiativen oder Menschenrechtstrainings für bestimmte Zielgruppen, wie z.B. Menschen mit Behinderung und ihren Vertretungsorganisationen, *Disabled People's Organizations* (DPOs).

Der Menschenrechtsansatz erfordert ein höheres Niveau an Partizipation vor allem von armen, marginalisierten und diskriminierten Gruppen, die von bisherigen Entwicklungsstrategien nicht ausreichend profitieren konnten. Es kommt also sehr stark darauf an, wie Resultate zustande kommen; Ergebnisse wie wirtschaftliches Wachstum allein reichen noch nicht aus, um nachhaltige menschliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit zu realisieren. Der Menschenrechtsansatz ist das Korrektiv dafür, dass die wirtschaftliche Globalisierung nicht auf Kosten der Schwächsten erfolgt.

Mechanismen staatlicher Verantwortung sind zentral für den Menschenrechtsansatz und werden von traditionellen Entwicklungszusammenarbeitsstrategien oft vernachlässigt. Es bedarf daher einer

Stärkung der Institutionen, durch die die politischen EntscheidungsträgerInnen für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden können.

Der Menschenrechtsansatz bietet Überwachungsaktivitäten und Indikatorenentwicklung. So enthalten etwa die Staatenberichte an die UN Menschenrechtskomitees wertvolle Daten und Informationen, die verstärkt genutzt werden können (z.B. zu Nichtdiskriminierung, zur Situation von benachteiligten und verletzlichen sozialen Gruppen, demographische Indikatoren etc...).

Beispiel Mazedonien: Der Menschenrechtsansatz in lokaler Regierungsführung in Strumica

In Mazedonien gibt es eine parlamentarische Lobby für Menschen mit Behinderung. Erstmals waren 2005 achtzehn ParlamentarierInnen und Komitees aller Stakeholders an der Diskussion von Gesetzesentwürfen beteiligt. Die Diskussionen wurden auch im Fernsehen übertragen. Im selben Jahr konnte als erster Erfolg die Installation einer Rampe und eines Lifts im mazedonischen Parlament verwirklicht werden, es konnten auch Änderungen im Bereich der Stadtplanung und in den Arbeitsgesetzen erlangt werden. Eine Bürgerinitiative für eine systematische Rechtsprechung für Menschen mit Behinderung und für Bewusstseinsbildung wurden gegründet.

Auf lokaler Ebene arbeitet das BIM mit UNDP in verschiedenen Pilotprojektgemeinden an *Localizing the MDGs* Projekten, die mit dem Menschenrechtsansatz arbeiten. Die Projekte starten mit einer Erhebung zur Identifizierung der Armen und Benachteiligten innerhalb der lokalen Bevölkerung, und mit Informationen über den internationalen und nationalen legalen Menschenrechtsrahmen. *Local Leadership Groups*, bestehend aus VertreterInnen der Lokalen Regierung (Gemeinde), RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft, der Armen und Benachteiligten und der lokalen Wirtschaft sind darin vertreten. Gemeinsam werden lokale Entwicklungspläne – inklusive der Interessen der Armen und Benachteiligten – ausgearbeitet.

In Strumica beispielsweise lud der Bürgermeister die VertreterInnen aller 32 Dörfer ein, um am Prozess der Gemeindebudgeterstellung mitzuwirken. Im Plan für 2007 wurde die Erarbeitung eines öffentlichen Plans zur Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude für Menschen mit Behinderung als eine der Prioritäten identifiziert. BürgerInnen mit physischer Behinderung führen derzeit ein Mapping durch, um die Zonen mit Zugangsproblemen im öffentlichen Raum zu kennzeichnen, und der Gemeinde ihre Prioritäten bekannt zu geben.

Konsequenzen für die Partnerstrategien der Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Sowohl im Rahmen der schwedischen als auch der



norwegischen EZA wird seit einigen Jahren ein ausdrücklicher Menschenrechtsansatz verfolgt; das bedeutet: Menschenrechte und menschliche Entwicklung ergänzen sich, sie sind nicht separate Ziele. Konsequenterweise heißt ein Menschenrechtsansatz in der EZA, dass alle Aktivitäten der EZA auf die Förderung und Verwirklichung von Menschenrechten ausgerichtet sind.

Eine weniger weitgehende Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechten ist die Integration von Menschenrechten als Sektor oder Querschnittsmaterie in der EZA. Bei einer Integration als Sektor werden Menschenrechtsprojekte als eigenständiges Aktionsfeld unter anderen Prioritäten (etwa Maßnahmen der Guten Regierungsführung, Dezentralisierung, die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, Infrastruktur etc.) durchgeführt. Bei der Integration als Querschnittsmaterie sollen Menschenrechte in alle anderen Bereiche einfließen (Mainstreaming von Menschenrechten). Hier werden z.B. Checklisten verwendet, um festzustellen, wie stark Menschenrechte in Projekten oder Programmen berücksichtigt sind.

Weitere Instrumente zur Umsetzung eines Menschenrechtsansatzes in der EZA sind *Human Rights Impact Assessments*, bei denen die Auswirkungen von Entwicklungsprogrammen auf die Menschenrechte in einem Land analysiert werden. Ein umfassenderes Instrument ist die Länderanalyse, wo die Menschenrechtssituation in einem bestimmten Partnerland analysiert wird und sodann als Grundlage für weitere Projekt- oder Programmaktivitäten dient. In der Testphase ließe sich der Menschenrechtsansatz am besten in einem Partnerland anhand eines bestimmten Themas konkretisieren.

Ausblick

Der Menschenrechtsansatz hat also einiges zur EZA beizutragen: Er konzentriert sich auf die Schwächsten einer Gesellschaft, trägt zu einem vermehrten Empowerment der Menschen bei und verstärkt Mechanismen staatlicher Verantwortung. Auch die österreichische EZA hat die Vorteile eines Menschenrechtsansatzes erkannt und hat eine Strategie zu Menschenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit erarbeitet. Bei der Umsetzung geht es jetzt darum, die Stärken der traditionellen EZA und der Menschenrechte zusammenzuführen, und dadurch einen Beitrag zu nachhaltiger Armutsbekämpfung zu leisten.

Abstract: *The aspect of charity in the international development cooperation is progressively being replaced by the aspects of Human Rights. With this it is the intention that position of people who are faced with poverty and exclusion from their communities should be strengthened and provided with instruments and mechanisms that will lead to*

a reduction in poverty. This article explains the advantages this aspect has for those involved and those in responsibility in practice and the resulting adherence to economic, social and political rights. In Macedonia this aspect has already obtained significant success for a greater mobility and access for people with disability as the concrete example will show.

Résumé: *Dans la coopération internationale l'approche caritative est peu à peu remplacée par une approche basée sur les droits humains. Ainsi d'une part les personnes touchées par la pauvreté et l'exclusion devraient être renforcées et d'autre part des instruments et mécanismes pour la lutte contre la pauvreté pourraient être développés. Le présent article illustre quels avantages cette approche apporte dans la pratique et comment elle peut contribuer au respect des droits économiques, sociaux et politiques. En Macédoine cela a déjà conduit à des succès significatifs pour une plus grande mobilité des personnes handicapées, comme le montre une étude de cas.*

Resumen: *En el área de la cooperación internacional para el desarrollo, el enfoque caritativo está crecientemente sustituido por un enfoque basado en los derechos humanos, con el motivo de fortalecer las personas que viven en condiciones de pobreza y segregación, así como también de establecer instrumentos y mecanismos para reducir la pobreza. El artículo explica las ventajas que tiene este enfoque para los interesados y los responsables, y como se puede realizar los derechos económicos, sociales y políticos de ellos. Con un ejemplo de Macedonia se presentan finalmente los primeros éxitos de este enfoque.*

Autorinnen: Dr. Mag. Barbara Kühhas ist Ethnologin am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und arbeitet im Bereich der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit.

E-Mail: barbara.kuehhas@univie.ac.at

Mag.a Karin Lukas ist Juristin am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und arbeitet in den Schwerpunktbereichen Wirtschaft & Menschenrechte, Frauenrechte und dem Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit.

E-Mail: karin.lukas@univie.ac.at

Das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG) in Wien. Im Mittelpunkt der Aufgabenstellungen des Instituts steht die menschenrechtliche Forschung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Darüber hinaus ist das BIM auch in den Bereichen Dokumentation und Lehre tätig. Das BIM versteht sich als Bindeglied zwischen Forschung und Praxis.

Anschrift: Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Hessgasse 1, A-1010 Wien



The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities – New Guidelines for Development Cooperation

Sophie Beaumont

This article focuses on the implications the new stand alone International Cooperation Article (Article 32) of the newly adopted International Convention on the Rights of Persons with Disabilities will have on the development cooperation policies of the EU member states. The article also elaborates on the overall impact of the convention across the world in terms of advancing disability inclusion and the rights based approach to development cooperation. It will consider the consequences for all Governments and stakeholders in both the Northern and Southern hemispheres. Thought is given to the next stages of the process – the steps to be taken in the lead-up to the signature and ratification process by state parties of the convention in order to ensure that the interests of the poorest population of persons with disabilities living in developing countries are met, by the convention, on the ground.

Introduction

2007 is a year of vital importance for 650 million people with disabilities across the world and, in particular for the 80 % of persons with disabilities living in developing countries. 2007 is the year when States across the world are invited to sign and ratify the new *UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities*¹.

This is an historic treaty for a number of reasons:

- It is the first international treaty which has fully involved representative organizations of persons with disabilities in the negotiation process.
- It is the first time that a UN Convention has been agreed in such a short duration - commencing with the decision of the General Assembly in December 2001 with the setting up of a drafting committee and concluding with the adoption of this historic treaty on 13 December 2006.
- It is the first time, that an international human rights treaty contains a stand alone provision on *International Cooperation*. This article explicitly recognises and seeks to promote and ensure that *International Cooperation* actions and activities are inclusive of, and accessible to, persons with disabilities.

This Treaty provides a legally binding instrument which all actors working in the field of development cooperation and human rights will have to comply with. Whilst its purpose is not to create new rights for persons with disabilities but rather to ensure against discrimination of persons with disabilities and full enjoyment in the implementation of existing rights, the convention will act to significantly raise the understanding of how, and the obligation to, address disability exclusion and actively promote disability inclusion in respect to international development cooperation.

On 20–21 November 2006, discussion and reflection of the implications and actions required of

the new convention on international development cooperation took place at a major event in Brussels. All the main stakeholders involved, and interested, in the convention and active in the field of disability and development cooperation came together to participate in a major conference organized by *Light for the World* and CBM. The ideas and recommendations arising from this event provide us with an essential guide and point of reference. The recommendations are referred to later in this article².

Background to the campaign

It was apparent to persons with disabilities and their representative organizations that the existing human rights instruments did not work effectively to provide adequate protection and full enjoyment of the human rights for persons with disabilities.

The specific barriers and discrimination, both social and environmental, which persons with disabilities uniquely experience, have not been sufficiently addressed in existing UN human rights instruments.

It is estimated that only 45 countries in the world have anti-discrimination legislation on disability grounds³ and of those only a limited number are developing countries including 9 countries in Asia and the Pacific region⁴ and 11 in Africa⁵.

The disability organizations in developing countries had been strongly pressing for this international convention as the best means of obliging governments in developing countries to take disability concerns seriously and to bring disability into the frame of national policies and decision making. A specific international human rights instrument on disability provides more effective legal protection and specific monitoring mechanisms tailored to the concerns and needs of persons with disabilities.

The intention has been that a specific *Convention on the Rights of Persons with Disabilities* must not be viewed in isolation but rather together with and to



reinforce a body of international human rights instruments.

The campaign for a specific Article on International Cooperation (Article 32)

In the midst of the negotiation process on the Convention, the *International Disability and Development Consortium* (IDDC)⁶, a global consortium of international NGOs, were working together with organizations of persons with disabilities from the South and the North in the push forward for a specific article on *International Cooperation* in the convention.

The aim of such an *International Cooperation* article was to address the fact that development cooperation policies and practices systematically have overlooked or excluded persons with disabilities. "Existing development programs are not reaching the poorest of the poor and resources are not reflecting the needs on the ground as currently approximately 80% of persons with disabilities live in developing countries but only 3-4% of those are estimated to benefit from development efforts".⁷

At the time of negotiation, there was concern expressed from governments of the North that an *International Cooperation* article would imply that governments of the South would only implement the terms of the convention on the basis of an increase of funds from donor countries.

IDDC and others, such as the *European Disability Forum*, worked actively to explain that *International Cooperation* should not be seen by developing countries as an excuse for inaction or tied to a condition of additional funds. But, at the same time, it was unacceptable for development funding to be used in a way which further excluded and isolated persons with disabilities in developing countries. For instance, in cases where development funding has been used to build inaccessible buildings, inaccessible transport systems, inaccessible vocational training or education programmes. The intention has been to ensure that existing funds for development cooperation would be fully inclusive of persons with disabilities.

This campaign was significantly bolstered by the support of the *European Parliament* which in its January Resolution on *Disability & Development*⁸ unanimously called for the "need to include persons with disabilities fully in all policies" by way of mainstreaming the issue. The *European Parliament* unequivocally supported the inclusion of a separate article on *International Cooperation* in the convention as a "necessary foundation for collaborative actions in pursuit of *Inclusive Development* and to facilitate bilateral and multilateral exchange of expertise, between developing countries and between the EU and such countries."

The message was understood that the overall

goal of *Inclusive Development* was to achieve better aid delivery and effectiveness for all persons living in poverty, including for persons with disabilities. The *International Cooperation Article 32* and the convention as a whole would help to achieve this goal.

The *International Cooperation Article 32* provides means of ensuring that all phases of the development programs (design, implementation, monitoring and evaluation) include a disability dimension to ensure that such programs are inclusive of all. The article requires pro-active measures to be taken in support of capacity building, information sharing and training, by all states who sign up to the convention as well as by international and regional organizations (such as donors) and by civil society organizations. It is the first of its kind and a unique instrument by which donor countries can be guided and led.

The over-all impact of the Convention on International Development Cooperation

While the campaign for the *International Cooperation* article was the main focus of the IDDC campaign, the Convention as a whole also has implications for development cooperation activities.

- The Convention will help to draw attention to the rights based and *social model* of disability as well as the rights based approach to development cooperation in a way which previous human rights instruments and the international standard rules on the equalization of persons with disabilities have not achieved.
- The most basic and fundamental human right, the right to life, is one which is systematically disregarded in the case of disability. In certain cultures the stigma of having a family member with a disability is such that the disabled child is systematically killed as has been reported by a number of international organizations as well as by disability organizations.⁹ Furthermore, there is no systematic monitoring of the human rights situation of persons with disabilities and those living in developing countries are often hidden away by their families. This new convention, which also includes obligations on states to take measures to combat torture, cruel and degrading treatment of persons with disabilities, will support and promote measures to bring recognition of disability in the frame of work undertaken on human rights in developing countries. This disregard for the most fundamental of human rights of persons with disabilities will have to be addressed by countries across the world and by human rights and development organizations alike.
- The Convention will require States to undertake awareness raising measures to break down the stigma and negative perceptions persons with



disabilities experience in society. All stakeholders, including donor countries and civil society organizations will be addressed by measures to ensure positive images and positive language of disability are used and promoted as the most effective means of breaking down false and negative perceptions.

- The State parties will be strongly encouraged to undertake a comprehensive legislative review to assess their level of compliance with the convention including the area of development cooperation.

This is the first step in the process of meeting the terms and conditions of Article 4 of the Convention – that all legislation, customs and practices which discriminate against persons with disabilities must be abolished and/or amended. Donor countries must undertake a process of *self-examination* of how well they comply with the terms of the *International Cooperation Article* among others.

Just such a screening process of EU Member States and NGOs is being undertaken in the frame of the project *Disability Mainstreaming in Development Cooperation*¹⁰ with the aim of highlighting the shortfalls and gaps in development cooperation initiatives as well as the positive actions and measures promoted by EU member states and other actors working in this field¹¹.

Currently only a limited number of EU member states have specific and explicit reference to their promotion of disability inclusion in development cooperation. Therefore, this legislative and policy review exercise provides an important means and opportunity to bring about improvements in both development cooperation programming and policy in favour of disability inclusion and *Inclusive Development* and a rights-based approach to development more generally.

The Convention will lead to the introduction by and on national binding non-discrimination measures on disability grounds for both states and multi-lateral donors. Donors will not be able to operate in a way, which discriminates or excludes persons with disabilities. States and other stakeholders will have to take on board the principle and practice of disability non-discrimination and reasonable accommodation as defined by the convention. For the majority of countries there is no recognition of the concept of indirect discrimination or reasonable accommodation discrimination. The convention will significantly raise awareness of its meaning and the actions required to secure compliance.

Access to basic services:

Less than 3 % of children with disabilities in developing countries have access to education and less than 5 % of persons with disabilities living in developing countries have access to rehabilitation serv-

ices. The Convention requirements on disability non-discrimination and access to health, rehabilitation, employment and the accompanying monitoring mechanisms to be put in place to verify progress on these requirements, will have an important and positive impact among the poorest persons with disabilities.

States will have an obligation to consult actively with persons with disabilities and organizations of disabled people (DPOs) and all stakeholders, including civil society actors working in the development cooperation field, will have to actively ensure inclusion of persons with disabilities in consultation processes. The empowerment and capacity building of DPOs in developing countries will have a positive impact on promoting the disability agenda in development cooperation activities and pushing the need for a two pronged approach for both disability specific measures and *Inclusive Development* activities on the part of donor countries and development NGOs.

How to go forward

The effective implementation of the terms of the convention, to the direct benefit of persons with disabilities living in developing countries, hinges on the following requirements: signature and ratification by all state parties of the convention when it opens for signature on 30 March 2007; effective communication and awareness raising of the terms of the convention and how to apply them; a sense of ownership and responsibility on the part of all stakeholders of the convention accompanied by solid partnership with organizations of persons with disabilities from the South as well as with international disability and development NGOs; a vigilant and active disability movement and strong monitoring procedures with penalties for non-compliance.¹²

The effectiveness of the monitoring procedures is essential. They consist of the following mechanisms:

- The legislative review, as already referred to, is in itself, a heavy exercise which will take some time for countries to complete.
- The Convention Committee on the Rights of Persons with Disabilities, to include representatives from developing countries as well as the developed world, will have the mandate to take up individual cases (once the Optional Protocol of the Convention is ratified by a minimum of 10 countries) and will be responsible for the reporting process.
- It will be the Convention Committee, managed through OHCHR, which will be receiving the reports from the state parties on how well they are implementing the convention.
- There will be a political pressure brought to bear on governments through a peer-pressure review



- mechanisms and bench marking process coordinated through the Convention Secretariat in New York.
- National Monitoring Committees will be set up soon after ratification by the state parties. Pressure will be brought to ensure representation of people with disabilities on the national monitoring committees of the developing countries as well as for other countries.
 - There will also be pressure and calls from IDDC, EDF and others, for the establishment of Regional Monitoring Committees (for European; Latin America; Africa; Asia etc.). Regional monitoring bodies would provide a forum for exchange of best practice and benchmarking on implementation. Individual countries are more likely to benefit and learn from exchanges with countries in their own region regarding how they can best implement the convention.

Conclusion

This Convention provides the necessary incentive and compulsion for state parties in developing countries and elsewhere to introduce disability non-discrimination legislation at national level. It will also encourage developing countries to develop national action plans, where they have not been developed, and to report on the implementation of their commitments in order to meet the demands of the international monitoring mechanisms to accompany such a convention.

At the same time, the convention will impact on donor countries bringing disability to the fore as developing countries become more active in this area, as the capacity of organizations of persons with disabilities in the South builds and as pressure is brought to bear on donor countries by the convention monitoring systems and by civil society actors for them to demonstrate compliance with the *International Cooperation* article of the new treaty.

All stakeholders must regard the convention as their responsibility and as their duty to implement. The convention must not be perceived as an instrument of sole concern and interest to disability organizations and actors working in disability.

Mainstream development NGOs, multilateral and bilateral donors have a duty to study the terms of the convention and to work with disability NGOs in support of its effective implementation.

Notes

- 1 <http://www.un.org/disabilities/convention/index.shtml>
- 2 The recommendations are presented in the Conference Report (20–21 November 2006) which is available on the website: www.make-development-inclusive.org
- 3 <http://www.un.org/disabilities/convention/facts.shtml>

- 4 Biwako Millennium Framework for Action towards an inclusive, barrier-free and rights-based society for persons with disabilities in Asia and the Pacific
- 5 Kenya, Uganda, Tanzania, Zambia, Namibia, South Africa, Ghana, Mozambique, Zimbabwe, Mali and Cameroon
- 6 <http://www.iddc.org.uk/>
- 7 IDDC Position paper on the UN Convention – June 2006
- 8 B6[0031/2006
- 9 DFID UK reports that mortality for children with disabilities is as high as 80% in countries where under five mortality as a whole has decreased below 20%.
- 10 See details on website: www.make-development-inclusive.org
- 11 This project is being supported by the European Commission DG Employment and Social Affairs. It is an IDDC project implemented by Light for the World as the lead agency in partnership with CBM (Germany), AIFO (Italy), Handicap International (France, Luxembourg), DCDD (Netherlands), eRko (Slovakia), Healthlink (UK), PHOS (Belgium), SHIA (Sweden), DPI (Italy), Groupement Français des Personnes Handicapées (France), National Disability Council of the Netherlands (Netherlands).
- 12 See details presented in the Recommendations of the Disability and Development Conference 20–21 November 2006

Zusammenfassung: Dieser Artikel konzentriert sich auf die Implikationen des Artikels 32 zum Thema „Internationalen Kooperation“ der kürzlich verabschiedeten internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Der Artikel beschäftigt sich auch mit der umfassenden und weltweiten Auswirkung der Konvention in Bezug auf die Inklusion von Behinderung und eines Rechte basierten Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit. Er erörtert die Konsequenzen auf alle Regierungen und Akteure in der nördlichen und der südlichen Halbkugel. Bedacht werden auch die nächsten Etappen des Prozesses, die Stufen, die genommen werden müssen in der Anführung des Unterzeichnungs- und Ratifizierungsprozesses durch die UN-Mitgliedsstaaten, damit sichergestellt wird, dass die Interessen der ärmsten Gruppe der Menschen mit Behinderung in den Entwicklungsländern durch die Konvention berücksichtigt werden.

Résumé: Cet article se concentre sur les implications que le nouvel article sur la Coopération Internationale (Article 32) de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées nouvellement adoptée pourra avoir sur les politiques de développement des états de l'Union Européenne. L'article traite aussi de l'impact général de la convention à travers le monde en ce qu'elle promeut l'inclusion des personnes handicapées et l'approche basée sur les droits dans la coopération au développement. Il en observe les conséquences pour les états et les autres acteurs tant du



Sud que du Nord. Des réflexions sont proposées quant aux prochaines étapes du processus - les mesures à prendre pour amener les états parties à signer et ratifier la convention afin d'assurer que les intérêts des populations de personnes handicapées les plus pauvres vivant dans les pays en développement soient pris en compte par la convention, sur le terrain.

Resumen: El artículo enfoca las implicaciones que tiene el artículo 32 de la «Convención Internacional sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad» para la política de los Estados de la Unión Europea en el área de la asistencia técnica. Se consideran las consecuencias para los gobiernos y los representantes de intereses en el norte y el sur, y da a conocer algunas reflexiones sobre los próximos

pasos del proceso para integrar los intereses de la población más pobre de las personas con discapacidad en países en vías de desarrollo.

Autorin: Sophie Beaumont arbeitet zur Zeit als EU Liaison Officer für Licht für die Welt. Sie war vorher als Parliamentary and Policy Officer für das European Disability Forum und das Sekretariat der European Parliament Disability Intergroup tätig. Sophie Beaumont ist seit über zehn Jahren als Kämpferin für Behindertenrechte aktiv.

Anschrift: Light for the World, Brussels Office, 38-40 Rue Washington, B1050 Brussels,
E-Mail: sophie.beaumont@light-for-the-world.net
Tel +32 2 275 0085, Fax: +32 2 275 0093

Enforcing the Rights of People with Disabilities within Development Cooperation - Challenges Ahead

Matthias Rompel

The article points out the latest developments on enforcing the rights and interests of people with disabilities in German development cooperation. It draws on the new UN Convention on the rights of persons with disabilities and a new German policy paper on disability and development. Departing from this, first ideas on the implementation are drafted, if even it remains clear that an enormous task in mainstreaming disability is remaining.

The year 2006 was marked by tremendous achievements on the way to making development inclusive for all members of society, including people with disabilities. The comprehensive *Convention on the Rights of Persons with Disabilities* was adopted by the United Nation's General Assembly and will be ratified by the member states subsequently in 2007. The convention is a milestone; it marks a great day for the UN and for persons with disabilities worldwide.

„Why this?“ some people may ask. The question is quite simple to answer. There is clear evidence, that without taking the rights and the interests of persons with disabilities into account, it will simply not be possible to reach the *Millennium Development Goals* (MDGs) as the overarching development objectives the international community committed itself to. Governments will not be able to half poverty and to secure free access to social services, if these commitments to alleviate poverty are not linked to the task of safeguarding the rights and the needs of persons with disabilities; and to building inclusive societies and states.

Disability and Poverty

It is a well known fact, but it can not be elaborated

on enough: According to *United Nations* estimates, there are more than 600 million persons with disabilities throughout the world, of which 70% live in the developing world. As we know, disability is caused by disease, malnutrition, incorrect treatment or non-treatment, physical or mental violence and war, accidents due to inadequate protection at the workplace and elsewhere, and, increasingly, age-related diseases. Poverty is central in this regard. In developing countries, according to *WHO* estimates, one person in ten is living in poverty; according to *World Bank* data, one person in five living in absolute poverty is also affected by disabilities.

Although the living conditions of poor people with and without disabilities are comparable, disabilities additionally restrict the opportunity to participate in social, economic and professional life. Women are especially disadvantaged in many contexts. Women with disabilities often face multiple disadvantages when discrimination and exclusion based on gender as well as disability exacerbate one another.

There are complex relations between poverty and disability. Disability is both the reason for and the consequence of poverty. Persons with disabilities often lack adequate schooling and access to decent



employment. They are excluded from social processes which in turn increases their risk of falling into poverty. On the other hand, poor people are more likely to be affected by disability since they are often unable to feed themselves and their families properly, since they have to pay for treatment in the event of illness and have to protect themselves against social risks or natural disasters.

Disability and Rights

Persons with disabilities suffer from discrimination throughout the world and are frequently excluded from social, economic and political processes in their societies. Disability was long considered as an individual problem that was treated from a medical and charitable viewpoint, but neglected in terms of equal rights for disabled persons. The *UN convention* marks the sea change in dealing with people with disabilities.

Persons with disabilities themselves have – in DPOs worldwide – since long time made clear, that there is no choice than to turn to a rights based approach. This inclusive approach calls for the participation of all groups of society, but particularly disadvantaged persons in the development process, and for all people to have equal access to public services such as health and education.

Inclusive Development builds on the idea of a *Society for All* in which all people are equally free to develop their potential, contribute their skills and abilities for the common good and to take up their entitlements to social and other services. This also allows disabled persons to make better use of their own potential. The human rights approach focuses not only on prevention and rehabilitation but also on equal rights to participation. It emphasizes strengthening the rights of people with disabilities, and fosters their participation in all aspects of society. The core element of this viewpoint is that disabled people, their families and organizations are considered as active partners in implementing these rights.

This shift in paradigms from a welfare orientated to a rights based approach with regard to people with disabilities is not optional, it is mandatory. And the *UN Convention* coins this into international law. The convention, involving 148 countries, has been under negotiation since 2004. It has been adopted in December 2006 by the 61st General Assembly of the United Nations and is currently open to signature. In signing and ratifying the Convention, each state party undertakes to establish equal rights for people with disabilities. This involves adopting comprehensive measures to prevent discrimination against people with disabilities.

People with disabilities in German Development Cooperation

The *UN Convention* contains a section devoted specifically to *International Cooperation* (Article 32), in which the states “recognize the importance of *International Cooperation* [...] in support of national efforts for the realization of the purpose and objectives” of the convention, and will undertake “appropriate and effective measures in this regard, between and among States and, as appropriate, in partnership with relevant international and regional organizations and civil society, in particular organizations of persons with disabilities.”

Hence, the Convention provides for ensuring that international development programmes are explicitly inclusive and are accessible to persons with disabilities.

This has also consequences for the *German Development Cooperation*. Around the same time, the convention was finalised by the drafting committee, the *German Federal Ministry of Economic Cooperation and Development* (BMZ) took the chance to review its policies on persons with disabilities. The *German Technical Cooperation's Sector Initiative Social Protection Systems* was commissioned to develop a Policy Paper on *Disability and Development*. A contribution to promoting the interests of persons with disabilities in German Development Cooperation. This policy paper has not only been aligned with the respective stakeholders in the development cooperation arena, but has also been harmonized with the respective entities of the German government, namely the *Federal Ministry of Health* (BMG), the *Federal Ministry of Labour and Social Affairs* (BMAS), the *Federal Foreign Office* (AA) and the *Federal Ministry of Family, Elderly, Women and Youth* (BMFSFJ). Consequently it is a statement of the government of Germany.

And in a way, we find the spirit of the *UN Convention* also being the fundament for the German policy paper. It intends to show the importance of taking into consideration the rights and interests of persons with disabilities in connection with poverty reduction and the achievement of the *Millennium Development Goals*.

The policy paper presents the orientation of *German Development Cooperation* regarding persons with disabilities, and provides impulses for further cooperation efforts in this area. The *Federal Ministry for Economic Cooperation and Development* has – with the policy paper - committed itself to realising the objectives of a rights-based, *Inclusive Development* approach and a social disability model.

Based on this fundament, *German Development Cooperation* will continue to orient itself more towards national development strategies, like *Poverty Reduction Strategies* (PRS). The aim is to actively sup-



port partners in involving persons with disabilities to a greater extent in PRS processes and giving still greater consideration to their interests and rights. A good practice for realising this aim is currently being implemented in cooperation between governmental and non-governmental development organizations: the *German Technical Cooperation (GTZ)* on behalf of BMZ, the *Christian Blind Mission (CBM)* and *Handicap International (HI)* are implementing a pilot project in Vietnam and Cambodia. Under the label *Making PRSPs inclusive*, the project aims at giving a voice to people with disabilities (DPOs) in drafting and formulating national poverty alleviation strategies and other development plans.

To achieve the continuous and ongoing integration of the rights of people with disabilities, the so-called twin-track approach is utilised, which means that specific projects are implemented for persons with disabilities, and that – at the same time – action against structural social inequalities is integrated into strategically important areas and projects of development cooperation.

German Development Cooperation already conducts projects of this nature that are explicitly directed towards persons with disabilities as the target group. On the other hand, a variety of measures are being carried out that are not exclusively addressed at persons with disabilities, but nevertheless of benefit to them. These measures include projects and programmes to improve the access of poor sections of the population to social services and strengthen the rights of disadvantaged people, but also projects to prevent diseases that may lead to disability and chronic ailments.

But beyond this, all projects must be strategically oriented so as to ensure that the rights of persons with disabilities and their participation in all areas of social life are promoted in the sense of *Inclusive Development*. To do so, the rights and needs of persons with disabilities have to be taken into consideration when planning projects and programmes, bearing in mind the different circumstances in men's and women's lives. Of course also implementation and results must be subject to systematic review. And this is of course a huge task remaining. And in this very regard a lot of work still needs to be done.

German Development Cooperation is preparing concrete steps to do so and to pave the way for implementing the *UN Convention*. Currently a study is being commissioned, that elaborates on the consequences of the *UN Convention* for the different levels of project planning, implementation and monitoring. This study will propose next steps in getting ahead in executing the convention. It will propose on advanced planning procedures, implementation structures and *Monitoring and Evaluation (M&E)* frameworks. It might moreover point out roles for key agents and the division of responsibilities be-

tween governmental and non-governmental actors.

Furthermore, it is planned to include strategies and activities safeguarding the rights and interests of persons with disabilities in BMZ's next *Development Policy Action Plan on Human Rights*, currently being drafted and following the last action plan 2004 – 2007. The *Development Policy Action Plan on Human Rights (MAP)* is BMZ's core strategy to operationalise its commitment on mainstreaming a human rights approach into development cooperation.

Also sectoral policies are being screened and revised regarding their integration of disability issues, for instance, most recently, the latest review of the health sector strategy of BMZ. As another example for operationalising the *UN Convention* and the German policy paper, GTZ's social protection section is currently developing benchmarks for projects, in which the integration of vulnerable and disadvantaged groups play a major role.

Finally, one fact needs to be strongly underlined: The ambitious task to enforce the rights and the interests of people with disabilities and to apply them as a cross-cutting issue in the development arena, is simply not possible without including the civil society, without building alliances between governmental actors and CBOs, DPOs, NGOs and I-NGOs; nationally within Germany and globally in partner countries.

Zusammenfassung: Der Artikel zeigt die neuesten Entwicklungen in der Durchsetzung der Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf. Er skizziert auch die neue UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und das neue deutsche Politikpapier zu Behinderung und Entwicklung. Davon abgesehen werden erste Ideen für die Implementation entworfen, auch wenn klar bleibt, dass das Thema „mainstreaming disability“ auch weiterhin eine enorme Aufgabe darstellt.

Résumé: Cet article met en avant les derniers développements concernant la prise en compte des intérêts et des droits des personnes handicapées dans la coopération allemande au développement. Il se réfère à la récente Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et au nouveau document allemand de politique sur le handicap et le développement. Partant de là, de premières idées de mise en œuvre sont proposées, même s'il est clair qu'un travail énorme reste à réaliser pour généraliser le thème du handicap dans la coopération.

Resumen: El artículo discute los últimos desarrollos en la Asistencia Técnica Alemana para esforzar los derechos e intereses de personas con discapacidad. Basada en la «Convención de los Derechos de Personas con Discapacidad» se han elaborado fundamentos básicos sobre discapacidad y desarrollo, y el autor presenta las primeras ideas de su implementación.



Autor: Dr. Matthias Rempel, Soziologe, leitet die Sektor-Initiative der GTZ *Systeme der sozialen Sicherung*. Er hat in den letzten 10 Jahren, besonders in afrikanischen Ländern, umfassend zu den Themen Sozialpolitik, soziale Inklusion, soziale Sicherung und HIV/Aids gearbeitet. Der Autor reflektiert in dem Artikel seine persönliche Sicht, die nicht notwendigerweise auch die Sicht der GTZ oder des BMZ darstellt.

Anschrift: Dr. Matthias Rempel, Division 43: Health, Education and Social Protection. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn, Germany. Tel.: +49 6196 79-1446, Fax: +49 6196 7980-1446, E-Mail: Matthias.Rempel@gtz.de, Internet: www.gtz.de/social-protection-systems.

Ein viel versprechender Beginn – die Oslo-Konferenz zu Streubomben 2007

Spätestens seit dem massiven Einsatz im Libanon 2006 sind Streubomben ein Thema: Diese Waffen verstreuen ihre Munition auf große Flächen und treffen deshalb unterschiedslos auch die Zivilbevölkerung. Und sie hinterlassen eine große Zahl von Blindgängern, die wie Landminen von jedem Kind ausgelöst werden können. In 24 Ländern wurden diese Waffen bereits eingesetzt und haben ca. 100.000 Menschen schwer verletzt oder getötet - davon stammten 98% aus der Zivilbevölkerung.

Diplomatinnen und Diplomaten aus 49 Staaten haben sich nun Ende Februar 2007 auf Einladung der norwegischen Regierung zu einer Staatenkonferenz in Oslo getroffen. Ziel war eine Einigung darauf, dass bereits 2008 verbindliche Regelungen über Einsatz, Lagerung, Produktion und Export von Streumunition erreicht werden sollen. Damit folgte Norwegen dem Beispiel Kanadas, das 1996 zu Verhandlungen über ein Verbot von Anti-Personen-Minen eingeladen hatte, die 1997 im Vertrag von Ottawa resultierten. Und zu Ende der Oslokonferenz haben 46 der 49 Staaten bekräftigt, dass sie nach den Vorschlägen der norwegischen Regierung auf ein Verbot von Streumunition hinarbeiten werden. Dieser viel versprechende Prozess ist dringend nötig, da sich bei den UN-Waffenkontrollverhandlungen in Genf (CCW) in diesem Punkt seit langem nur wenig bewegt.

Ganz gezielt war auch die Zivilgesellschaft eingeladen: Vertreterinnen und Vertreter von UN-Organisationen, vom *Internationalen Roten Kreuz* sowie von den Organisationen der *Cluster Munition Coalition*, der internationalen Kampagne gegen Streumunition. Die Konferenz war sicherlich auch dieser Kampagne zu verdanken, die sich seit einigen Jahren bemüht, einem Verbot von Streubomben näher zu kommen. Munition aus Streubomben hinterlassen

bei jedem Einsatz zahlreiche Blindgänger, die ähnlich wie Landminen verheerende Auswirkungen für die Zivilbevölkerung in den betroffenen Ländern haben.

Die Nicht-Regierungs-Organisationen brachten sich denn auch deutlich ein, z.B. bestätigt *Grethe Ostern* von *Norwegian People's Aid* auf der Grundlage aktueller Untersuchungen in Norwegen die Argumentation von *Handicap International* gegenüber der deutschen Regierung, die Streumunition mit einer Blindgängerquote bis zu 1% als nicht gefährlich einstuft: Diese Argumentation wurde auch vom libanesischen Botschafter bestätigt, angesichts der Zerstörungen durch Streumunition in seinem Land, wo nach dem jüngsten Einsatz von Streubomben wohl über 40% Blindgänger – ca. eine Million! – liegen geblieben sind. Unter diesen Blindgängern waren zahlreiche *M 85-Bombletts*, deren eingebauter Selbsterstörungsmechanismus ganz offensichtlich nicht funktioniert hatte. Die Diskussion um theoretische Fehlerquoten wird also hier und anderswo durch die Realität ad absurdum geführt. „Man kann aus einem Monster keinen Engel machen!“ brachte der libanesischen Botschafter diese Tatsache auf den Punkt.

Es waren unterschiedliche Motivationen, die die Staaten nach Oslo führten. Eine Fraktion, zu der Deutschland, Frankreich und England zählten, wollten die die Konferenz am liebsten sofort wieder zurück zur UN in Genf verlegen. Auf Argumente, dass Oslo ja gerade wegen der Nichtkompetenz der UN-Verhandlungen in Genf zustande gekommen war, reagierten sie erst viel später. Eine andere Fraktion war diejenige der Opferländer, die zum Teil nicht an der CCW in Genf beteiligt sind: z.B. die Balkanländer oder der Libanon. Gemeinsam mit nicht direkt betroffenen Schwellenländern wie Peru und Mexiko



forderten sie ein sofortiges Verbot von Streubomben. Als besonders fortschrittlich präsentierten sich drei europäische Länder, die ein gutes Beispiel für andere EU-Staaten sein könnten: Belgien, das bereits vor einem Jahr Streumunition verboten hat, sowie Norwegen und Österreich, die am Vortag der Konferenz ein Moratorium erlassen haben mit dem Ziel, ihre Streumunition auszumustern und nicht weiter zu verwenden.

Für die Kampagne in Deutschland waren natürlich die Beiträge der deutschen Delegation in Oslo besonders wichtig: Deutschland arbeitet nach eigenen Aussagen an einer international verbindlichen Regelung zu Streubomben. Im Kern soll diese darauf hinauslaufen, nur Munitionen mit mehr als 1% Fehlerquote zu verbieten. Ein erster Entwurf soll im April auf einem Treffen mit dem *Internationalen Komitee des Roten Kreuzes* vorgelegt werden. Die deutsche Delegation kündigte an, dass sie Verhandlungen außerhalb der UNO, also im Rahmen des Oslo-Prozesses, auf jeden Fall voll unterstützen wird, falls die UN-Verhandlungen in Genf im November 2007 wieder keine konkreten Ergebnisse bringen werden.

In zwei Tagen intensiven Austausches einigte

man sich auf eine wegweisende Abschlusserklärung, an der sich auch Deutschland beteiligte. Die Erklärung sieht die Weiterführung der Verhandlungen mit dem Ziel eines verbindlichen völkerrechtlichen Instrumentariums bis Ende 2008 vor. Damit soll dann vor allem eines erreicht werden: ein Verbot von Einsatz, Produktion, Transfer und Lagerung von Streumunition, die nicht akzeptable Leiden für die Zivilbevölkerung bedeutet. Die konkrete Interpretation der Einschränkung im Nebensatz wird sicherlich noch zu vielen Diskussionen führen. Einige Staaten haben schon angekündigt, dass diese Formulierung für sie nur ein Verbot bestimmter Munitionstypen bedeutet. Das Feilschen darum, ob es ‚ungefährliche‘ Streumunition gibt, wird sicherlich noch die folgenden Monate über anhalten, z.B. bei den Nachfolgetreffen im Mai und November in Peru und Österreich. Eine Organisation wie *Handicap International*, die in vielen betroffenen Ländern tätig ist, hat dann die Aufgabe zu zeigen, dass Streumunition in jedem Fall „nicht akzeptable Leiden für die Zivilbevölkerung“ nach sich zieht.

Eva-Maria Fischer

Making PRSP Inclusive – a Workshop in the Frame of the EU Project Disability Mainstreaming in Development Cooperation

At beginning of December 2006 the international two-day workshop *Making PRSP Inclusive* (PRSP: *Poverty Reduction Strategy Papers*) took place at GTZ house in Berlin. It was organized by CBM (*Christian Blind Mission*) Germany. The participants were representatives from NGOs (*Non-Governmental Organizations*), governments and DPOs (*Disabled People's Organizations*) from Europe and Africa who came together for discussion and exchanging experiences. The first day of the workshop served as a networking platform and as an opportunity to share information about news on disability mainstreaming in development cooperation. Therefore the German government presented its new and first policy paper *Disability and Development* about mainstreaming disability in German development cooperation. Also, specific information on PRSP as an instrument itself and on the recently published handbook *Making PRSP Inclusive* was presented. GPDD as an international alliance already working in the field was introduced to the participants. On the second day several workshops were held to find entry points for including disability in PRSP, to show ways to encourage

and enable European governments to include disability in PRSPs, to make proposals for European decision makers how to shape their program design to include disability in PRSP and to gather information on what decision makers in Europe need to know to ensure that people with disabilities and DPOs are included in PRSPs.

The workshop *Making PRSP Inclusive* was part of the EU-funded project *Disability Mainstreaming in Development Cooperation*. The project is running from the beginning of 2006 to the end of 2007.

The EU project Disability Mainstreaming in Development Cooperation

The project consortium of twelve DPOs and NGOs has several aims. First, the status quo of inclusion practices in the 25 member states and EU institutions will be examined. The mapping reports are presently in the process of being finished and will be available on the project website (www.make-development-inclusive.org). In a second step, training tools which should help improving the inclusion of



disability in development will be designed by the project partners. This regional training workshop served to develop criteria and guidelines for training tools. A technical working group will further elaborate on these training tools which will be available for further trainings with other stakeholders and countries.

Based on an outcome of the German mapping exercise, the workshop focused on PRSPs as a promising opportunity to mainstream disability into development cooperation. Together with GTZ and *Handicap International*, CBM has formed an alliance which wants to support mainstreaming disability affairs into PRSPs of several countries: GTZ is coordinating the process in Vietnam, whereas *Handicap International* organized an initial stakeholder meeting in Cambodia. CBM will focus on Ethiopia and Tanzania. The Tanzanian *MKUKUTA Disability Network (MDN)*, a network of DPOs, government representatives and other relevant stakeholders, was formed during a workshop in 2005, and will take up its work again soon.

PRSPs

PRSP is an instrument which has been developed by the *World Bank* and the *International Monetary Fund* in order to support debt relief of heavily indebted poor countries (HIPC). The respective governments are designing a comprehensive national strategy to reduce poverty and are urged to also include stakeholders of civil society in this process. As of October 2006, 63 countries have drafted a PRSP. According to the presentation of *Brain Ngo*, advisor at the *World Bank Europe Office* in Paris, the PRSP approach is a country-based approach, meaning that governments of the South are empowered to set their development priorities. The donors are expected to align their assistance according to the country's priorities. Thus, PRSPs should take the circumstances in different countries into account, and country ownership should be increased.

PRSPs are intricately linked with other concepts in development cooperation, such as the *Millennium Development Goals (MDGs)* and the *Paris Declaration on Aid Effectiveness*. Currently, the health-related issues pose the biggest challenge, since the indicators, e.g. the numbers of child mortality, are lagging far behind the goals set by the MDGs which is especially true for the Sub-Saharan region. The *Paris Declaration's* ultimate aim is to move from donorship to partnership by adhering to the five principles of ownership: harmonization, alignment, managing for results and mutual accountability in delivering and managing aid. Thus, partner countries should exercise the effective leadership over their development policies (ownership). Donors will base their overall support on partner countries' agenda, while

using the partners' institutions and procedures (alignment). The donors' actions should become harmonized by implementing common arrangements, simplifying procedures, and sharing information (harmonization). Resources should be managed in a way that focuses on set results and employs information to improve decision-making (managing for results). PRS can serve as a framework for mutual accountability, e.g. by setting priorities and coordinating donors.

During the workshop, several measures were suggested to enhance the participatory process of civil society, e.g. the establishment of parliamentary committees related to PRSP in order to enable the public's participation in the policy process, the establishment of mechanisms to link parliament with local communities and sub-national levels of government, and improved communication with society through communications and outreach strategies. The future challenges are manifold: PRSPs need to become more consistent with the MDGs, while taking into account the situation in the respective country. Donors have to find out about how aid can be made more predictable and more effective, and about how to measure progress. Looking for the best ways of helping countries to prioritize and exploit complementarities as well as creating a better understanding about incentives will be challenges in the future.

The German policy paper on Disability and Development

The policy paper was presented by Karin Kortmann, the *Parliamentary State Secretary* of the *German Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ)*. The paper highlights PRSP as the major opportunity to mainstream the interests of persons with disabilities in development cooperation (DC). German DC aims to support partners in involving persons with disabilities in PRSP processes. In the panel discussion, all participants praised the timeliness of the policy paper and the shift from the charity towards a rights-based approach as well as towards the *social model* of disability in German DC.

Nevertheless, the experts raised a couple of critical questions on the content of the paper as well as its implementation. From the perspective of a DPO from the South (*Information Center on Disability, Tanzania*) the aspect of political empowerment of people with disabilities would be an important aspect to mention in the paper. The organizations would also welcome if they would have direct access to resources, since they struggle with a lack of funding. German NGOs (*VENRO*) underlined that including the disability topic in PRSP alone is not enough. The policy paper points out that the MDGs cannot be realized if people with disabilities are not taken



into account. In order to contribute to the often quoted *twin-track approach*, the inclusion of political empowerment of people with disabilities in German DC should be obligatory.

Further on there have been questions about the future role of the German government in communicating the content of the paper to the implementing organizations of the German government in order to accelerate the implementation. *DFID*, an United Kingdom government department for international development, stated that there is still a lack of clear lead in questions relating to disability within the donor community and therefore asked whether GTZ and the German government were willing to put forward a lead on disability issues internationally. In this context, participants asked if the German government is willing to play a strong role in the implementation of the upcoming *UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities*.

The representatives from BMZ and GTZ responded that general budget support is not sufficient and a fair policy dialogue at country level is needed. This in turn makes working structures in the country, people at grass-roots level, mandatory. For communicating the content of the paper on a national level, BMZ will assemble all other ministries around the table in order to take the issue further. BMZ would like to have tools and strategies at hand like the handbook *Making PRSP inclusive* to help German NGOs to cooperate with their partners in developing countries.

With regard to the *UN Convention*, GTZ sees Germany in the driving seat, since Article 32 on *International Development Cooperation* asks for a rights-based approach. The State Secretary pointed out some entry points due to Germany's EU and G8 presidency in 2007. Since the focus of both presidencies will be on Africa, she hopes that Germany will manage to address the disability issue in the *Africa Paper*. Concerning the G8 presidency, disability will be addressed in the framework of working conditions, and corporate responsibility towards people with disabilities. Germany will also bring up the issue in the dialogue with *World Bank*.

Making PRSPs Inclusive: a handbook by Handicap International and Christian Blind Mission

The handbook *Making PRSP Inclusive*, written by *Handicap International* (HI) and CBM, financed by the German government, and facilitated by the *World Bank*, highlights many entry points for including disability at various stages of PRSPs. Judy Heumann, former *Disability Advisor* of the *World Bank*, developed the initial idea for this project in 2004 and – out of experiences in Tanzania – in 2006 the handbook *Making PRSP Inclusive* was published. It is

targeted at all actors working in the field of disability. Specifically, it addresses people with disabilities, DPOs and *Parents' Associations* (PAs) which are aiming at participating in the PRSP process of their respective country.

Since the political, cultural, and historical situation is very different from country to country, and since the situation of DPOs and the national disability movement can differ significantly, the handbook is structured in a modular way, allowing the readers to choose chapters according to their needs. The first four chapters give an overview of the PRSP process and possible entry points and are *required reading*. The last two chapters include specific elements (case studies, PRSP and stakeholders, disability, etc.) as well as a toolbox with hands-on material including checklists, charts and explanations of methods which can be used in workshops and meetings.

The handbook follows several objectives: During an initial orientation, important national stakeholders in the field of disability and PRSP are identified and contacted. Afterwards, a joint strategy for integrating the issue of disability in the ongoing PRSP process is developed. The strategy needs to be implemented, and capacities of people with disabilities and DPOs need to be built. The handbook will be tested, evaluated and revised in this process, and a second edition is planned to be completed by the end of 2007.

Stefanie Ziegler from HI, one of the authors of the book, has observed that the main issues for civil society are the lack of capacity, knowledge and resources. The role of international organizations in this process is that of a facilitator or *door opener*. But once DPOs have managed to become part of the PRSP process, their high ownership stimulates the whole sector.

Conclusions and Recommendations of the working groups

A crucial structural barrier to mainstreaming disability in development cooperation was identified in the fact that PRSPs are country-owned. This involved also the competition among a great number of issues and interest groups who want to get involved in PRSPs, as well as the sometimes conflicting priorities of Southern governments.

Thus, many recommendations centered on the issue on how to strengthen DPOs in the South in order to get involved in the political processes, such as the drafting of PRSPs. DPOs need proper funding and support in order to be able to work on their own agendas and to organize and network with other groups to get a relevant voice in the political discourse. Very practical recommendations included South-South knowledge transfer, e.g. through the



African Decade, in order to exchange experiences and exert pressure on governments.

Already existing structures and instruments should be used in order to foster the disability cause. For example, *National Disability Committees* should be used, if they exist. The implementation of already existing policy papers, guidelines of NGOs, and aid agencies need to be monitored. A point to investigate is the question which mechanisms are in place in order to include gender in PRSPs.

The importance of collecting and using data was highlighted by most working groups. Relevant and reliable data are helpful in order to emphasize the need for action, to develop relevance-based policies and to monitor progress. A *twin-track approach* was recommended, meaning that a disability-related component should be introduced in all country-wide

data collections and population surveys. At the same time, quantitative and qualitative disability-specific information is needed.

With regard to PRSPs specifically, it was recommended to focus on two to three key issues that are monitored by indicators. A disability-specific budget line should be in place to provide the necessary resources.

The *UN Convention*, specifically Article 32, is supposed to give impetus to mainstreaming disability in development cooperation. Effective implementation is crucial to the success of the Convention. Suggestions included the installation of inter-ministerial government disability advisors in order to monitor the ratification process.

Rika Esser

Inclusive Development Das Recht von Menschen mit Behinderung auf gleichberechtigte Teilhabe*

Obwohl Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern zu den Ärmsten der Armen gehören, finden sie in den wichtigen Entwicklungsprogrammen bislang zu wenig Beachtung. Dabei ist gerade ihre Berücksichtigung in Programmen zur Armutsbekämpfung von enormer Bedeutung, da ein sehr enger Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung besteht. Auch die *Millennium-Entwicklungsziele* können nicht erreicht werden, wenn Menschen mit Behinderung nicht berücksichtigt werden. Ein Fünftel der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, sind von einer Behinderung betroffen. Damit gehören Menschen mit Behinderung zu den hauptsächlichen Zielgruppen der *Millennium-Entwicklungsziele*.

Dies wurde in den vergangenen Jahren zunehmend erkannt und hat dazu geführt, dass neben multilateralen Organisationen und Institutionen auch mehr und mehr Geberländer ihre entwicklungspolitischen Leitlinien im Hinblick auf eine inklusiv gestaltete Berücksichtigung behinderter Menschen überarbeitet haben.

BMZ-Politikpapier Behinderung und Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und Entwicklung (GTZ) haben im Dezember 2006 das Politikpapier Behinderung und Entwicklung vorge-

stellt, das die neuen Leitlinien für die Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet. Darin greift das BMZ die internationale Diskussion auf und verpflichtet sich einem menschenrechtlich orientierten, inklusiven Entwicklungsansatz (*Inclusive Development*). *Inclusive Development* orientiert sich an einer *Society for All* (Gesellschaft für alle), in der jeder Mensch in der Lage ist, seine Potenziale zu entfalten und somit zum Gemeinwohl beitragen und andererseits am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

Dies geht einher mit einem menschenrechtlich orientierten Verständnis von Behinderung und der Rechte der Menschen mit Behinderung und leitet gleichzeitig einen längst überfälligen Paradigmenwechsel ein. Die Veränderung besteht in der Abkehr vom medizinischen und karitativen Modell von Behinderung, das sich lediglich auf das Individuum konzentriert und den Schwerpunkt auf rehabilitative, ausgleichende Maßnahmen legt. Abgelöst wird dieses karitative Modell von einem sozialen, rechtsbasierten Verständnis, das Menschen mit Behinderung ein Recht auf Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe zuspricht. Behinderung wird als soziale Frage über fehlende Teilhabechancen definiert, d.h. dass ein Mensch erst dann als behindert gilt, wenn er auf Grund einer Beeinträchtigung und Barrieren in seiner Umgebung (Infrastruktur, Kommunikation, Gesetzgebung, Verhalten, etc.) nicht in der Lage ist, am Leben in seiner Gemeinschaft teilzuhaben.



Das Recht von Menschen mit Behinderung auf Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe hat am 13. Dezember 2006 mit der Annahme der UN-Menschenrechtskonvention eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage erhalten und enthält in Artikel 32 die Anforderung einer inklusiven Entwicklungszusammenarbeit.

Zweigleisig fahren

Die internationale Gemeinschaft ist sich weitgehend einig, dass zur Umsetzung von *Inclusive Development* ein *twin track approach* notwendig ist. Dieser beinhaltet einerseits die inklusive Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung bei allen relevanten entwicklungspolitischen Projekten und Programmen. Andererseits sind spezifische Maßnahmen für Menschen mit Behinderung weiterhin zu unterstützen, die dem *empowerment* dieser Gruppe dienen, also sie so stärken, dass sie in der Lage sind, ihre Belange eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten, und es möglich machen, dass sie in allgemeinen Programmen berücksichtigt werden. So ist es z.B. notwendig, Kinder mit orthopädischen Hilfsmitteln auszustatten, damit es ihnen möglich wird, die lokale Grundschule zu besuchen. Oder es ist ein Programm für Ausbau und Stärkung der Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung notwendig, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Interessen im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategien artikulieren zu können.

Die Umsetzung von *Inclusive Development* setzt ein Umdenken in den unterschiedlichen Bereichen voraus. Im Rahmen der spezifischen Projekte für Menschen mit Behinderung ist darauf zu achten, dass diese nicht separierende Sonderprojekte sind, die nicht zu einer gesellschaftlichen Teilhabe beitragen. Künftig ist zu überprüfen, wie z.B. Kinder mit Behinderung an allgemeinen Bildungsprogrammen teilhaben können oder wie ein Programm im Bereich von HIV/Aids auch die Belange behinderter Menschen berücksichtigen kann. In allen öffentlichen und privaten Infrastrukturprogrammen sollte berücksichtigt werden, dass diese so geplant werden, dass sie auch von Menschen mit Behinderung nutzbar werden. Was nutzt ein inklusives Bildungsprogramm, wenn die Schulen so gebaut sind, dass diese für behinderte Kinder unzugänglich sind?

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Umsetzung ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderung und ihren Organisationen in allen Phasen des Projektes oder Programmes (Planung, Durchführung und Evaluation).

Gemeindenahere Rehabilitation

Wie können allgemeine Projekte und Programme so geplant werden, dass diese die Belange von Men-

schen mit Behinderung berücksichtigen? Als ein geeignetes Modell dafür bietet sich die *Community-based Rehabilitation* (CBR - gemeindenahere Rehabilitation) an, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits Ende der 70er-Jahre entwickelt worden ist. Dieser Ansatz basiert auf der Beteiligung der Gemeinschaft vor Ort, verlagert die rehabilitativen Maßnahmen in die Gemeinschaft, arbeitet mit einfachen Methoden und zu einem überwiegenden Teil mit Freiwilligen. Nach Angaben der WHO können ca. 70 Prozent der notwendigen rehabilitativen Maßnahmen vor Ort durch angelernte Freiwillige erbracht werden, nur für die komplexeren Maßnahmen sind Fachkräfte auf der regionalen und nationalen Ebene notwendig. Rehabilitative Maßnahmen im therapeutischen und medizinischen Bereich im Rahmen der CBR sind von ihrer Struktur her so angelegt, dass diese an Maßnahmen im Bereich der medizinischen Grundversorgung angegliedert werden können.

Im schulischen Bereich hat die UNESCO das Konzept *Inclusive Education* entwickelt, das eine gemeinsame Beschulung aller Kinder (nicht nur behinderter Kinder) in der lokalen Regelschule vorsieht. Dafür hat die UNESCO unterschiedliche Handreichungen entwickelt, auch das *Enabling Education Network* (www.eenet.org.uk) stellt Informationen zur Verfügung, wie eine inklusive Bildung umgesetzt werden kann. Im Bereich der beruflichen Ausbildung und der Förderung von einkommenschaffenden Maßnahmen setzt die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) auch auf ein gemeindenahes Konzept. Entgegen der Schaffung von Ausbildungszentren für Menschen mit Behinderung wird seit Mitte der 80er-Jahre ein Ansatz der Vermittlung von Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort verfolgt. Im Bereich der Einkommensgenerierung werden der lokale Bedarf untersucht und entsprechende Möglichkeiten der Einkommenschaffung gefördert.

Allen genannten Bereichen ist gemeinsam, dass die Unterstützung von Menschen mit Behinderung i.d.R. vor Ort, in ihrer Gemeinschaft erfolgen und ihre Förderung an bestehende Strukturen angegliedert werden kann. Wichtig ist die Vernetzung mit bestehenden behinderungsspezifischen Projekten und Programmen, um die Ressourcen zur Berücksichtigung einer größeren Zahl behinderter Menschen nutzen zu können.

Wenn *Inclusive Development* gelingen soll, braucht dies nicht nur einen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtlichen Perspektive, sondern auch die Bereitschaft aller entwicklungspolitischen Akteure, ihre Projekte und Programme für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

Gabriele Weigt

* Originalartikel veröffentlicht in: *eins* Entwicklungspolitik Information Nord-Süd 1-2007, Dossier *Behinderung und Entwicklung*



NEWS

Menschen mit Behinderung in der internationalen Armutsbekämpfung nicht vergessen

Wanderausstellung „Es ist an der Zeit..“

Die Ausstellung „Es ist an der Zeit...“ zeigt die Zusammenhänge zwischen den *Millenniums-Entwicklungszielen* und Behinderung auf und beschreibt konkret, wie Menschen mit Behinderung in den unterschiedlichen Bereichen der Armutsbekämpfung berücksichtigt werden können.

Die Ausstellung ist ein Beitrag zur VENRO-Kampagne *Deine Stimme gegen Armut* und möchte darauf hinwirken, dass an Menschen mit Behinderung in den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Armut gedacht wird. Damit die Ausstellung, vor allem bis zur Halbzeit der *Millenniums-Entwicklungsziele* am 7.7.2007, an möglichst vielen Orten gezeigt werden kann, suchen wir engagierte Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen, die diese in ihre Stadt holen. Diese kann sowohl in *klassischen* Ausstellungsräumen, (z.B. Foyer, Rathaus, Bibliothek), als auch im Rahmen von Veranstaltungen, Projektwochen, Informationstagen, etc. gezeigt werden.

Die Ausstellung besteht aus acht farbigen Foto- und Informationstafeln im DIN A1-Format und wird begleitet durch eine Broschüre, die ausführliche Informationen bereit hält. Die Ausstellung sowie eine entsprechende Anzahl von Begleitbroschüren werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Ausleiher übernimmt lediglich die Versandkosten.

Weitere Informationen und Kontakt: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)

Wintgenstr. 63, 45239 Essen

Tel.: 0201/40 87 745 Fax: 0201/40 87 748

E-Mail: info@bezev.de; Internet: www.bezev.de

Neues aus der Arbeitsstelle Behinderung und Dritte Welt an der Universität Oldenburg

Mit Ende des SS 2007 wird Dr. Peter Sehrbrock, der langjährige Leiter der *Arbeitsstelle Behinderung und Dritte Welt* an der Carl von Ossietzky Universität zu Oldenburg in den Ruhestand treten. Im Laufe der vielen Jahre seines Wirkens hat er eine große Zahl von Studierenden bei ihrer Suche nach Praktikumsplätzen in Ländern des Südens unterstützt und ihnen auf diese Weise unvergessliche Erlebnisse und ein tiefes Verständnis für die vielfältigen Probleme und auch Lösungen in den sonderpädagogischen Arbeitsfeldern unter Armutsbedingungen mitzugeben vermocht. Dafür sei ihm von Seiten der Fakultät I – Bildungs- und Erziehungswissenschaften, des Instituts für Sonderpädagogik, Prävention und Rehabilitation und seitens der vielen Studierenden, denen er zu einem Auslandsaufenthalt verholfen hat, herzlichst gedankt.

Das Ausscheiden von Dr. Peter Sehrbrock zieht selbst-

verständlich nicht die Schließung oder die Auflösung der Arbeitsstelle nach sich. Im Laufe der Jahre konnte eine große Zahl an Materialien für dieses Arbeitsfeld gesammelt werden, die vielen Studierenden eine gute Grundlage für ihren eigenen Auslandsaufenthalt oder für ihre Diplom- oder sonstigen Hausarbeiten gewesen ist. Deshalb soll die Arbeit auch in den kommenden Jahren in enger Absprache zwischen dem Institut für Sonderpädagogik, Prävention und Rehabilitation und dem Lehrstuhl für Interkulturelle Pädagogik weitergeführt werden. Derzeitig überlegt eine kleine Arbeitsgruppe, der die Juniorprofessorin Kristina Reiss von den Sonderpädagogen und Prof. Dr. Hans-Peter Schmidtke als Vertreter der Interkulturellen Pädagogik angehören, darüber nach, welche andere Bezeichnung die Aufgaben der Arbeitsstelle in gleicher Weise repräsentieren, ohne jedoch die mittlerweile oft negativen und eingeschränkten Assoziationen mit dem Begriff *Dritte Welt* weiter zu stärken. Über das Ergebnis wird berichtet werden.

Launch of Africa Campaign on Disability & HIV/AIDS

On Thursday, January 25, 2007, the new *Africa Campaign on Disability & HIV/AIDS* was launched. The Campaign, a collaborative effort led by the *Secretariat of the African Decade for Disabled Persons (1999-2009)*, aims to reduce the vulnerability of persons with disabilities to the impact of HIV & AIDS. Their goals include achieving equal access to information and a coordinated response involving persons with disabilities in African countries to achieve inclusive national HIV & AIDS policies and programs. More information on the Campaign is now available on DPI's website (in English only):

<http://v1.dpi.org/lang-en/resources/details.php?page=818>

The *Guidelines for Inclusion of Individuals with Disability in HIV/AIDS Outreach Efforts* (by Nora Ellen Groce, Reshma Trasi, Aisha Yousafzai) be found here: <http://v1.dpi.org/lang-en/resources/details.php?page=829>

Sida International Training Programmes on Human Rights and Disability

During 2007 two *International Training Programmes on Human Rights and Disability* will be organised by Shia. The Middle East and North Africa course will be held August 27 - September 7, 2007.

The programme aims at enhancing knowledge, develop methods and tools, and to provide a foundation for future networking and co-operation. The course will include an overview of the existing Human Rights instruments and discussions on how these can be used to improve life conditions for persons with disabilities. An opportunity to exchange experiences and opinions concern-



ing the new *UN Convention on Disability* and the future role of the *UN Standard Rules* and the proposed additions.

An analysis of *Poverty Reduction Strategies* and other multilateral programmes and how disability aspects can be included will be discussed as well as methods and skills needed to influence these processes will be exchanged. All discussions around poverty and human rights will be held from a disability perspective.

Experiences will also be exchanged on how persons with disabilities and their organizations can increase their participation in the development of policies.

Swedish disability policy, legislation and social services will be introduced, including visiting relevant Swedish authorities, institutions and organizations.

Issues such as gender, children and HIV/AIDS in relation with persons with disabilities will be included within

all topics.

The programme is targeting participants from regional or national Disabled People Organizations, government agencies and Non Governmental Organizations working in the area of Human Rights and disability. Persons with disabilities are especially encouraged to apply. Candidates from the following countries are welcome to apply - Algeria, Egypt, Iran, Iraq, Jordan, Lebanon, Libya, Morocco, Oman, Saudi Arabia, Syria, Tunisia, West Bank and Gaza, and Yemen.

The programme organizer is Shia - the Swedish Organizations' of Disabled Persons International Aid Association. For more information please contact the project assistant. Internet:

<http://www.disabilitynet.net/index.php?l=en&p=204>

Literatur & Medien

Majid Turmusani

Disability Policy Development In Afghanistan – A Manual for Planners

Asian Studies Monograph Series No. 46, Asian Research Service, Burnaby, Canada 2006, 30 USD,
<http://www.asianresearchservice.com/Pub.htm>

Majid Turmusani gives a detailed account of the development of the *Comprehensive National Disability Policy* of Afghanistan in 2003, in which he was involved. By analyzing the cultural and historic background of Afghanistan in relation to disabled people the author presents a comprehensive insight into the difficulties this group faces today. He discusses current issues like the *social model* versus medical model, the human rights approach and the development of the *UN convention on the rights of persons with disabilities* in the national context of Afghanistan. When describing the steps in developing the national disability policy the author provides lists of policy guidelines which aim to serve the book's subtitle as "manual" for planners in similar contexts. Finally the author calls for the important role of the civil society (NGO) in Afghanistan for the development of the country in general and improvements in the disability sector in particular. In this context he emphasizes the significant role *CBR-programs* should play in a future comprehensive approach to self advocacy of and services for disabled people.

The completion of the disability policy now paved the way for the development of a future disability strategy.

Buchrezension von Susanne Arbeiter

United Nations

Global Survey on Government Action on the Implementation of the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities

2007

Report on the Results of the Global Survey on Government Action on the Implementation of the Standard Rules for

the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities. The Report was launched on January 30, 2007 in Doha, Qatar at a Press Conference organized by the Office of the Special Rapporteur on Disability and in the presence of the members of the Panel of Experts. This Survey was designed, administered, conducted, analyzed and reported on by the South-North Center for Dialogue & Development, Amman, Jordan, for the Office of the UN Special Rapporteur on Disabilities.

Bezug: <http://www.un.org/esa/socdev/enable/documents/GlobalSurvey07.doc>

Inclusion International

Hear our voices: a global report: people with an intellectual disability and their families speak out on poverty and exclusion

November 2006

ISBN 0-919070-12-4

Auf dem Weltkongress von *Inclusion International* 2006 in Mexico wurde nach mehreren Jahren Arbeit ein rechtzeitig fertig gestellter Bericht zur Situation von Menschen mit geistiger Behinderung weltweit vorgestellt, in dem Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien über Armut und Ausgrenzung sprechen. Nach einigen Erläuterungen und Definitionen, zum Beispiel eben von Armut und Ausgrenzung oder der Darstellung der acht *Millennium-Entwicklungsziele* und ihre Relevanz für Menschen mit geistiger Behinderung, gibt der Bericht zunächst einen Überblick über die regionalen Studien in Nord-, Mittel- und Südamerika, Afrika, Europa, Mittlerer Osten und Nordafrika sowie den asiatisch – pazifischen Raum.

Im weiteren Verlauf wird anhand der acht *Millennium-Entwicklungsziele* die Lebenswirklichkeit von Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Familien sehr eindrücklich dargestellt. Im letzten Teil beschäftigt sich der Bericht mit einer globalen Agenda zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und versucht so Wege aus diesem Kreislauf in den untersuchten Regionen weltweit aufzuzeigen.

Zum Bericht/Online-Video:



<http://www.inclusion-international.org/en/news/66.html>
 Download: http://www.inclusion-international.org/site_uploads/File/Hear%20Our%20Voices%20w%20Covers.pdf

Handicap International
Fatal Footprint: The Global Human Impact of Cluster Munitions Preliminary Report
 November 2006

98 Prozent aller dokumentierten Unfälle mit Streumunition betreffen Zivilbevölkerungen. Die meisten Opfer werden mitten aus dem Alltag gerissen, während sie auf dem Feld arbeiten, Obst ernten, Hof und Garten säubern, spielen... Ein wegweisender Bericht von Handicap International *Fatal Footprint – Tödliche Spur* vereint erstmals alle verfügbaren Daten über die Auswirkungen von Streumunition auf das Leben der Menschen in den 24 Ländern oder Gebieten, die erwiesenermaßen betroffen sind. Der Bericht in englischer Sprache sowie eine deutschsprachige Kurzfassung sind online erhältlich unter <http://www.handicap-international.de/landminen/fatalfootprint.html> (Oder anforderbar bei Handicap International: 089-54 76 06-0)

Handicap International
Guide on Good Practices for the Economic Inclusion of People with Disabilities in Developing Countries - Funding Mechanisms for Self-Employment
 August 2006

Economic empowerment of disabled people is not just about providing employment for disabled people, but addressing other issues that amplify the cycle of disability, poverty and exclusion:

- Capacity building of disabled people's organizations to advocate for the rights and inclusion of disabled people, especially for disabled women.
- Access to formal and non-formal education systems as well as vocational training schemes to increase the educational and qualification levels of disabled people.
- Involvement of disabled people and their families within income generation activities and small loan schemes.
- Awareness raising and lobbying of employers to support them to adapt their working policies, practices and environments to include disabled people.
- Improvement of the economic efficiency of rehabilitation services and networks.
- Raising community awareness about disability prevention.

Bezug:

http://www.handicap-international.org.uk/page_244.php

Booth, T./Nes, K./Stromstad M.
Developing Inclusive Teacher Education
 2003, ISBN 0-415 30318 4

Verlag: RoutledgeFalmer, London

This book provides an insightful analysis of how inclusion might be promoted in teacher education, using examples from England, Scotland, Norway, New Zealand and the USA.

UNESCO
Guidelines for Inclusion: Ensuring Access to Education for All
 2005

This publication aims to change attitudes regarding inclusion, so that Education for All can become reality. It serves as a policy tool for formulating and revising Education for All plans and can be a basis for discussion among policy makers, educators, NGOs and international organizations interested in promoting education.

Bezug: <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001402/140224e.pdf>

Albert, B. (Ed.)
In or out of the mainstream? Lessons from research on disability and development cooperation

2006, ISBN 0-9549026-2-9

Verlag: The Disability Press. Centre for Disability Studies, School of Sociology and Social Policy, University of Leeds. The Department for International Development (DFID) funded Disability Knowledge and Research Programme was the most ambitious project ever mounted on disability and development. At its heart was a series of 23 research projects. Some of these were done with non-disabled allies, others by individual disabled researchers and others from a collaborative effort between disabled colleagues in the South and the North. All embrace the social model of disability and most are concerned with understanding the impact of external interventions on lives of poor disabled people in the South. This collection is made up of 13 chapters reworked by the authors from their reports. While there is a strong focus on the mainstreaming of disability, a wide range of topics are considered, including; education, the impact of domestic disability legislation, the Ugandan PRSP process, the role of foreign NGOs in Mozambique, disability statistics, poverty and disability, the social model and development and participatory rural appraisal in Cambodia.

Bezug: <http://www.leeds.ac.uk/disability-studies/books/book%208.htm>

UNICEF
State of the World's Children Report
 December 2006

UNICEF has launched its annual *The State of the World's Children report* with the theme for 2007 titled *Women and Children: The Double Dividend of Gender Equality*. According to the report, women's influence in key decisions improves the lives of women and has a positive effect on child well-being and development. It also examines the discrimination and disempowerment women face throughout their lives- and outlines what must be done to eliminate gender discrimination and empower women and girls. The report makes seven key recommendations and includes an extensive section of statistical tables. The report is also available in French and Spanish.

Bezug: <http://www.unicef.org/sowc07/docs/sowc07.pdf>



VERANSTALTUNGEN

- 07.04. - 09.04.2007 **7th Annual DSE Conference: Disability Studies and Inclusive Education: Implications for Practice?**
Information: National-Louis University National College of Education, E-Mail: sgabel@nl.edu, Internet: <http://www.nl.edu/dse/>
- 27.04. – 29.04.2007 **Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit**
Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Wintgenstr. 63, 45239 Essen, Telefon 0201-4087745, Fax: 0201-4087748, E-Mail: info@bezev.de, Internet: www.bezev.de
- 14.05. - 15.05.2007 **Conference in Bratislava: Millennium Development Goals: Inclusion of People with Disabilities. This conference is part of the EU project Disability mainstreaming in Development Cooperation.**
Information: eRko – Christian Children Communities Movement, Zuzana Basistova, Mileticova 7, 821 08 Bratislava 2, Slovakia, Europe, E-Mail: zuzana@erko.sk, www.erko.sk & www.dobranovina.sk
- 05.06. - 07.06.2007 **13th Annual North American Collaborating Conference on ICF: Sharing Knowledge Through the ICF. Conference of the WHO's North American Center for the ICF in Niagara Falls (USA)**
Information: <http://cirrie.buffalo.edu/icf/conference/index>
- 22.06. - 24.06.2007 **Seminar: Migration-Kultur-Behinderung**
in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 02.07. - 03.07.2007 **Seminar: Für eine inklusive Entwicklungspolitik im Rahmen der MDGs (Arbeitstitel) in Bonn**
in Kooperation mit Handicap International und Christoffel-Blindenmission
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 13.07. - 15.07.2007 **Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit**
Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 05.09. – 08.09.2007 **DPI 7th World Assembly in Korea: Our Rights, Our Convention, But for All.**
Information: Disabled Peoples' International, <http://v1.dpi.org/lang-en/resources/details.php?page=810>
- 07.11. - 08.11.2007 **Internationale Tagung: Menschen mit Behinderung in der humanitären Hilfe (Arbeitstitel) im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn**
in Kooperation mit: Christoffel-Blindenmission, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und Kindernothilfe
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 30.11. - 02.12.2007 **Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit**
Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.



Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt Journal for Disability and International Development

Behinderung und Dritte Welt ist die Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung. Sie erscheint seit 1990 dreimal jährlich in einer Auflage von 850 Exemplaren und wendet sich v.a. an deutschsprachige Interessierte im In- und Ausland.

Vor allem dank der Unterstützung der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Kindernothilfe, Misereor und Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. erreicht sie viele WissenschaftlerInnen, Fachleute und sonstige Interessierte in allen Kontinenten.

Ihr Anspruch ist einerseits, ein Medium für einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Thematik darzustellen und andererseits, die fachliche Diskussion zu pädagogischen, sozial- und ent-

wicklungspolitischen sowie interkulturellen Fragen im Zusammenhang mit Behinderung in Entwicklungsländern weiterzuentwickeln.

Die Redaktion und der sie unterstützende Fachbeirat sind insbesondere darum bemüht, Fachleute aus allen Teilen dieser Erde hierfür zu gewinnen und einzubinden. Publikationssprachen sind Deutsch und Englisch; Beiträge in Französisch, Spanisch oder Portugiesisch werden nach Möglichkeit übersetzt. Das Profil der Zeitschrift zeichnet sich durch jeweils ein Schwerpunktthema pro Ausgabe sowie einen Informationsteil aus. Die Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt sind auch im Internet abrufbar unter: www.zbdw.de.

Dem Fachbeirat der Zeitschrift gehören an:

Prof. Dr. Friedrich Albrecht, Görlitz
Dr. Niels-Jens Albrecht, Hamburg
Musa Al Munaizel, Amman/Jordanien
Prof. Dr. Mawutor Avoke, Winneba/Ghana
Beate Böhnke, Belem/Brasilien

Simon Bridger, Thalwil/Schweiz
Dr. Windyz Ferreira, Joao Pessoa/Brasilien
Geert Freyhoff, Brüssel/Belgien
Ernst Hisch, Würzburg
Francois de Keersmaeker, München
Dr. Andreas König, Addis Abeba/Äthiopien
Prof. Dr. Narayan Pati, Bhubaneswar/Indien

Schwerpunktthemen kommender Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt

- 2 / 2007 Information und Behinderung (verantwortlich: Stefan Lorenzkowski)
- 3 / 2007 Mitwirkungsmöglichkeiten von Selbstorganisationen (verantwortlich: Gabriele Weigt)
- 1 / 2008 Kunst und Behinderung (Arbeitstitel, verantwortlich: Susanne Arbeiter, Dominic Dinh, Doris Gräber)

Interessierte Autorinnen und Autoren werden aufgefordert, nach vorheriger Rücksprache mit der Redaktion hierzu Beiträge einzureichen. Darüber hinaus sind Vorschläge für weitere Schwerpunktthemen willkommen.

	Ausgabe 2/2007	Ausgabe 3/2007	Ausgabe 1/2008
Hauptbeiträge	15. Februar 2007	15. Juli 2007	15. Oktober 2007
Kurzbeiträge	15. März 2007	15. August 2007	15. November 2007

Liebe Leserinnen und Leser,
bitte informieren Sie uns über eine eventuelle Adressenänderung oder wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr beziehen möchten. Geben Sie bitte ebenso Bescheid, falls Ihnen die Zeitschrift nicht zugestellt worden ist.

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung

Das Forum Behinderung und Internationale Entwicklung ist ein Ort für Einzelpersonen und Organisationen, die sich wissenschaftlich und/oder praktisch mit dem Thema Behinderung in Entwicklungsländern auseinandersetzen. Beteiligte des Forums können daher sein: Fachkräfte aus dem entwicklungspolitischen und behinderungsspezifischen Kontext, an der Thematik interessierte Einzelpersonen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, andere involvierte Institutionen/Organisationen sowie Hochschulen.

Das Forum will die wissenschaftliche und praxisorientierte Auseinandersetzung mit der Thematik unterstützen. Das Forum gibt außerdem die Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development heraus, organisiert bei Bedarf gemeinsame Veranstaltungen und möchte die Vernetzung der am Forum Beteiligten fördern.

Kontakt:

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung
c/o Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
Wintgenstr. 63, D-45239 Essen
Tel.: +49-(0)201-408 77 45, Fax: +49-(0)201-408 77 48
E-Mail: info@bezev.de
Internet: www.bezev.de

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
(Internationale Hilfen)
Raiffeisenstr. 18, D-35043 Marburg,
Tel.: +49-(0)6421-49 11 36 (H. Kolmar)
E-Mail: harald.kolmar@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

Die Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt wird unterstützt durch:



Handicap International



Caritas International



Bundesvereinigung Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.



Misereor



Kindernothilfe



Behinderung und
Entwicklungszusammenarbeit e.V.